M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

ABAIXO
A
PROSTITUIÇÃO

ABAIXO
A
PREGUIÇA
VIVA O TRABALHO

ABAIXO
O
CINISMO

ABAIXO
OS
REACCIONARIOS
VIVA A FRELIMO

Die hier zusammengestellten Slogans der FRELIMO fordern (von oben nach unten): Nieder mit der Prostituierung. Nieder mit der Faulheit, es lebe die Arbeit. Nieder mit dem Zynismus. Nieder mit den Reaktionären, es lebe die FRELIMO!

Mosambik – Befreiung kommt nicht in Kisten

Nr. 74 Dezember 1978 DM 2.50

Impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761 / 74 003
Bürozeiten: Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Benedict Fehr, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Klaus Jährling, Uli Kieser, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Hildegard Maur, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Satz: Composer-satz-Service, Eichendorffstr.5 5204 Lohmar 1, Tel.: 02246 / 78 82

Druck: SOAK Hannover, Tel. 17618

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.



Die Themen der letzten Nummern waren:

- Frauen in der Dritten Welt,
- Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien
- Unterdrückung der Indios in Südamerika
- Ägypten: Experimentierfeld für technologische Großprojekte
- Landwirtschaft in der Dritten Welt
- Indien: Ursachen und Formen des Elends indischer Bauern
- Argentinien: der politische Hintergrund der Fußball-WM
- Energieversorgung in der Dritten Welt
- Chile: Faschismus im 5. Jahr.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,-).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Südpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28,- bzw. 20,-

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Nicaragua

Das „Büro Nicaragua" in Wuppertal veröffentlichte in der Oktober-Nummer der Nicaragua-Nachrichten eine Analyse der Offensive der FSLN im September, die wir hier auszugsweise zitieren:

„In der letzten Zeit werden die Nachrichten aus Nicaragua spärlicher und vermitteln zudem ein Bild, das mit der Realität in Nicaragua nichts zu tun hat. Es wird berichtet, daß die 'Frente Sandinista de Liberacion Nacional' militärisch besiegt worden sei und daß die Repression zu einer Demoralisierung der Bevölkerung in Nicaragua geführt habe. Wir halten es für unsere Aufgabe, diese Informationen richtigzustellen, die das Ziel verfolgen, die Solidarität, die für das nicaraguanische Volk entstanden ist, zu unterlaufen. Die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung Nicaraguas und die brutale Repression, die das Volk seit jeher erleidet, haben zu einem bisher nie dagewesenen Aufschwung der Massenbewegungen geführt. Dies zeigt sich nicht nur in dem organisierten Widerstand mit der FSLN, sondern auch in spontanen Aufständen breiter Schichten des Volkes, die mit Steinen und Jagdgewehren der Diktatur ein Ende setzen wollen. Diese Aufstände bestätigen eine große Sympathie der Bevölkerung für die FSLN, zeigen andererseits aber auch die Grenzen einer organisatorischen Bindung zwischen FSLN und Volksmassen. Der FSLN blieb in solchen Situationen – um als Beispiele Monimbo im Februar dieses Jahres und Matagalpa im August zu nennen – keine Alternative als die sofortige Entsendung von militärischen Einheiten und die Organisation des Aufstandes, um so der Bevölkerung unnötiges Blutvergießen zu ersparen. Trotz der intensiven politischen Arbeit der FSLN, der Bildung von Massenorganisationen, der Organisierung von Volksmilizen und Stadtteilkomitees hat es sich unter den besonderen Bedingungen Nicaraguas als schwierig erwiesen, die Wut und kämpferische Entschlossenheit des Volkes in einen disziplinierten militärischen Kampf umzuwandeln.
Die bewaffneten Auseinandersetzungen vom 9. September 1978 hatten das Ziel, durch koordinierte Überfälle auf Militärkasernen die Kampffähigkeit der Nationalgarde zu schwächen. Außerdem sollten Waffen erbeutet werden. Nach den ersten Schießereien jedoch ging die Bevölkerung auf die Straße, errichtete Barrikaden, setzte die Wohnungen der Somoza-Freunde in Brand und stellte so die militärischen Ein heiten der FSLN vor eine neue Situation: Es war nicht beabsichtigt gewesen, die Städte zu besetzen. Die FSLN wußte, daß die Städte militärisch nicht zu verteidigen waren, mußte jedoch in den Städten bleiben, um die Bevölkerung vor den Angriffen der Guardia Nacional zu schützen. Als die Lage aussichtslos geworden war, verließen die regulären Kräfte der FSLN die Städte zusammen mit einer großen Anzahl ihrer Bewohner, die sich dem Kampf anschlossen. Als Somoza durch Flugzeuge und Artillerie die Städte zerbomben ließ, wußte er, daß die FSLN abgezogen war. Die Zerbombung war für ihn ein Akt der Bestrafung der Bevölkerung, die die FSLN unterstützt hatte. Es wird vermutet, daß über 5.000 Menschen umgekommen sind; die Zahl der Verschwundenen hat die 15.000 überschritten. Die FSLN, die etwa 30 % ihrer Kräfte in diesen Kämpfen eingesetzt hatte, erlitt nur minimale Verluste. Ihre Führungseinheiten sind inktakt, die Truppen durch die Einliederung einiger Hundert Stadtbewohner entscheidend verstärkt. Die nicaraguanische Bevölkerung, die auf die Repression mit Verbitterung und Haß reagiert, steht heute stärker denn je auf der Seite der FSLN.
Das Somoza-Regime weiß, daß die FSLN eine neue, großangelegte Offensive vorbereitet, die in der nächsten Zukunft durchgeführt werden soll."
Die Verhandlungen der Opposition mit Somoza sind inzwischen gescheitert: eine Kommission der Organisation Amerikanischer Staaten, bestehend aus Vertretern der USA, der Dominikanischen Republik und Guatemalas (wobei die letzteren beiden als Feigenblätter für die Einmischung der USA dienen) sollte zwischen den Vertretern der Opposition – unter Ausschluß der FSLN – und dem Somoza-Regime vermitteln. Die Kommission mußte mitansehen, wie nach und nach sämtliche Organisationen der Nicaraguanischen Opposition die Verhandlungskommission verließen. Als erste gaben am 25.10. „die 12" eine der FSLN nahestehende Gruppierung, die Verhandlungen mit Somoza auf, und warfen der Vermittlungskommission vor, kein wirkliches Interesse an Somozas Sturz zu haben. Sie wandten sich gegen den "Interventionaismus" der USA, der „darauf abziele, die korrupten Strukturen des Somozismus intakt zu lassen und nicht auf dem sofortigen Verschwinden Somozas zu bestehen."

*

Abkürzungen für verwendete Quellen

NfA	:	**Nachrichten für Außenhandel**
FR	:	**Frankfurter Rundschau**
FAZ	:	**Frankfurter Allgemeine**
BdW	:	**Blick durch die Wirtschaft**
SZ	:	**Süddeutsche Zeitung**
NZZ	:	**Neue Zürcher Zeitung (Zürich)**
FEER	:	**Far Eastern Economic Review (Hongkong)**
LM	:	**Le Monde (Paris)**
Habla	:	**Handelsblatt**
DWMD	:	**Deutsche Welle – Monitor Dienst**
IHT	:	**International Herald Tribune (Paris)**
FT	:	**Financial Times (London)**
Guard.	:	**The Guardian (New York)**
AfAs	:	**Afrique-Asie (Paris)**
JAF	:	**Jeune Afrique (Paris)**

*

Andere Gruppierungen folgten diesem Beispiel. Sogar die konservative Partei, die jahrzentelang die Rolle der legalen und loyalen Opposition gespielt hat, zog ihre Anhänger aus öffentlichen Ämtern zurück. Der sogenannte „Plan Washington" der OAS-Vermittlungskommission, der eine Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle vorsieht, wird von allen Gruppen der Opposition zurückgewiesen. Somoza soll außer Landes gehen, falls er dabei nicht die absolute Mehrheit erhält. Bei einer solchen Lösung würde in jedem Fall der Machtapparat Somozas unangetastet bleiben. Die Opposition stellte Somoza ein Ultimatum, bis zum 21.11. zurückzutreten. Nachdem nun auch dieser Termin verstrichen ist, erscheint es wahrscheinlich, daß der Plan der USA, die FSLN zu isolieren und die bürgerliche Opposition zu einem Kompromiß mit Somoza zu bewegen, fürs erste scheitern wird, und militärische Offensiven und Streiks wieder in den Vordergrund treten werden.
Das Dilemma der US-Außenpolitik gegenüber Nicaragua beschreibt M. v. Conta in der SZ vom 3.10.:



Rebellen der Befreiungsfront. Zwei Wochen lang kämpften sie gegen die Übermacht Somozas

Vorkehrungen für die Zeit nach Somoza

Die USA streben in Nicaragua den kontrollierten Wandel von der Diktatur zur relativen Demokratie an

Von unserem Korrespondenten Manfred von Conta

Süddeut. Zeitung 3.).78

Auf den ersten Blick mag es rätselhaft scheinen, daß ausgerechnet die Washington politisch am nächsten stehenden Regierungen der Zentralamerikanischen Region der Revolution in Nicaragua entschlossen Hilfe gewähren, während die USA selbst mit der Lieferung israelischer Waffen an Somozas Nationalgarde mit Stützungsaktionen der Zentralamerikanischen Bank für Nicaraguas Währung sowie mit direkt gezahlter Militär- und Wirtschaftshilfe bisher einen raschen Sturz des Diktators verhindert haben. In Wahrheit bedeutet dieses in scheinbarem Widerspruch zur zentralen Macht USA stehende Verhalten ihrer engsten Verbündeten Costa Rica, Panama und Venezuela jedoch keinen Gegensatz, sondern dient dem gleichen politischen Ziel: Die das Risiko einer „kommunistischen" Machtergreifung in sich bergende Revolution so weit unter Kontrolle zu nehmen, daß an ihrem Ende nicht mehr als eine „Reform" herauskommt. Staatspräsident Somoza und sein feudales Herrschaftssystem haben sich als Behinderung jener Entwicklung erwiesen, die von Carters Ratgebern aus der Trilateralen Kommission für Lateinamerikas politische Zukunft konzipiert worden ist — die kontrollierte, beschränkten sozialen Veränderungen aufgeschlossene „relative Demokratie".

Das Zaudern Washingtons, Somozas Sturz zu beschleunigen, erklärte sich aus der Angst, der obere Mittelstand Nicaraguas sei zu schwach, um den enormen sozialen Druck dieses unterentwickelten Landes unter Kontrolle halten zu können, nachdem eine das kapitalistische System garantierende demokratische Führerfigur nach dem Mord an Joaquim Chamorro (im Januar dieses Jahres) für Washington nicht mehr sichtbar war. Freilich erwies sich dann das Festhalten an Somoza als Fehlspekulation. Unternehmerschaft und städtisches Bürgertum Nicaraguas mochten nicht länger warten und verbündeten sich im August mit den Sandinisten, wobei jene glaubten, die jüngste, unter Führung des „Kommandanten Zero" stehende christlich-nationalistische Bürgerfraktion „Terceiristas" habe die Führung dieser Guerilla übernommen und kontrolliere die beiden anderen marxistischen Gruppen der „China"- und der „Proletarier"-Sandinisten.

Washington traut dieser Versicherung bis heute nicht. Ganz von dem Nahostgipfeltreffen in Camp David in Anspruch genommen, ließ die US-Diplomotie dem nicaraguanischen Bürgerkrieg seinen Lauf, da Somoza auf jeden Fall stark genug sein würde, den Status quo militärisch zu erhalten. Zentralamerikanische und karibische Regierungen nutzten das durch Washingtons Untätigkeit entstandene diplomatisch-politische Vakuum, sich selbst in Szene zu setzen — scheinbar gegen die augenblicklichen Intentionen der USA, in Wahrheit aber ganz im Sinne von deren langfristiger Strategie.

Vor allem der panamenischen Militärregierung des Generals Omar Torrijos — innenpolitisch durch den Vorwurf geschwächt, beim Abschluß der Kanalverhandlungen mit den USA einen „Ausverkauf nationaler Interessen" betrieben zu haben — gelang es, politisches Kapital aus der Situation zu schlagen. Sandinistische Guerilleros wurden mit offenen Armen aufgenommen, Kampfflieger und Panzertruppen zur Verteidigung Costa Ricas gegen Übergriffe der Nationalgarde Somozas (oder vielleicht sogar für eine eventuelle Intervention in Nicaragua selbst) bereitgestellt. Eine Brigade von 200 Freiwilligen durfte sich in so großer Öffentlichkeit präsentieren, daß sie mehr als für den wirklichen Kampf im Bruderland dazu zu dienen schien, Torrijos etwas von seinem beim Abschluß des Kanalvertrags verlorengegangenen Nimbus eines „zentralamerikanischen Nationalisten und Kämpfers gegen den US-Imperialismus" zurückzugewinnen, während er tatsächlich nichts anderes tat, als den Sorgen des in Panama stationierten „US-Oberkommandos Süd" Rechnung zu tragen. Denn all diese Unterstützung erhält nicht die „Sandinistische Befreiungsfront" schlechthin, sondern nur eine ihrer Fraktionen, nämlich die der bürgerlichen „Terceiristas".

Wer in Panama mit den dort aufgenommenen von Sandinisten, Gewerkschaften und Unternehmern möglichst weitgehend ausschalten sollen. Panamas General Torrijos, ideologiefreier Pragmatiker, leistet dabei wertvolle Hilfe.

Nur so ist es zu erklären, daß bisher niemand gegen seine massiven Demonstrationen eines scheinbaren Antiamerikanismus protestierte. Beim nordamerikanischen Oberkommando „Süd" in der Kanalzone kann man sogar Stabsoffiziere finden, die eine militärische Intervention Panamas gegen Somoza für „eine brauchbare Idee" halten: Sie könnte dadurch in Gang kommen, daß die anti-marxistischen bürgerlichen „Terceiristas" wieder eine Ortschaft besetzen, sie zum Sitz der Übergangsregierung eines „freien Nicaragua" erklären, diese Regierung von Panama anerkennen lassen und dann um Militärhilfe für diese Regierung bitten.

Das wäre eine zwar höchst komplizierte und intrigenreiche, aber keineswegs aus der Luft gegriffene Lösung des Konflikts, bei der zentralamerikanischer Nationalismus gegen den scheinbaren Widerwillen Washingtons zur Bildung genau jener bürgerlichen Regierung in Nicaragua führen würde, die den heimlichen Wünschen Präsident Carters entspräche. Und niemand könnte dabei die USA „imperialistischer Einmischung" bezichtigen.

Sandinisten Kontakte knüpft, merkte rasch, mit welch wachsender Verbitterung die „China"-Fraktion „Langer Volkskrieg" diese Vorgänge beobachtet, mit deren Hilfe noch vor dem endgültigen Sturz Somozas Verhältnisse geschaffen werden sollen, in denen die „Marxisten" nach dem Ende des Bürgerkrieges dann keine Chancen mehr haben würden. Diese sagen, die Schlacht um Esteli sei beispielsweise von ihnen geschlagen worden, aber den Ruhm kassiere nun das bürgerliche Lager des „Kommandanten Zero".

Die Auseinandersetzungen über die Zeit nach Somoza, noch ehe dieser endgültig gestürzt ist, lassen das Zögern Washingtons nun nicht mehr als reine Unterlassungssünde erscheinen: Es dient dem Zeitgewinn, soll Raum schaffen für Manipulationen, die den Einfluß der „Marxisten" auf die kommende Übergangsregierung

---

„Die Charakterisierung der Tercerista-Fraktion der FSLN als „bürgerlich" oder „christlich-nationalistisch" ist allerdings oberflächlich. Die vorsichtigen und manchmal verwaschenen programmatischen Äußerungen der Terceristas sind weitgehend taktisch bestimmt. Richtig ist allerdings, daß diese Fraktion politisch recht heterogen ist, und es neben Marxisten eine sozialdemokratische Strömung gibt, die sich am Vorbild Costa Ricas orientiert.
Um das Feld der politischen Auseinandersetzung nicht der bürgerlichen Opposition zu überlassen, haben die drei Fraktionen der FSLN inzwischen eine politische Einheitsfront ins Leben gerufen, die sich „Movimiento Pueblo Unido" (MPU) „Bewegung der Volkseinheit" nennt und einen Großteil der Anti-Somoza Opposition zusammenfaßt."



Guatemala

Die bereits im September angekündigten Fahrpreiserhöhungen führten Anfang Oktober in Guatemala-City zu schweren Auseinandersetzungen. Dabei wurden 30 Menschen getötet und über 300 verletzt; die Polizei bzw. das Militär hatten wahllos mit Maschinenpistolen in die Menge geschossen. Schwerpunkte der Auseinandersetzungen waren die Innenstadt und das Universitätsgelände.
Am 19.10.1978 veröffentlichte das „Ejercito Secreto Anticomunista" (Geheime Antikommunistische Armee) eine Todesliste mit den Namen von 38 Personen aus dem öffentlichen Leben, darunter Gewerkschaftsführer, Hochschullehrer, 2 Minister, sowie dem Namen des Präsidenten der AEU – Ascociacion Estudantil Universitaria (Studentenvereinigung auf Universitätsebene).
Zwei Tage später wurde der Präsident der AEU, Oliverio Castaneda de Leon (23 Jahre alt), auf offener Straße von einer Gruppe bewaffneter Männer erschossen. Er war auf dem Nachhauseweg und hatte vorher an einer Versammlung gegen die brutalen Repressionsmaßnahmen der Militärregierung teilgenommen.
Zwei Polizeifahrzeuge sperrten die Straße während der Schießerei ab, mit Maschinenpistolen bewaffnete Soldaten aus dem nur 50 m entfernten National Palast und auf den umliegenden Dächern postierte Scharfschützen der Armee griffe nicht ein, sondern ließen die Mörder entkommen.
Die Beerdigung von Castaneda wurde zu einer großen Demonstration, gegen das Militärregime, an der mehrere tausend Menschen teilnahmen.
Die mexikanische Tageszeitung „Uno mas Uno" berichtete am 23.10.1978, daß innerhalb der letzten 48 Stunden in Guatemala 8 Leichen, die zum Teil schwer gefoltert worden waren, aufgefunden worden sind.
Die für den 25.10. von der AEU angekündigte Demonstration gegen die Ermordung ihres Präsidenten wurde verboten. Am 26.10. wurden weitere zum Teil verstümmelte Leichen in der Hauptstadt Guatemala-City entdeckt. Somit erhöhte sich die Zahl der aufgefundenen Leichen innrhalb von 18 Stunden (bezieht sich auf das jeweilig angegebene Datum) auf 7.
Über 20.000 Guatemalteken starben seit 1966 von Hand der paramilitärischen Einheiten, die seinerzeit gegen die Guerilla-Organisation gebildet worden waren. Es ist ein offenes Geheimnis, daß diese Todesschwadrone ungestraft und mit schweigender Zustimmung der Regierung ihre zahllosen Morde, besonders an Bauern und städtischen Armen, begehen.

ASEAN

Während persische Studenten, die auf die Situation im Iran aufmerksam machen, abgeschoben werden sollen, präsentiert sich die BRD international als scheinbar humanitärer Staat. Eine Delegation ist mit dem niedersächsischen Minister Hasselmann und dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Jan Oostergetelo im Auftrag des AA mit einer Bundeswehrmaschine nach Kuala Lumpur geflogen, um die erste Gruppe von insgesamt 500 Flüchtlingen aus Vietnam in die Bundesrepublik aufzunehmen. Malaysia, wo sich bereits 42 000 vietnamesische Flüchtlinge aufhalten, hat sich geweigert, auch noch die 2504 schiffbrüchigen Vietnamesen der „Hai Hong" aufzunehmen. Neben den fast täglichen Ereignisnachrichten über die Situation auf der „Hai Hong", wurde auf die Hochwasserkatastrophe in Indochina aufmerksam gemacht. Für Thailand war es die schwerste Flutkatastrophe seit 35 Jahren.

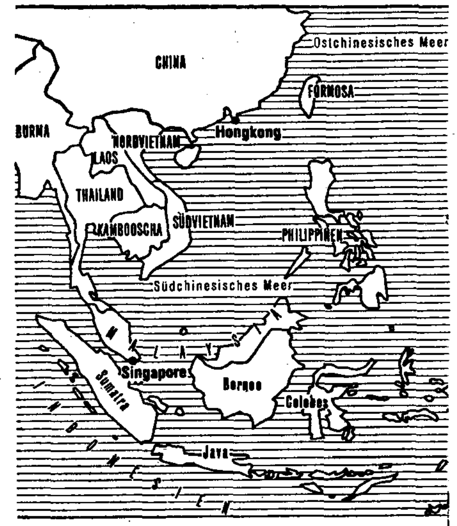
Weniger Beachtung fand die Bedeutung der neuen wirtschaftlichen Aktivitäten der ASEAN-Länder (einem Wirtschaftsverband der Länder: Indonesien, Phillippinen, Malaysia, Singapur, Thailand). Eine zweitägige Außenministerkonferenz der ASEAN-Länder und der EG-Staaten fand vom 21. – 22. November in Brüssel statt. Außenminister Genscher bekundete für die EG ebenso wie der Außenminister Indonesiens, Mochtar Kusumaatmadja, das positive Ergebnis dieser Konferenz. Die EG will ab 1979 eine ständige Delegation für den ganzen ASEAN-Raum in Bangkok einrichten, die die weitere praktische Zusammenarbeit organisieren soll. „Künftig soll sich das Bemühen um verbesserte gegenseitige Abstimmung auch auf die Konferenzen des Nord-Süd-Dialogs, das integrierte Rohstoffprogramm sowie auf die 5. Welthandelskonferenz im Mai 1979 in Manila erstrecken." (Handelsblatt vom 21. 11. 78) „Großes Interesse bekundeten die ASEAN-Länder an Investitionen des Privatsektors. Dem wird auch die zweite Kooperationskonferenz dienen, zu der vom 26. bis 28. Februar 1979 in Djakarta 200 Industrie- und Bankvertreter aus der EG erwartet werden. Man will auch ein ASEAN/EG-Handels- und Investitionsforum für maßgebliche Handelsorganisationen beider Regionen einrichten. Das günstige Investitionsklima in ASEAN soll durch die Ausdehnung von Vereinbarungen über den Investitionsschutz auf alle neun EG-Länder und alle fünf ASEAN-Länder noch verbessert werden. Die Gemeinschaft will ihrerseits ASEAN-Regionalvorhaben bei ihren künftigen Hilfsprogrammen erhöhte Aufmerksamkeit schenken." (Handelsblatt vom 21. 11. 78)

Mit zunehmender Etablierung der „befreiten Länder" in Südostasien geht eine verstärkte Investitionsbereitschaft in die dortigen westlich orientierten Staaten einher. Der wirtschaftliche Zusammenschluß der ASEAN-Länder als südostasiatisches Pendant zur EG soll nicht nur der gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung dienen, sondern den westlichen Nationen politische Garantien für ihre Investitionen in diesem Bereich bieten. Die unausgesprochene Interessenzone der USA, und die damit wohl verbundene Verteidigungsbereitschaft, erstreckt sich über die Phillippinen, Kalimanten, den Stadtstaat Singapur und Indonesien. Der Ausbau und die strategische Bedeutung militärischer Stützpunkte in diesem Gebiet, die Erdölvorkommen sowie die Funktion als Billiglohnländer mit zunehmenden Investitionen stützen diese Vermutung.

Malaysia und Thailand als kontinentale Staaten werden kurzfristig unterstützt und sollen durch zunehmende wirtschaftliche Integration an den westlichen Markt gestützt und als Frontstaaten gestärkt werden, langfristig sind die jeweiligen innerstaatlichen Konflikte aber nicht niederzudrücken und die westlichen wirtschaftlichen Interessen nicht auf diese beiden Staaten ausgerichtet. Im Grenzgebiet Thailand/Malaysia, im Innern Malaysias und in den Grenzregionen Thailands gibt es heute befreite Gebiete, die keiner Regierungskontrolle mehr unterliegen.

Die thailändische Regierung versucht, der nationalen Krise durch eine geschickte Dilomatie und Wirtschaftspolitik entgegenzuwirken.

In Thailand hat sich unter dem neuen Ministerpräsident General Kriangsak das Investitionsklima verändert. Die inländischen Investitionen sind stark gestiegen, bedingt wohl nicht nur durch die scheinbaren Garantien einer Militärregierung, sondern auch durch die Anhebung der Vorzugsrate für inländische Investitionen gegenüber ausländischen von 7% auf 15%. Vor allem wird gegenwärtig in der Bauindustrie investiert.



Ausländische Investitionen kommen vor allem aus Japan, das für 60 Mill. Dollar eine Dieselmotorenfabrik bauen will. Der Abschluß eines Erdgasprojektes soll zur Errichtung neuer Industrien, wie einem integrierten Eisen- und Stahlwerk und einer Düngemittelfabrik, ebenso beitragen wie der Ausbau des Hafens von Satahip, und das letztjährige Außenhandelsdefizit von mehr als 1 Mrd. Dollar abbauen helfen. Die deutsche Industrie hat bisher außer am Fischereisektor wenig Interesse an Investitionen gezeigt. Die Düngemittelfabrik läßt aber mit zunehmenden deutschen Investitionen rechnen. „Zu einer Vertiefung der deutsch-thailändischen Wirtschaftsbeziehungen dürfte sicher beitragen, daß die Euro-Asiatische Bank inzwischen in Bangkok eine Filiale eröffnet hat." (Handelsblatt v. 19. 10. 78).

Aufgrund der Widersprüche in Thailand und den ständigen Grenzkonflikten mit Laos und Kampuchea wurden in letzter Zeit die Beziehungen zu den Nachbarländern verstärkt. Nach Handelsverträgen mit Laos, Birma und Indonesien wurden die wirtschaftlichen Beziehungen zu Vietnam aufgrund von Vereinbarungen während des Besuchs des vietnamesischen Ministerpräsidenten Pham Van Dong in Thailand (6. 9. – 10. 9. 78) intensiviert. Vietnam erhielt einen Kredit; Verträge über Zusammenarbeit im Luftverkehrs-, Post- und Fernmeldewesen sowie in der Fischerei wurden unterzeichnet. – Mit Kampuchea soll der Warenaustausch vergrößert werden. Wesentlich ist jedoch der Ausbau der Beziehungen zu Malaysia, die mit einer Vereinbarung eines Elektrizitätsverbundes stark intensiviert wurden.

Im Zusammenhang mit dieser ständig schwelenden, jedoch in der bundesrepublikanischen Presse wenig beachteten Krisensituation in Südostasien ist auch der Besuch Bundeskanzlers Schmidt im ASEAN-Bereich und die Verabschiedung von Handelsverträgen zu sehen. Dem Ausbau verstärkter Handelsbeziehungen und damit der politischen Unterstützung galt sein Besuch bei Singapurs Ministerpräsident Lee Kuan Yew. „Zwischen Lee Kuan Yew und Schmidt herrschte Einigkeit, daß die strukturelle Entwicklung der Länder der Dritten Welt auch durch privatwirtschaftliche Investitionen gefördert werden müsse." (BfA/NfA v. 18. 10. 78) Die Bevorzugung Singapurs für deutsche Investitionen in Südostasien wird jetzt noch ideologisch durch die Übernahme des deutschen Lehrlingsausbildungswesens unterstützt. Für Singapur bedeutet dieses zusätzliche Investitionen aus der BRD, für die deutschen Unternehmen, daß sie in Singapur nicht nur billige Arbeitskräfte finden, sondern die benötigten qualifizierten auch noch aufgrund staatlicher Ausbildung vorfinden. „Die Zahl der deutschen oder teilweise deutschen Industrieunternehmen in Singapur beläuft sich nunmehr auf über 20, in deren Gebäude und Produktionsanlagen (ohne die auf lokale oder andere ausländische Partner entfallenden Anteile) per 31. 8. 78 knapp 164 Mio. S Dollar investiert worden sind." (BfA/NfA 12. 10. 78) Das Außenhandelsdefizit Singapurs erhöhte sich dabei in den ersten neun Monaten auf 4,7 Mrd. S Dollar, im Vergleich zu 3,8 Mrd. S Dollar im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Ein Teil dieses Defizits wird durch die Anschaffung von Kriegsmaterial gebildet. Im Herbst 1977 wurde mit der Schweiz ein Vertrag abgeschlossen, wonach Singapur aus der Schweiz 150 alte AMX-Panzer kauft, die inzwischen angeliefert werden. „Die Kriegsmateriallieferungen der letzten Jahre nach Singapur waren nur unter grober Verletzung der einschlägigen Gesetze möglich. 1976 betrug die Ausfuhr von Rüstungsgütern (aus der Schweiz) nach Singapur 0,6 Millionen Franken, 1977 bereits zirka 25 Millionen Franken." (Leserzeitung Nr. 89, vom 17. 10. 78) Nach den Wahlen von 1968 verfügt die Partei von Lee Kuan Yew im Parlament von Singapur über alle Sitze. Seitdem es keine parlamentarische Opposition mehr gibt, wurden Anti-Arbeitsgesetze verabschiedet, Streiks fast unmöglich gemacht und den Unternehmern erlaubt, Reallohnsenkungen bis zu 30% durchzuführen. Aufgrund der Situation in Singapur und des ständigen Kampfes gegen die Guerilla-Bewegung im benachbarten Malaysia kommen diese Waffenlieferungen einem Waffenhandel in Krisengebiete gleich.

Zu den verstärkten Beziehungen der ASEAN-Staaten mit Japan, der EG und den Nachbarstaaten kommt im Zuge der neuen chinesischen Außenpolitik auch ein intensiverer Kontakt mit der VR China. Anfang November traf der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Teng Hsiao-ping mit seiner Frau Tscho Lin und dem Außenminister Huang Hua in Thailand ein, wonach er noch Malaysia und Singapur besuchte.

wilf

Palästina

Falsche Illusionen

Die Wochen seit der Bekanntgabe der Camp-David-Ergebnisse waren für viele Beobachter der Vorgänge im Nahen Osten eine Zeit von schönen Illusionen, die sich nicht bewahrheiten.

Wer sich von der in der Presse entfachten Friedenseuphorie täuschen ließ und hoffte, bei den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel werde irgendwie schon etwas Gutes für Palästina herausspringen, muß von den immer klarer werdenden Konturen des Separatfriedens frustriert sein. Ebenso ergeht es jenen arabischen Staatsmännern, die den naiven Versuch machten, den ägyptischen Präsidenten Sadat mit Versprechunge, Bitten und gutten Argumenten in die arabischen Reihen zurückzuholen.

Auch wer geglaubt hat, die Israelis würden sich nun mit dem Erreichten zufrieden geben und ihre gebietshungrigen Gelüste zurückstellen, sieht sich etäuscht, da Begin sogar schon vor Unterzeichnung des Vertrages mit Ägypten die Besiedlung arabischen Landes wieder forciert und die endgültige Annexion Jerusalems vorbereitet. Dabei handelt er bloß nach der Logik des Zionismus, der seit hundert Jahren Unheil über Palästina bringt.

Am meisten enttäuscht aber wurden vielleicht diejenigen, die der Meinung waren, der Friedensnobelpreis sei etwas anderes als eine Unterstützung der amerikanischen Globalstrategie oder könne bei so alten Kämpfern wie Begin und Sadat kaltes Machtkalkül durch edle und friedvolle Gefühle ersetzen.

Die arabische Gipfelkonferenz von Bagdad

Gegen das israelisch-ägyptische Separatabkommen ist bisher von arabischer Seite zwar viel geschimpft, aber wenig getan worden. Kurz nach Camp David fand eine Sitzung der Staaten der Front der Standhaftigkeit und Konfrontation (PLO, Südjemen, Algerien, Syrien, Libyen) statt, die Sadat zwar verbalradikal scharf verurteilte, aber keine konkreten Taten folgen ließ.

Dies sollte auf einer Sitzung der arabischen Liga anders werden, die Anfang November in der irakischen Hauptstadt Bagdad stattfand. Außer Ägypten waren alle 22 Mitglieder der arabischen Liga anwesend. Die Konferenz fand unter einigen recht günstigen Vorzeichen statt: Fast jede der anwesenden Regierungen hatte bereits die Camp-David-Ergebnisse in der einen oder anderen Form verurteilt. Im Zuge einer Neuorientierung seiner Außenpolitik stieg der Irak vom hohen Roß einer zu nichts vepflichtenden verbalen Superradikalität herab auf die Ebene politischer Auseinandersetzung. Seine spektakulären Differenzen mit Syrien und der PLO wurden zunächst einmal begraben. Es ist schon fast ein historisches Ereignis, daß der syrische Präsident Assad überhaupt persönlich nach Bagdad kam.

Der Irak als Gastgeber übernahm für die Konferenz die Rolle des Vermittlers zwischen den Meinungsblöcken. Und es gab viel zu vermitteln.

Eine Staatengruppe, in etwa identisch mit der Front der Standhaftigkeit und Konfrontation, forderte die totale politische und wirtschaftliche, d.h. vor allem finanzielle Isolation Ägyptens, um Sadat zu zwingen, seinen Kapitulationskurs aufzugeben, oder um ein Ägypten ohne Sadat zu erreichen. Diese Position geht von der Ansicht aus, daß Sadat sich bereits soweit in seine Geschäfte mit Israelis und Amerikanern verstrickt hat, auch bereits so tiefe Abhängigkeiten eingegangen ist, daß eine Rückkehr im Guten für ihn nicht mehr möglich ist, selbst wenn er es wollte.

Die Gegenposition dazu, vertreten vor allem vom mächtigen proamerikanischen Saudiarabien und seinen reaktionären Verbündeten in Arabien und Nordafrika, empfindet die Camp-David-Vereinbarungen lediglich als unbefriedigend und möchte deshalb keinerlei Sanktionen gegen Ägypten verhängen, auch um eine abstrakte arabische Einheit nicht zu gefährden (FR 30. 10.78, SZ 2.11.78).

Ziemlich schnell zeichneten sich auf der Konferenz zwei Alternativen für das Vorgehen gegen Camp David ab, die exemplarisch für das Verhalten der arabischen Staaten seit 30 Jahren sind:

Man konnte einerseits den Gedanken der Einheit in den Vordergrund stellen und sich auf eine mit allen diplomatischen Tricks formulierte gemeinsame Schlußerklärung einigen. Eine solche Einheit müßte aber vor dem Hintergrund der bestehenden Interessengegensätze rein formal und ohne politische Konsequenzen bleiben. Diesen Weg sind die arabischen Staaten in der Vergangenheit oft gegangen, sehr zum Vorteil von Zionismus und Imperialismus, der große Worte auf Konferenzen leicht ignorieren, dafür aber im trauten Zwiegespräch mit den einzelnen Regierungen seine politischen Interessen durchsetzen konnte. Auch diesmal strebte man in Bagdad den Weg der Einheit ohne Inhalt an.

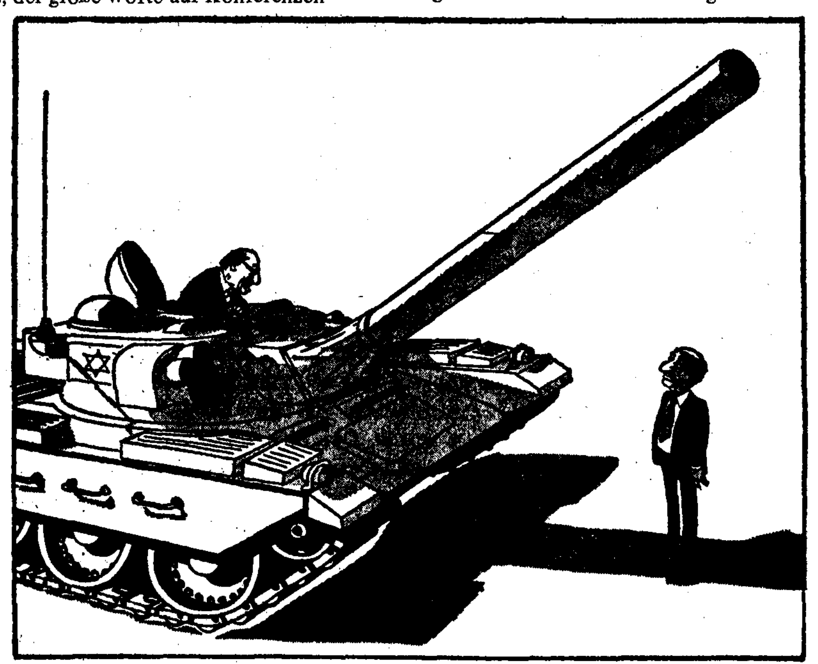
Die Alternative dazu wäre ein offen ausgetragener Krach gewesen, der die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten ans Licht gebracht und niemandem Handlungsmöglichkeiten versperrt hätte.

Ergebnis der Konferenz war eine äußerst milde formulierte Ablehnung der Camp-David-Vereinbarungen, verbunden mit den üblichen Pflichtbekenntnissen zur PLO als einzig legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes und zum bewaffneten Kampf gegen den Zionismus.

Die von der Ablehnungsfront geforderten Sanktionen gegen Ägypten wurden angeblich in geheimen Zusatzabkommen beschlossen und sehen offensichtlich vor, im Falle der Unterzeichnung eines Friedensvertrages Ägypten aus der arabischen Liga auszuschließen, deren Sitz von Kairo wegzuverlegen, die Finanz- und Wirtschaftshilfe an Ägypten einzustellen sowie ägyptische Firmen, die mit Israel in Geschäftsverbindungen treten, zu boykottieren. Ob sich allerdings die einzelnen Staaten an diese Geheimabmachungen halten werden, ist mehr als fraglich. Außerdem soll ein Hilfsfonds in Milliardenhöhe für den Kampf gegen den Zionismus vorgesehen sein. Angaben über dessen Ausstattung schwanken zwischen 11 und 35 Mrd. $ für zehn Jahre (Guardian 15.11.78, AK 13.11.78).

Außerdem versuchte es die Konferenz noch mit einem direkten Versuch, Sadat umzustimmen: eine vierköpfige Delegation wurde nach Kairo geschickt, um Sadat unter Versprechungen großer Finanzzusagen nach Bagdad einzuladen, damit er dort seinen Standpunkt vortragen könne. Diese Initiative wurde jedoch so naiv und ungeschickt eingeleitet, daß Sadat es sich erlauben konnte, die Delegation nicht einmal zu empfangen und als „Demagogen" und „Hysteriker" zu beschimpfen (afrique-asie 13.11.78).

Insgesamt war die Konferenz von Bagdad also ein grober Fehlschlag: es gelang nicht, Sadat wieder in die arabische Einheit zu integrieren, an seiner Verhandlungsposition gegenüber Israel hat sich nichts geändert. Andererseits gibt es aber auch keine gemeinsame Gegenstrategie, jedes Land kann sich praktisch verhalten, wie es will.



„Was machst Du mit dem Geld vom Friedensnobelpreis?"

Die Separatverhandlungen zwischen Ägypten und Israel

Währenddessen betreiben Begin und Sadat zusammen mit ihrem Oberherrn Carter ein publizitätswirksames Pokerspiel um die einzelnen Bestimmungen des separaten Vertrages, an dessen Abschluß selbst nicht zu zweifeln ist.

Hier geht es vor allem um eine für beide Seiten akzeptable Erwähnung des palästinensischen Volkes, des eigentlich Leidtragenden bei dem großen Friedensschwindel. Sadat braucht zur Wahrung seines Gesichts irgendeinen Hinweis auf die Rechte der Palästinenser, während die Israelis keinerlei konkrete juristische Verpflichtungen eingehen wollen. In Camp David wurden ja zwei „Friedensrahmenwerke" beschlossen, wovon eines den Separatfrieden betrifft und das andere eine globale Konfliktlösung für Palästina inklusive „Autonomieplan" für die besetzten Ge-

biete beinhaltet (vgl. blätter. . . Nr. 73).
Die Zionisten wollen nun den Separatfrieden abschließen, ohne sich auf die in Camp David grob umrissenen Verpflichtungen für Westjordanien und Gaza festzulegen.
Sadat aber fordert eine allgemein formulierte Aussage zum Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und ein formales Junktim der beiden Verträge mit einem Zeitplan zum Beginn der „Autonomieverhandlungen" in den besetzten Gebieten. Allerdings handelt es sich bei dieser demonstrativen „Härte" in den Verhandlungen um ein reines Propagandamittel, denn das palästinensische Volk, seine Vertreterin die PLO, aber auch die auch die bereits bestehenden Selbstverwaltungskörperschaften der Palästinenser in Westjordanien und Gaza, auf deren Kollaborationsbereitschaft Zionisten und Ägypter spekulieren, lehnen gerade den „Autonomieplan" zu zionistischen Bedingungen einmütig und scharf ab. So nannte der Bürgermeister von Gaza als Vorbedingung für seine Mitarbeit die Errichtung eines Palästinenserstaats, die Beteiligung der PLO an den Verhandlungen und die sofortige Räumung Ost-Jerusalems, also alles Merkmale, die der Camp-David-Autonomieplan gerade nicht enthält (SZ 30.11.78).
Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Finanzierung der Vertragsbestimmungen. Sowohl Ägypten als auch Israel haben hohe Geldforderungen an die USA gestellt und wollen sich ihre „Kompromißbereitschaft" vom imperialistischen Lehnsherren teuer bezahlen lassen. Allein Israel verlangt für die Evakuierung der Sinai-Siedlungen und den Rückzug der militärischen Einrichtungen aus dem Sinai in den Negev die stolze Summe von 10 Mrd. $. (Die Zeit, 10.11.78).
Außerdem fordert Begin eine Garantie für die Belieferung mit modernstem Kriegsgerät in der Zukunft, eine angemessene Forderung für einen frischgebackenen Friedensnobelpreisträger.
Auch um die Zukunft der Sinai-Ölquellen wird heftig gefeilscht. Diese Ölquellen wurden unter israelischer Besetzung erschlossen und sollen jetzt an Ägypten zurückgegeben werden. Israel möchte sich die Entwicklungskosten nun von Ägypten bezahlen lassen, während Sadat eine Entschädigung für das bereits entnommene Öl fordert. Außerdem möchte Israel eine Garantie, künftig aus diesen Quellen beliefert zu werden.
Über die militärischen Übergangslösungen auf dem Sinai, die Israel noch auf lange Zeit vielfache Vorrechte sichern, ist bereits Einigung erzielt worden.
Wie stark die Verhandlungsposition Israels ist, geht schon aus der Unverfrorenheit hervor, mit der bereits vor Abschluß des Vertrages die nächsten Etappen der Expansion auf arabisches Land vorbereitet werden. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Zeitungen nicht von neuen israelischen Siedlungsprojekten in Westjordanien berichten. Einer solchen Besiedlungsaktion, von Israel unter dem Vorwand der Familienzusammenführung durchgeführt, hat Sadat bereits zugestimmt. Zudem hat Begin eine Kampagne zur Anerkennung des besetzten Jerusalems als Hauptstadt Israels gestartet und plant die Verlegung wichtiger Regierungsämter ins arabische Ost-Jerusalem (SZ 2.11.78).

sth

*

Westsahara

Unterstützt die Frente Polisario!

Die Ereignisse, die im folgenden zusammengefaßt werden, liegen zwar schon einige Monate zurück, sie bilden aber die Grundlage für die Diskussionen in der UNO und der OAU, die jetzt im Dezember anstehen. Für das sahrauische Volk ist es sehr wichtig, daß ihr Problem auf dieser Ebene aufgenommen wird. Dies bekräftigt die Polisario immer wieder. Dieses Verständnis sollte Grundlage für eine Solidarität mit dieser Befreiungsbewegung sein. Insofern erhält auch die Forderung nach diplomatischer Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) durch die Bundesrepublik Gewicht.
Aktuell ist die Unterstützung der Polisario auf europäischer Ebene auch, da am 17./18. November die 2. Europäische Koordinationskonferenz zur Unterstützung des sahrauischen Volks in Frankfurt getagt hat, wo zahlreiche Unterstützungsgruppen und -organisationen vertreten waren. Im Anschluß hat eine Frauendelegation der „Union des Femmes Sahraouies" (Frauenorganisation der Polisario) auf Einladung von Medico International und der deutschen Frauenbewegung eine Rundreise durch die Bundesrepublik angetreten. Die Frauen der Polisario berichten von ihrem Kampf beim Aufbau in den Flüchtlingslagern der algerischen Wüste, den sie aufnahmen, während die Männer im Befreiungskrieg gegen Marokko und Mauretanien kämpften.
Zu diesem Anlaß wurde auch eine Broschüre verfaßt, die über Medico International, 6000 Frankfurt 50, Homburger Landstr. 455, zu beziehen ist.

Baueninitiative Westsahara Bremen

Hintergründe des Umsturzes: Der Friedenswille Algeriens und Frankreichs

Schon Anfang des Jahres hatte Algeriens Staatschef Boumedienne erklärt, daß sich der Sahara-Konflikt in einer Sackgasse befände und neue Wege gefunden werden müßten, um zu einer Lösung zu kommen.
Dabei könnte Mauretanien die Möglichkeit bieten, Marokko aus dem Krieg herauszuführen (Le Monde 15. 7. 78). In dem Zusammenhang wurde Frankreich die Vermittlerrolle zugedacht, Ould Daddah zu dieser Konfliktlösung zu bewegen.
Es stellte sich dann heraus, daß Frankreich und Algerien schon seit Mai heimlich über die Westsahara verhandelt hatten (Le Monde 15. 7. 78). Was konnte Algerien dazu bewegt haben, plötzlich so kompromißbereit zu sein und womöglich über die Köpfe der Sahrauis hinweg einen möglichst raschen Frieden zustande zu bringen? Einmal kann es sich schlechte Beziehungen zu Frankreich auf die Dauer nicht leisten. Da dies auch französischen Interessen entgegenkam, hatte es schon seit Februar eine Wiederannäherung der beiden Staaten gegeben (Le Monde 17. 7. 78).
Für Frankreich waren zum einen die wirtschaftlichen Interessen im wichtigsten Land Nordafrikas bedroht, seine Politik im Mittelmeerraum hing von der Stimme Algeriens ab.
Auf der anderen Seite hatte sich Algerien das Ziel gesetzt, seine Exporte nach Frankreich zu verdoppeln, um so den Importüberhang aus diesem seinem wichtigsten Lieferland auszugleichen. Aber auch von anderen westlichen Ländern war Algerien durch eine wirtschaftliche Öffnung abhängig geworden. Die BRD wurde zweitwichtigstes Lieferland (Handelsblatt 7. 8. 78). Zur Ausbeutung der Rohstoffe in der Sahara – gerade auch in der Region von Tinduf (Le Monde) 15. 7. 78) – hatte es sich für amerikanisches und europäisches Kapital geöffnet (Staatsanleihe bei westlichem Bankenkonsortium von 120 Mio. Dollar, Le Monde 18. 7. 78; Gasgeschäft Handelsblatt 7. 8. 78).
Innenpolitisch scheint Algerien sich in einer augenblicklichen Krise zu befinden. Das deuten die Streiks der letzten Monate der Dock- und Transportarbeiter, der Bäcker und anderer Bediensteter im öffentlichen Sektor an. Die durchgeführten Lohnerhöhungen in diesem Bereich, die langfristig eine höhere Produktivität der Wirtschaft garantieren sollen, belasten den Staatshaushalt so, daß in anderen Bereichen gespart werden muß.
So erklärte Algeriens Außenminister Bouteflika, daß Algeriens starke Unterstützung der F Polisario abgemindert werden müsse, um den Staatshaushalt weniger zu belasten. Zumal in der jetzigen Phase eine Weiterführung des Kriegs starke Aufrüstung auf beiden Seiten bedeuten müßte.

Die verschiedenen Friedensinitiativen nach dem Umsturz

Nach dem Putsch in Mauretanien schließlich schienen für Algier alle Voraussetzungen für eine günstige Verhandlungsposition gegeben.
Die mauretanischen Militärs wollten in erster Linie dem Frieden näherkommen (NZZ 24. 8. 78). Die F Polisario zeigte ihren Friedenswillen, indem sie dem neuen Regime sofort einen Waffenstillstand gewährte, dies wurde auch von ihrem Europa-Vertreter Abdelfattah in Algier bekräftigt (Le Monde 5. 8. 78). Bald schwirrte eine Verhandlungslösung durch den Raum, die einen Mini-Sahraui-Staat mit teilweiser Autonomie auf dem mauretanischen Sahara-Anteil anstrebte (Le Monde 30. 7. 78; 2. 8. 78; NZZ 12. 8. 78).
Dieser Vorschlag kam durch intensive Kontakte zwischen Paris und Algier zustande (NZZ 24. 8. 78, Le Monde Juni). Mauretanien war bereit, seinen Anteil abzutreten.
Die realen Friedensaussichten auf dieser Grundlage sind aber gering, Marokko würde nach offiziellen Verlautbarungen einer gemeinsamen Grenze mit der Polisario nicht zustimmen, da es dies als algerische Umklammerung auffaßt. Vor allem wäre aber durch die Mini-Staat-Lösung die Forderung nach voller Souveränität der Sahrauis nicht verwirklicht.

Die Frage ist, ob Algerien mit seiner Annäherung an die westlichen Interessen und seiner Friedensinitiative nicht dieses Anliegen der Polisario verraten hat. Es gibt keine offenen Anzeichen für dahingehende Widersprüche zwischen Algier und der F Polisario, sicher ist, daß die Polisario dieser Lösung nicht zustimmen kann (FR 4. 10. 78).
Nach dem OAU-Gipfel von Khartum kam durch Houphouet-Boigny, den Präsidenten der Elfenbeinküste, ein weitergehender Vorschlag ins Gespräch, der nach einer Übergangsregierung unter UN-Obhut den Abzug aller fremden Truppen (d. h. der marokkanischen Armee) aus dem Gebiet fordert (Le Monde 4. 8. 78, FR 4. 10. 78).

Die Einschätzung der Lage aus der Sicht der F POLISARIO

Protokoll eines Berichts von dem Polisario-Vertreter Salem (Bremen, 24. 10. 78) nach dem IV. Kongreß der Frente Polisario (25. – 30. 9. 78)

1. Folgen des Umsturzes in Mauretanien

Der Umsturz in Mauretanien war die Folge des militärischen Kampfs der F POLISARIO, der sich auch gegen den französischen Eingriff auf seiten Mauretaniens durchsetzen konnte.
Die Opposition des Volkes gegen das Regime Ould Daddah wurde bestärkt einerseits durch den wirtschaftlichen Ruin, andererseits durch die Besetzung des Landes durch marokkanische Truppen. (Schon vor der Dekolonisierung meldete Marokko als Expansionsmacht im Maghreb Ansprüche auf das heutige Staatsgebiet von Mauretanien an.) Schließlich wurden die Errungenschaften, die Mauretanien sich gegen die Kolonialmacht und danach durch Verstaatlichung von Schlüsselpositionen erworben hatte, durch das heute gestürzte Regime zurückgenommen.
Der Wahlspruch, mit dem das Militär antrat, kam aus dieser Volksbewegung: „Friede um jeden Preis und Wiederherstellung eines eigenständigen mauretanischen Staats".
Die Antwort der F Polisario war ein Waffenstillstand. In der Folge erließ das neue Militärregime zwar viele Absichtserklärungen, bezog aber keinen festen Standpunkt.
Wir schätzen die Rolle der Militärs folgendermaßen ein: Die Volksbewegung gegen das Regime Ould Daddah hätte in der Folge eine revolutionäre Situation herbeiführen können. Unter dem Einfluß von Frankreich kam das Militär dem zuvor und bediente sich ihrer Forderungen, um der Bewegung die Spitze zu nehmen.



Mauretaniens gestürzten Staatschef Daddah

Trotz dieser Analyse beschloß der 4. Kongreß, dem mauretanischen Regime noch weitere Gelegenheit zu geben, seinen Friedenswillen zu beweisen. Die Polisario entschied eine Verlängerung des Waffenstillstands und stellte drei Bedingungen für einen Weg zum Frieden auf:

- Anerkennung der Souveränität des sahrauischen Volkes,
- Anerkennung der Grenzen der DARS, wie sie in den 60er Jahren bestanden,
- Rückgabe der von Mauretanien besetzten Gebiete an die F Polisario.

Nach dem Kongreß fanden vom 9. – 14. Oktober 78 in Paris Verhandlungen mit der mauretanischen Regierung statt. Ihr unehrliches Verhalten war für uns eine Bestätigung dafür, daß eine andere Macht alle Entscheidungen dieses Regimes beeinflußt. Sie versuchen, uns hinzuhalten.

2. Zu den verschiedenen Friedensinitiativen

In letzter Zeit schlugen sowohl afrikanische Staatsmänner als auch die französische Regierung verschiedene Teillösungen des Sahara-Konflikts vor.
Der Kongreß hat den klaren Standpunkt bezogen, daß das sahrauische Volks niemals einer Lösung zustimmen wird, die nicht in den Vereinten Nationen angenommen wurde. So viel guten Willen manche der Vorschläge auch zeigen mögen, insgesamt haben sie die Funktion, die Diskussion innerhalb der UNO zu boykottieren und die Meinung der Weltöffentlichkeit irrezuführen.
Bei dem West-Sahara-Konflikt handelt es sich um ein Problem der Dekolonisierung, und deshalb sind völkerrechtlich die Gremien der UNO, der OAU und der Blockfreien zuständig. Aus der Sicht der UNO ist das Sahrauische Volks die angegriffene Partei, die sich auf der Flucht befindet, sie ist es, die gegen den Expansionismus kämpft und die ein Recht auf Souveränität und Freiheit hat.

3. Marokko

Das schwierigste Hindernis für eine friedliche Regelung des Konflikts ist die unnachgiebige Haltung Rabats. Mauretanien und sogar Frankreich stimmen in dieser Meinung mit uns überein. Die außenpolitische Isolation gibt inzwischen schon Anlaß zu Widersprüchen innerhalb Marokkos. Hierbei ist zu erwähnen, daß die expansionistische Politik Hassans II. bis dahin innenpolitisch großen Anklang gefunden hatte. Die Opposition, einschließlich der kommunistischen Partei, hatte sie sogar unterstützt.
In dem Zusammenhang ist für uns die diplomatische Anerkennung durch möglichst viele Staaten eine wichtige Stütze. Die Anerkennung der DARS durch die spanische Regierungspartei UCD und kürzlich durch die tansanische Regierung bedeutet für uns einen großen Erfolg in der Suche nach internationaler Unterstützung.
Unsere Antwort auf die unverrückbare Haltung Marokkos war eine militärische Offensive und eine Intensivierung des Kampfs auch auf marokkanischem Staatsgebiet, bis in die Nähe von Agadir. Sie hatte den Erfolg, daß Hassan die Verluste innerhalb Marokkos damit rechtfertigen mußte, daß die Offensive von algerischen Einheiten geführt worden wäre (Le Monde 6. 10. 78).
Die Polisario führte den Gegenbeweis, indem sie der internationalen Presse marokkanische Piloten als ihre Gefangenen präsentieren konnte.
Seit drei Jahren startet Hassan seine Propaganda gegen Algerien immer gerade zu einem Zeitpunkt kurz vor der Diskussion in internationalen Gremien (wie in der OAU und UNO im Dezember). Er verfolgt damit die Strategie, davon abzulenken, daß das sahrauische Volk der Kriegsgegner ist, und damit die internale Unterstützung zu schwächen.

4. Zu den Ergebnissen der OAU-Gipfelkonferenz

Auf der OAU-Gipfelkonferenz in Khartoum wurde der Konflikt als ein Dekolonisierungsproblem anerkannt, und es wurde daran erinnert, daß es schon eine Serie von Resolutionen zu diesem Thema gibt.
Des weiteren wurde eine ad hoc Kommission gegründet, die die Lage untersuchen soll. Diese Kommission wird jetzt von Frankreich und Marokko gegen die Entschließung der OAU dazu benutzt, ihr vor der Weltöffentlichkeit die Kompetenz für die Lösung des Konflikts zuzuschieben. Die Verlautbarungen der Elfenbeinküste auf der OAU-Konferenz waren zum Beispiel stark von der Position Frankreichs inspiriert. Die Elfenbeinküste ist bekannterweise stark von Frankreich abhängig. Der Präsident Noumeiri ist kraft seines Amts als Vorsitzender der OUA gleichzeitig Vorsitzender dieser Kommission. Er hatte Anfang Oktober öffentlich seine Vorstellungen von einer Lösung als Ansichten der Kommission ausgegeben.
Ebenso versuchte der marokkanische Außenminister Mitte Oktober, diese Kommission aufzuwerten, indem sie im Zusammenhang mit den Operationen auf marokkanischem Territorium anrief, obwohl eigentlich die UNO in einem solchen Fall die zuständige Instanz ist.
In Wirklichkeit hat diese Kommission nur die Aufgabe, der nächsten Gipfelkonferenz zu berichten. Sie kann Lösungsvorschläge machen, die Entscheidung wird aber auf internationaler Ebene gefällt.

5. Zur Haltung Algeriens

Um die Einschätzung der F Polisario über die Haltung Algeriens den sahrauischen Forderungen gegenüber besser zu erfassen, wurde von der Protokollantin dem Polisario-Vertreter Salem folgende Frage gestellt:
„Nach Berichten in Le Monde (s.o.) versucht der algerische Staatschef Boumedienne schon seit Anfang des Jahres, mit Frankreich über einen Frieden in der West-Sahara ins Gespräch zu kommen. Befürchtet die F Polisario nicht, übergangen zu werden, eventuell sogar von Algerien?"
Algerien ist nur ein Vermittler zu Frankreich, weil Frankreich das sahrauische Volks als Gesprächspartner nicht anerkennt. Man darf dabei nicht vergessen, daß Frankreich im imperialistischen Rahmen eine Rolle zu spielen hat. Es muß seine Handlungen rechtfertigen (z. B. den Eingriff auf der Seite Mauretaniens), deshalb erklärt es Algerien zum Hauptgegner. Bei den Gesprächen verfolgt Frankreich das Interesse, seine Position der Kontrolle über Nordafrika zurückzugewinnen.
Algerien hat aber einen ganz klaren Standpunkt und fordert die Selbstbestimmung, eine dauerhafte Lösung, die das Volk selbst wählen soll.
(Die F Polisario scheint aus propagandistischen Gründen eine Konfrontation mit Algerien zu vermeiden. Somit wird der Widerspruch zwischen den Äußerungen der F Polisario und den Zeitungsberichten aus Le Monde z. B. über die Haltung Algeriens erklärt. b. t.)

6. Die jüngsten Errungenschaften der F Polisario

Ich berichte hier vom Zeitraum zwischen dem dritten und vierten Kongreß, der unter den erschwerten Bedingungen des Exils stand.
„Viele innere Probleme, viele sozialen Krankheiten mußten eliminiert werden, es sind die Spuren der Mentalität, die der Kolonialismus hinterlassen hat: die Kolonialherren spielten die Stämme gegeneinander aus, um das vorkoloniale demokratische Bewußtsein zu zerstören, das sich im ‚Rat der Vierzig' zeigte."
(Der Rat der Vierzig war die vorkoloniale politische Organisation des Volks der West-Sahara. Er wurde 1936 aufgelöst, als die Spanier stärker in die West-Sahara eindrangen. Jeder Stamm entsandte in demokratischer Weise Mitglieder in den Rat, die bestimmte

Anforderungen begnügen mußten. Das Gremium vertrat das Volk nach außen im Kriegsfall. Es hatte ein stehendes Heer zur Seite, konnte aber auch das ganze Volk mobilisieren. Dies tat der Rat bei äußeren und inneren Konflikten.)
Eine weitere Hinterlassenschaft ist der Analphabetismus. Der Begriff von der Identität des Volkes war ausgemerzt worden. Dagegen muß ein Prozeß der Bewußtmachung unserer Realität und unserer Besonderheit in Gang kommen. Zum Beispiel hatten die Kolonialisten darauf bestanden, daß man nach dem 20. Lebensjahr nicht mehr lesen lernen könne. Jetzt lernen 60jährige die Zeitung und ihre Geschichte lesen. Es kommt darauf an, daß sie verstehen, warum sie kämpfen, die Motivation muß geklärt werden. Ein Kämpfer soll nicht nur für die Sahraouis engagiert sein, sondern auch im anti-imperialistischen Kampf, um auch in Zukunft den anderen Völkern in internationaler Solidarität zu helfen.
Das Volk hat seinen Grad an politischer Bewußtheit angehoben, durch intensive Diskussionen in den Zellen und den Komitees. Das Bewußtsein in unserem Volk ist sehr hoch, es ist eine wichtige Determinante in unserem Kampf.
Die Analphabetenrate wurde in der Zivilbevölkerung auf 35 %, in der Armee auf 15 % gesenkt. Schulen für die Kinder, die Frauen und die Alten sind ein Schritt in der kulturellen Entwicklung unseres Volks.
Im Gesundheitswesen wurde das nationale Zentralhospital gebaut, dazu verschiedene Außenposten und eine Spezialklinik für Frauen und Kinder. Es wurde erfolgreich gegen Ansteckungskrankheiten gekämpft, und das alles unter den Bedingungen des Exils. Die Lebensmittelversorgung wurde verbessert, aber sie ist immer noch nicht befriedigend.

Auf militärischem Gebiet wurden neue Erfolge erzielt bei der Erbeutung von Gefangenen, Material und Nachschub vom Feind. Auf diplomatischem Gebiet wurde die DARS von mehreren Ländern anerkannt, zum Teil anerkennen sie auch die FRENTE POLISARIO als die rechtmäßige Vertreterin des sahaurischen Volks."

b.t.

Iran

Staatsterror und Widerstand halten an

Fast jeden Tag stehen in unseren Zeitungen Zeugnisse des Widerstandes der iranischen Bevölkerung gegen den Schah und sein Regime. Wegen ihrer ständigen Wiederholung geraten die Nachrichten zwar immer kleingedruckter, und der deutsche Leser gerät in die Gefahr abzustumpfen, und doch verbirgt sich hinter jeder dieser Nachrichten eine Tragödie, und sie zeigt die Brutalität des Schah-Regimes:

„In der iranischen Stadt Hamadan sollen am Sonntag bei Unruhen über 30 Menschen von Sicherheitskräften der Regierung getötet worden sein." „... sind in der persischen Stadt Gorgan rund 280 km nordöstlich von Teheran elf Menschen ums Leben gekommen oder verletzt worden." „Mindestens vier Tote und Dutzende von Verletzten sind nach Teheraner Zeitungsberichten vom Donnerstag die Bilanz der neuen schweren Ausschreitungen in 13 iranischen Städten am Vortag." „Seit Donnerstag gab es damit bei den blutigen Zwischenfällen in mehreren Provinzstädten mindestens 18 Tote." „Am Sonntag war es in 37 Städten in ganz Iran zu neuerlichen Zusammenstößen zwischen Polizei und regierungsfeindlichen Demonstranten gekommen. Nach Mitteilung der Behörden gab es mindestens 23 Todesofer." „In den Kleinstädten Paveh und Pol-e-Zahab in Westpersien unweit der irakischen Grenze sind nach Berichten des Teheraner Rundfunks vom Dienstag insgesamt 39 Menschen ums Leben gekommen." „... sind am Freitag nach Teheraner Rundfunkberichten in der Stadt Ahwaz im persischen Ölgebiet 200.000 Menschen für Khomeiny durch die Straßen gezogen." „Am Samstag waren bei Zusammenstößen auf dem Universitätsgelände nach Angaben aus Studentenkreisen mindestens 40 Menschen erschossen worden" (FR 24., 26., 27., 30., 31. 10., 1., 4. und 5. 11. 78).

Die islamische Bewegung

Der Kristallisationspunkt des Widerstandes gegen das Regime im Iran sind die Moscheen (vgl. ‚blätter' Nr. 71, Aug. 78 und ‚blätter' Nr. 72, Sept. 78). Die schiitische Geistlichkeit im Iran, die einzige in einem muslemischen Land, die nicht vom Staat subventioniert wird, wurde zum Sprachrohr der politisch entrechteten Iraner. Die Mullahs haben die Volksbewegung nicht geschaffen, aber sie haben sich als Volkstribune an ihre Spitze stellen können, da die Kirche als einzige Institution Glaubwürdigkeit und moralische Autorität bewahrt hat und da die Moscheen nicht verboten werden konnten. Hinzu kommt, daß die schiitische Glaubensrichtung des Islam, die in Persien vorherrschend ist, im Gegensatz zur sunnitischen der anderen islamischen Länder von jeher wesentlich weltoffener und demokratischer ausgerichtet ist. So erklärte einer der höchsten schiitischen Würdenträger, Aystollah Taleghani: „Mit den reaktionären Regierungen in Saudi-Arabien oder Pakistan haben wir nichts zu tun. Der Islam hat allgemeine Ziele und ein allgemeines Programm. Über neue Entwicklungen, die nicht im Koran beantwortet werden, müssen die religiösen Führer entscheiden" (FR 18. und 24. 11. 78, Die Zeit 17. 11. 78, JA No. 923).
Gerade in der Frauenfrage wird der Unterschied zur sunnitischen Koranauslegung deutlich, da diese beschuldigt wird, seit 1400 Jahren den Koran immer wieder zur Befriedigung des Vergnügens der Männer verfälscht zu haben. So betonen die Schiiten eher jene Vorschriften des Koran, nach denen sich die Frau gemeinsam mit dem Mann den gesellschaftlichen Aufgaben stellen solle. Von daher wird auch die massive Beteiligung der Frauen an der Widerstandsbewegung gegen das Schah-Regime verständlich, und zur Verdeutlichung beten die Frauen während der Demonstrationen ostentativ mit, eine Ungeheuerlichkeit im Islam. So ist das neuerliche Tragen des Tschadors (Schleiers), des langen, schwarzen, ins Gesicht gezogenen Umhangs, Ausdruck der politischen Protestes gegen das Regime und des gesellschaftlichen Protestes gegen die Degradierung der Frau zu einem Objekt männlicher Sexualität in einer verwestlichten Gesellschaft (FR 25. 11. 78, SZ 9./10. 9. 78) (Fußnote 1). An dieser Stelle soll jedoch nicht die weiterhin im Iran herrschende starke Benachteiligung der Frauen beschönigt werden (vgl. Die Tageszeitung 22. 9. 78), noch allgemein der ambivalente Charakter einer religiösen Emanzipationsbewegung unterschlagen werden (vgl. links, Okt. 78). Der ambivalente Charakter drückt sich gerade in dem Tragen des Schleiers aus, der in seiner traditionellen Bedeutung seine Trägerin als Besitz des Mannes ausweist und durchaus nichts Emanzipatorisches an sich hat.
Die islamische Bewegung ist in sich keinesfalls straff organisiert, noch ist sie inhaltlich homogen. Die Ansichten unter den führenden schiitischen Persönlichkeiten über Militanz bzw. Kompromißbereitschaft gegenüber dem Regieme gehen auseinander, während sie in bezug auf marxistische Meinungen recht einhellig sind: es herrscht ein klarer, wenn auch kein militanter Anti-Kommunismus vor.

Die Forderungen

Neben der isllamischen Opposition spielen die politischen Parteien und Gruppierungen aller Couleur nur eine untergeordnete Rolle (vgl. ‚Blätter' Nr. 72, Sept. 78).
Die drei der heterogenen Anti-Schah-Bewegung gemeinsamen Kernpunkte der Forderungen sind:
1.) Abschaffung des Terrorregimes. Bis vor kurzem bestand innerhalb der schiitischen und der politischen Gruppierungen Uneinigkeit darüber, ob dieses Ziel durch eine Rückkehr zur Verfassung von 1906 (die theoretisch noch in Kraft ist, aber nicht mehr praktiziert wird) möglich ist; in ihr ist neben einem Mitgestalutngsrecht der Geistlichkeit bei der Gesetzgebung vor allem von einer konstitutionellen Monarchie die Rede. Seit mehreren Wochen ist jedoch die Gruppe um den im Pariser Exil lebenden bedeutendsten schiitischen Geistlichen, Ayatollah Khomeiny, zu der Ansicht gelangt, daß der Schah selbst bei einem Rückzug auf eine sehr repräsentative Funktion nicht mehr zu tragen wäre, und so impliziert inzwischen die Forderung den Sturz des Schahs und seiner Dynastie. Auf diese Position wurde auch der Führer der bürgerlich-liberalen Partei „Nationale Front", Karim Sanjabi, festgelegt, als er zwei Wochen lang mit Khomeiny in Paris konferierte. Die von beiden beschlossene Drei-Punkte-Erklärung lautet:
„1. Das gegenwärtige monarchische Regime ... hat keinerlei Legitimation, weder eine rechtliche noch eine religiöse.
2. Die nationale und islamische Bewegung des Irans würde keiner Regierung zustimmen, an der das gegenwärtige, illegitime monarchische Regime beteiligt ist.
3. Eine nationale iranische Regierung muß nach Abhaltung einer Volksabstimmung auf der Grundlage des Islams, der Demokratie und der Unabhängigkeit gebildet werden" (Die Zeit 17. 11. 78).
Diese Forderungen scheinen die Stimmung im Volks sehr genau zu treffen, wie die auf den Demonstrationen gerufenen Parolen zeigen. Kompromißbereitere Oppositionsführer, wie Aystollah Scharriat Madari aus Ghom, die auch in jüngster Zeit noch auf eine mögliche Übereinkunft mit dem Schah bauten, verloren so rapide an Gefolgschaft (FR 18. 11. 78).

2.) Freilassung aller politischen Gefangenen. Zu seinem 59. Geburtstag wurden am 25. Okt. vom Schah zwar 1.126 Häftlinge freigelassen, aber die Zahl der in den letzten Wochen Verhafteten dürfte für sich allein genommen schon wesentlich höher liegen. Amnesty International vermutet 40.000 bis 100.000 politische Gefangene im Iran. Und die Berichte der jetzt Freigekommenen gaben einen erneuten Beweis für die grausame Behandlung, der die Gefangenen unterworfen sind (FR 28. und 30. 10. 78, LM 27. 10. 78).

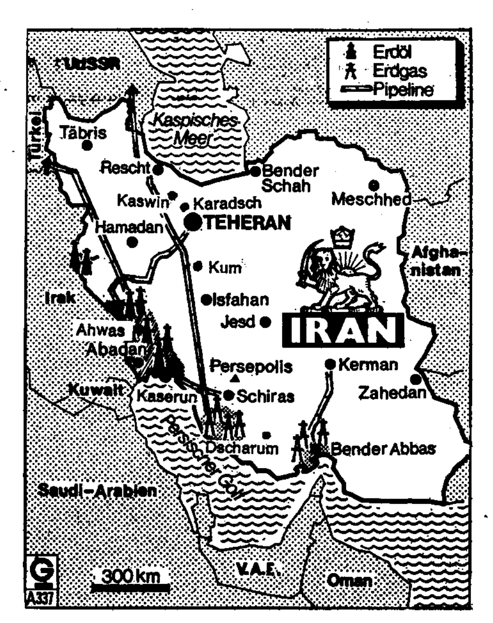
3.) Eine national orientierte Politik zugunsten der eigenen Bevölkerung und nicht den Interessen der Supermächte und ihren Ver-

bündeten im eigenen Land folgend. In diesem Zusammenhang wurde in der bundesrepublikanischen Presse verstärkt von einer wachsenden generellen Fremdenfeindlichkeit gesprochen. Offensichtlich vermögen allerdings sowohl die Basis als auch ihre Repräsentanten sehr wohl zu differenzieren: so sind die amerikanischen und englischen Einrichtungen, die wirtschaftlichen und politischen Hauptstützen des Schah-Regimes, die zentralen Angriffsziele, so stand z. B. am 5. 11. die britische Botschaft in Flammen, während Einrichtungen und Personen anderer Nationalitäten, wie z. B. deutsche, eher unbeachtet bleiben, und während eine wahre Frankophonie ausgebrochen ist, seitdem Frankreich dem aus dem Irak vertriebenen Ayatollah Khomeiny die Einreise und de facto auch die politische Betätigung gestattete (er hat augenblicklich den Status eines Touristen und nicht den eines politischen Flüchtlings, LM 3. 11. 78). So verließen bereits viele US-Bürger, vor allem Angehörige der amerikanischen ‚Experten' im Militär und in der Wirtschaft, den Iran. Desgleichen fühlten sich auch die Facharbeiter aus der UdSSR an der in die UdSSR führenden Gaspipeline nicht mehr sicher, und viele von ihnen packten die Koffer (FR 20. 11. 78). Gerade Personen wie Aystollah Taleghani, der erst Ende Oktober nach 15-jähriger Haft freikam und der gegenüber weltlichen linken Strömungen wesentlich offener ist als z. B. Khomeiny und erst recht Scharriat Madari, betonen jedoch, daß es sich hierbei nicht um dumpfen Fremdenhaß, sondern um sozioökonomische Fragen handelt: „Diejenigen, die als Spezialisten und technische Berater kommen, werden wir gern akzeptieren. Verfolgen sie hingegen imperialistische Zwecke und beuten unser Volks aus, dann wird das anders sein" (FR 23. 11. 78).

Die Streiks

Diese Forderung nach einer Politik zugunsten der Bevölkerungsmehrheit kam massiv zum Ausdruck in einer gewaltigen Streikwelle, die trotz des seit Anfang September in den zwölf größten Städten herrschenden Kriegsrechts das ganze Land und alle Wirtschaftsbereiche (mit Ausnahme offensichtlich jedoch der Landwirtschaft) durchzieht. Durch sie soll eine gerechtere Verteilung der verfügbaren Möglichkeiten erreicht werden. Die Forderung nach Lohnerhöhungen stand jedoch nie isoliert, sondern immer im Zusammenhang mit politischen Forderungen. Als der Schah anfing, auf die Lohnforderungen einzugehen, in der Hoffnung, so die anderen Forderungen umgehen zu können, unterließen streikende Arbeiter und Angestellte einiger Betriebe demonstrativ Lohnforderungen. Im Ausstand befanden sich zeitweise oder immer noch u.a. Angestellte der iranischen Atomenergieorganisation (mit der Forderung nach Überprüfung der Kernenergieabkommen, u.a. mit der BRD), Angestellte des Teheraner Wirtschafts- und Finanzministeriums (mit der Forderung nach Kündigung des iranischen Ölabkommens mit 14 westlichen Ölgesellschaften), zigtausend Lehrer sowie weitere Gruppen des öffentlichen Dienstes, u.a. sogar Richter, die Arbeiter in der Erdgas-Raffinerie (wodurch die Erdgaslieferungen in die UdSSR unterbrochen wurden), das Personal der Luftfahrtgesellschaft Iran Air (wodurch der nationale und teilweise auch der internationale Flugverkehr zum Erliegen kam), das technische Personal der Post, die Redakteure der Zeitungen (um sich gegen die Wiedereinführung der formalen Zensur seit der Militärregierung zu wehren), die Händler der Basare, viele Arbeiter in privaten Industrieunternehmen, Tanklastfahrer (was zu Treibstoffmangel führte) und vor allem, da den Lebensnerv des Schah-Regimes treffend: seit Ende Oktober die 37 000 Arbeiter auf den Erdölfeldern und in den Raffinerien (FR 23., 27., 31. 10., 2., 3. und 8. 11. 78).

Das Erdöl stellt das Rückgrat des augenblicklichen iranischen Wirtschaftssystems dar. 1977 war es mit einem wertmäßigen Anteil von 96 % an den iranischen Exporten das überragende Produkt. Es machte rund 40 % des Bruttoinlandsprodukts aus, und der Staatshaushalt wurde 1977/78 zu 60 % durch die Einnahmen aus Öl und Gas gedeckt (BfA Juli 1978, Der Spiegel 6. 11. 78). Iran war 1977 nach der UdSSR, den USA und Saudi-Arabien mit 276 Mio. Tonnen (knapp 10 % der Weltfördermenge) der viertgrößte Erdölförderer und nach den Saudis der zweitgrößte Erdölexporteur der Welt. Bis zum Aus-



bruch des Streiks exportierte der Iran in den letzten Monaten durchschnittlich täglich 5,8 Mio. Barrel (ein Barrel = 159 Liter), was einen Erlös von etwa 60 Mio. US Dollar (z. Z. ca. 115 Mio. DM) erbrachte. Die Produktion und die Ausfuhr sank durch den Streik um 60 % bis in Spitzenzeiten zu 90 %. Eine Verknappung auf dem Weltmarkt ist jedoch auch bei einem längeren Ausfall Irans als Erdölexporteur nicht zu erwarten, da einerseits sowieso schon eine Ölschwemme auf dem Weltmarkt herrschte und da andererseits die meisten Produzenten mit nicht ausgelasteten Kapazitäten arbeiten (so könnte Saudi-Arabien allein binnen weniger Wochen die Tagesproduktion um 3 Mio. Barrel erhöhen). Wenn dennoch die Preise für Mineralöl auf dem europäischen Markt sofort drastisch stiegen, so lag dabei keine Auswirkung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage vor, sondern ein Monopolprofit der Mineralölindustrie (FR 10. 11. 78, Die Zeit 10. 11. 78).

Die Armee besetzte die wichtigsten Ölförderungs- und Verarbeitungsanlagen im Südwesten Irans (vor allem in der Provinz Khuzistan, wo sich mit den Anlagen in der Hafenstadt Abadan die größte Raffinerie der Welt befindet). Dadurch und durch attraktive Lohnangebote sollten die Arbeiter der staatlichen Erdölgesellschaft NIOC, die größtenteils auf dem Gelände des Unternehmens wohnen, massiv eingeschüchtert und unter Druck gesetzt als auch gelockt werden, die Arbeit wieder aufzunehmen, die die 2.000 Ausländer und die Techniker der Armee nur zu einem geringen Teil durchführen konnten. Trotz Verhaftungen und Erschießungen von „Rädelsführern" konnten nur vereinzelt Arbeiter mit Waffengewalt an die Arbeit zurückgetrieben werden, der Streik jedoch nicht gebrochen werden. Auch ein Ultimatum des Militärgouverneurs der Provinz verstrich am 12. November ergebnislos. Ein definitives Ende des Streiks ist noch nicht in Sicht (FR 1., 2., 3., 9., 10., 14. und 16. 11. 78, Die Zeit 10. 11. 78, Der Spiegel 13. 11. 78).

Einsetzen einer Militärregierung

Da die Regierung des erst am 27. 8. 78 zum Ministerpräsidenten ernannten Dschaafer Scharif Emami absolut keine Unterstützung von irgendwelchen Gruppierungen der Bevölkerung gewinnen konnte und es insbesondere nicht geschafft hat, die ihr vom Schah zugedachte Aufgabe zu erfüllen, die kompromißbereiten schiitischen Kräfte zu assimilieren, ließ der Schah sie fallen: Nach den ersten gescheiterten Versuchen, den Streik der Erdölarbeiter zu beenden, und nach einem neuerlichen Höhepunkt der Demonstrationen im Iran und nachdem auch kein Politiker mehr bereit war, dem Schah die Kohlen aus dem Feuer zu holen, übertrug er am 6. Nov. dem Militär die Regierungsgewalt. Vorbereitet wurde diese Machtübernahme durch offensichtlich, und von den oppositionellen Gruppen als solche bezeichnete, vom iranischen Geheimdienst SAVAK inszenierte Gewalttaten und Brandstiftungen, die die Opposition als blutrünstigen, fanatischen Mob darstellen und die Einsetzung des Militärs rechtfertigen sollte (FR 16. 11. 78). Neuer Ministerpräsident wurde der Stabschef der Streitkräfte, General Gholam Resa Aschari. General Gholam Ali Oveisi, Kommandeur des Heeres und Kriegsrechtsadministrator von Teheran und als solcher verantwortlich für die Massaker vom 8. Sept., dem Schwarzen Freitag, bleibt als graue Eminenz im Hintergrund. Das Kabinett umfaßte anfangs neben drei Zivilisten aus dem vorhergehenden Kabinett ausschließlich Militärs, inzwischen wurden einige weitere Zivilisten aufgenommen. Die neue Regierung kündigte „unnachsichtiges", „gnadenloses" Vorgehen an, 200 Panzer und 100.000 Soldaten sind rund um Teheran zusammengezogen worden und patroullieren ununterbrochen durch die Stadt. „Sensible Aufgaben" werden dabei von den blind ergebenen, professionellen Elitetruppen ausgeführt, da die Dienstpflichtigen die ständigen Ermordungen der oppositionellen Bevölkerung nicht durchstehen würden (FR 7. und 16. 11. 78, Die Zeit 24. 11. 78, SZ 7. 11. 78).

Die Militärregierung verhängte eine strikte Pressezensur und besetzte den Rundfunk und das Fernsehen. Schulen und Universitäten wurden geschlossen, teilweise besetzt. Erneut wurden viele weitere Oppositionelle verhaftet, unter ihnen 30 Journalisten, und nach der Rückkehr aus Paris auch Karim Sanjabi, der 74-jährige Präsident der „Nationalen Front" und deren Sprecher Dariush Foruhar (FR 7. und 13. 11. 78).

Trotz des brutalen Gebrauchs der Schußwaffen konnte es jedoch auch dem Militär in den ersten Wochen ihrer Regierungsübernahme nicht gelingen, „Ruhe und Ordnung" herzustellen. Die Demonstrationen und die Streiks hielten unvermindert an. Ein 24-stündiger Generalstreik als „Tag der nationalen Trauer" wurde am 26. Nov. weitgehend befolgt (FR 27. 11. 78).

Wie alle Regierungen vorher startete auch die Militärregierung in dem Bemühen, sich den

Anschein der Integrität zu geben, eine Kampagne gegen die Korruption. Es sollen Sondergerichte für Korruptionsfälle eingerichtet werden. Neben höheren Beamten wurden sechs ehemalige Minister, der frühere SAVAK-Chef Nassiri und der langjährige Ministerpräsident Howeida festgenommen. Diese Verhaftungen schwächten die Position des Schahs, fanden jedoch in der Öffentlichkeit nicht den vom Militär erhofften Beifall, da angenommen wird, daß die Häftlinge eher im Palast des Schahs als im Gefängnis sitzen (FR 9. und 10. 11. 78, Die Zeit 24. 11. 78).
Die Reaktionen des westlichen Auslandes auf die neue Regierung überraschten nach den bisherigen Stellungnahmen nicht (vgl. ‚blätter' Nr. 73, Nov. 78). Nachdem US-Präsident Carter Anfang November den 18-jährigen Kronprinzen Reza empfangen hatte und bei der Gelegenheit darauf hingewiesen hatte, daß „die fortschrittliche Regierung des Schahs sehr wertvoll für die gesamte Welt" sei, und ihm seine warmen Wünsche ausrichten ließ (FR 2. 11. 78), begrüßten die einzelnen US-Minister die Bildung der neuen Militärregierung als Mittel zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Carter bezeichnete die iranischen Widerständler als „Schurken" und beschloß, der iranischen Polizei Waffen zum Einsatz gegen große Menschenmengen zu senden. Damit hat der selbsternannte Champion der Menschenrechte endgültig gezeigt, was für eine Bedeutung für ihn die Menschenrechte haben, wenn es um wirtschaftliche und geopolitische Interessen geht. Auch der britische Außenminister Owen hat sich vor dem Unterhaus über die neue Regierung gefreut (FR 8., 10. und 15. 11. 78).

BRD-Iran

Die bundesdeutsche Regierung hatte schon einige Tage vorher gezeigt, auf wessen Seite im Iran sie steht: Sie schickte am 27. Okt. Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff nach Teheran, wo er eine Grußbotschaft von Bundespräsident Scheel dem Schah übergab und ihm versicherte, daß die Bundesregierung nicht von ihm ablasse. Auf einer Pressekonferenz sagte er dann, daß die Bundesregierung aus „wirtschaftlichen und politischen" Gründen an stabilen Verhältnissen im Iran interessiert sei, und sie sei nicht interessiert an einer „Entwicklung zugunsten ultrakonservativer oder gar reaktionärer Kräfte noch an einer Entwicklung in Richtung auf eine marxistisch oder kommunistisch beeinflußte Gruppe", und sie begrüße ausdrücklich die vom Schah eingeleitete Liberalisierung der iranischen Innenpolitik" (FR 30. 10. 78).

Gries sieht in den heute gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten genügend Spielraum, politisch-militante Ausländer härter zu behandeln. Gemeinsam mit den lokalen Behörden will er Genehmigungskriterien für Ausländerdemonstrationen wesentlich schärfer handhaben als bisher. Außerdem soll gegen solche Ausländer, die bei Demonstrationen als Rädelsführer von Ausschreitungen auffallen, das Ausweisungsrecht stärker als bisher in Anspruch genommen werden.
Es gehört freilich nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, was einen CISNU-Studenten erwartet, der nach einer schah-feindlichen Demonstration wegen krimineller Ausschreitungen zurück in sein Heimatland geschickt wird. Doch Gries hält Härte dieser Art für gerechtfertigt.

Badische Zeitung, 28.11.78



Schah Reza geht es bei der industriellen Kooperation mit der Bundesrepublik nicht schnell genug. Dafür entspricht die Tiefe der Verbeugung des Bundestagspräsidenten **Hans Filbinger** bei dessen Iran-Besuch sicher den zeremoniellen Vorschriften des persischen Hofes.

Nach der Demonstration in Frankfurt am 25.11.1978

Was die Demonstranten in Frankfurt am 25.11. vorhatten, ist zumindest verständlich: Sie griffen das Konsulat des Landes an, das mit seinem Geheimdienst CIA zugegebener- und erwiesenermaßen 1953 das gegenwärtige Folterregime im Iran installierte (vgl. blätter des iz3w 69, S. 47 f.), des Landes auch, das den Hauptanteil an der militärischen Aufrüstung der iranischen Armee und Polizei trägt (vgl. blätter des iz3w 57, S. 5 f.), welche in diesen Tagen Hunderte und Tausende von Demonstranten im Iran auf offener Straße massakriert.
In den Presseverlautbarungen der hessischen Politiker und der sonstigen Medienberichterstattung zeichnet sich jetzt der Gegenschlag gegen die Perser in der BRD ab. Bei der Darstellung des Demonstrationsablaufs selbst gefällt sich der größte Teil der bürgerlichen Presse wieder einmal im einseitigen Zitieren des Polizeiberichts (FAZ, „Welt", BZ vom 27.11. 78). Von „Krawallen", „Terror und Gewalt" ist die Rede. Kaum ein Wort wird auf den Bericht der Veranstalter – der CISNU – verschwendet. Die CISNU berichtet, daß der Demonstrationszug von Anfang an von der Polizei angegriffen worden sei (was dem Verhalten der Polizei auf allen vorangegangenen Iran-Demonstrationen in Frankfurt entspricht) und fügt hinzu, daß die folgenden Ergebnisse auf das Konto der Polizeiprovokation gingen. (FR v. 27.11.78). Kein Wort natürlich auch darüber, was die Ursache der Wut der Demonstranten sein könnte: die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Verflechtungen von BRD-USA und dem Iran! Im Folgenden wird auffällig schnell – und da liegt wohl der eigentliche Sinn dieser Hetze – allseits die Verschärfung des Demonstrationsrechts bis hin zum generellen Verbot aller Ausländerdemonstrationen und verschärfte Ausweisungs- bzw. Abschiebungspraxis gefordert.
Was der hessische Innenminister hier in dezenter Unklarheit als „Härte dieser Art" rechtfertigt, ist nichts anderes als Folter und Mord an den Persern, die er ausweisen will. Daß er dies völlig legal tut, ist bundesrepublikanischer Alltag.
Die Pläne von Leuten wie Gries stellen eine akute Gefahr dar für Perser, die an der Demonstration in Frankfurt teilgenommen haben oder die als Mitglieder der CISNU „bekannt" sind.
Frankfurts OB Wallmann hat inzwischen bereits seine Ausländerbehörde angewiesen, die für die „Krawalle" verantwortlichen Perser (darunter auch die Anmelder der Demonstration!!) auszuweisen (FR v. 30.11.78). Auch im Hinblick auf den eventuell bevorstehenden Schah-Besuch in der BRD wird mit weiteren Ausweisungen und Abschiebungen nicht lange gefackelt werden.
Wir schlagen zunächst, allen, die diese Bedrohung nicht ohne weiteres hinnehmen wollen, vor, den hessischen **Innenminister Ekkehard Gries, Friedrich-Ebert-Allee 12, 62 Wiesbaden**, mit Briefen zu behelligen, in denen gegen die drohenden Ausweisungen und Abschiebungen protestiert wird, ebenso gegen ein Verbot der CISNU. Briefe solchen Inhalts sollte auch der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann erhalten.

ma

Ob unter „Liberalisierung" das Zusammenschießen einer friedlichen Demonstration in Kermanshah mit zig Toten während Graf Lambsdorffs Besuch in Teheran zu verstehen ist (Fr 31. 10. 78)? Im Klartext muß die Stellungnahme der Bundesregierung doch heißen, daß sie um der Exportinteressen der deutschen Wirtschaft willen ein Interesse an einer starken Diktatur und an staatlichem Terrorismus im Iran hat und diese Zustände ohne rot zu werden als Liberalisierung ausgibt.

Die wirtschaftlichen Verflechtungen der BRD mit dem Schah-Regime sind in der Tat bedeutend (vgl. ‚blätter' Nr. 69, Mai 1978):

Dem Handelsvolumen nach war die BRD im letzten Jahr der größte Handelspartner vom Iran, und umgekehrt war der Iran für die BRD nach den USA der zweitgrößte außereuropäische Handelspartner mit einem Gesamtvolumen von 10,7 Mrd. DM. Davon entfielen auf die Exporte Irans 4,35 Mrd. DM, zu 85 % Öl und zu weiteren 10 % Teppiche. Damit war Iran 1977 mengenmäßig mit einem Anteil von 16,1 % nach Libyen und Saudi-Arabien der drittgrößte Öllieferant für die BRD, avancierte jedoch im ersten Halbjahr 1978 mit 18,3 % der BRD-Ölimporte sogar zum größten Lieferanten. Die Warenlieferungen der BRD an den Iran machten 1977 6,35 Mrd. DM aus. Sie bestanden zu einem großen Teil aus Investitionsgütern. Oft werden solche Aufträge als Pakete zur Erstellung schlüsselfertiger Industrieanlagen vergeben. So erstellt die Kraftwerk Union AG im Augenblick im südpersischen Buschir zwei Kernkraftwerke im Wert von 8 Mrd. DM, und Graf Lambsdorff hat bei seinem Besuch über die endgültige Unterzeichnung zum Bau von vier weiteren Kernkraftwerken durch die KWU verhandelt, nachdem ein Vorvertrag darüber im vergangenen November abgeschlossen worden war und der Schah das Projekt jüngst wegen der Finanzierungsnöte der Staatskasse zurückgestellt hatte. Auch ins Rüstungsgeschäft mit dem Iran ist die BRD eingestiegen, obwohl nach eigenem Beschluß die Regierung den Waffenexport in Spannungsgebiete hätte untersagen müssen. Aber wer läßt sich schon gerne Milliardenaufträge und Riesenprofite bei der Aufrüstung der iranischen Marine nur aus moralischen Bedenken entgehen? Folglich wurde Iran zum Nicht-Spannungsgebiet ‚erklärt'. Der iranische Markt ist für die deutschen Unternehmen offensichtlich sehr lukrativ, z. Z. sind 360 von ihnen mit 14.000 Deutschen direkt im Iran tätig. Im Gegenzug hat sich der iranische Staat im Sinne des von der westlichen Industrie sehr erwünschten Recyclings der Petrodollars auf dem westdeutschen Markt Kapitalbeteiligungen gesichert, so je 25 % bei Krupp und bei der Deutschen Babcock (vgl. BfA Juli 1978, Fischer Weltalmanach '79 Sp. 626, Die Zeit 3. und 10. 11. 78, FR 30. 10. und 23. 11. 78).

Anti-Schah-Demonstrationen in der BRD

In der Bundesrepublik haben am 25. November zwei iranische Studentengruppen je eine zentrale Demonstration in zwei verschiedenen Städten durchgeführt:

– Die CISNU rief zu einer Demonstration in Frankfurt unter den Parolen auf: Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime, Handlanger des US-Imperialismus! Nieder mit Imperialismus, Faschismus und Reaktion! Tod der Militärregierung! Freiheit für alle politischen Gefangenen im Iran! Es lebe der bewaffnete Kampf des Volkes im Iran! Für einen freien, unabhängigen und demokratischen Iran!

– Die CIS hingegen mobilisierte zu einer Demonstration in Köln unter folgenden Parolen: Nieder mit der Militärregierung und dem Kriegsrecht! Nieder mit dem faschistischen und vom US-Imperialismus abhängigen Schah-Regime! Hände weg vom Iran durch die Imperialisten, voran die USA und Sowjetunion! Für die sofortige Freilassung von Dr. Sanjabi und Fruhar sowie aller politischen Gefangenen im Iran! Sieg im Kampf der iranischen Völker für Freiheit, Demokratie und nationale Unabhängigkeit!Hoch die internationale Solidarität!

Obwohl die Aussagen der beiden Gruppen auf den ersten Blick sehr ähnlich erscheinen, gibt es doch erhebliche Differenzen in der Analyse der augenblicklichen iranischen Situation und der daraus abzuleitenden Strategie, die schließlich auch dazu führen, daß eine gemeinsame Demonstration nicht in Frage kommt. Die CISNU betrachtet die Lage im Iran als reif für eine sozialistische Revolution, innerhalb derer die Geistlichkeit eine untergeordnete Rolle zu spielen habe. Die CIS auf der anderen Seite geht davon aus, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hinter der augenblicklich von den Mullahs vertretenen Politik stehe und auch zu einem gewissen Grad die bürgerlich-liberalen Politiker der „Nationalen Front" unterstütze, so daß als nächstes Ziel eine nationale, demokratische Revolution anzustreben sei. Dieses sei durch ein Zitat aus dem Demonstrationsaufruf der CIS verdeutlicht: „Gemäß den Weisungen der Führer dieser mächtigen demokratischen und nationalen Massenbewegung, voran des hochverehrten und geliebten Ajatollah Khomeini, ist unser Volk entschlossen, den Kampf bis zur Errichtung seiner nationalen Herrschaft, die auf den Grundsätzen des Islam, der Demokratie und Unabhängigkeit basiert, und vom Volk bestimmt wird, fortzusetzen, wie in einer Erklärung der „Nationalen Front Irans" vom 5. 11. im Einvernehmen mit Seiner Exzellenz Ajatollah Khomeini kundgetan wurde."

An der Demonstration in Frankfurt nahmen rund 10.000 Personen, zu einem großen Teil Iraner, teil. Nach einem friedlichen Verlauf kam es kurz vor Abschluß des Demonstrationszuges zu einer mehrstündigen blutigen Auseinandersetzung mit der Polizei, als eine Gruppe von ca. 1.500 Personen versuchte, das US-Konsulat zu stürmen. Auf beiden Seiten kam es zu erheblichen Verletzungen. Die CISNU verteidigte in einer Erklärung den Sturm auf das Konsulat „mit der berechtigten Wut gegen die USA als Urheber der faschistischen Terror-Herrschaft" (FR 27. 11. 78).

Die Nachricht von der Frankfurter Demonstration gelangte über einen 12-minütigen BBC-Bericht in den Iran. Sie wurde auf den Kundgebungen am Sonntag, 26. 11., in den Städten des Landes mit Megaphonen bekanntgegeben und löste Begeisterung und Solidaritäts-Sprechchöre aus. (id Nr. 258)

S. R.

Fußnote (1):

Khomeiny wurde hierzu in einem Interview gefragt:

„– Der Schiismus wird oft als rückständig und fortschrittsfeindlich dargestellt. Als Beweis sollen die Lage der Frau, das Tragen des Tschadors (Schleiers), die Angriffe auf die Banken und Kinos gelten. Was meinen Sie dazu?

Khomeiny: . . . Der Schah erklärte einem italienischen Journalisten in einem Interview, daß die Frau nur ein Objekt sexueller Anziehung sein soll. Es ist diese Vorstellung, die Frauen zur Prostitution treibt und aus ihr ein weibliches Objekt macht. Und gegen genau dieses Bild der Frau opponiert die Religion und nicht gegen ihre Freiheit und ihre Emanzipation. Die Teilnahme von Frauen aller Gesellschaftsschichten an den jüngsten Demonstrationen, die wir die „Volksabstimmung der Straße" nennen, zeigt die Falschheit der Unterstellungen. Die Frauen waren im Kampf Seite an Seite mit den Männern, um ihre Unabhängigkeit und ihre Freiheit zu fordern"

(LM 17. 10. 78),

Gericht entscheidet: Angst vor Savak verständlich

Freispruch für Iraner bringt keine grundsätzliche Klärung

Das Amtsgericht Göttingen hat am 24. November einen Bußgeldbescheid des städtischen Ordnungsamtes gegen den 30-jährigen iranischen Doktoranden Firouz Roushan aufgehoben, der sich geweigert hatte, der Behörde Namen und Anschriften der Mitglieder eines von ihm geleiteten Studentenvereins anzugeben, weil er eine Weitergabe der Informationen an die persische Geheimpolizei Savak befürchtete. Das Gericht hielt zwar für erwiesen, daß der Ausländerverein sich politisch betätigt habe und daher nach dem Vereinsgesetz auskunftspflichtig sei, doch habe der Iraner bei seiner Weigerung subjektiv von einem „möglichen Notstand" ausgehen und sie irrtümlich für berechtigt halten können. Das Gericht vermied damit eine Klärung, ob deutsche Verfassungsschutzbehörden tatsächlich mit der Savak zusammenarbeiten.

Ein entsprechender Beweisantrag wurde zurückgewiesen.

Die Verhandlung bestätigte, daß das Göttinger Ordnungsamt erst auf Anweisung der für Staatsschutzangelegenheiten zuständigen Abteilung IV des niedersächsischen Innenministeriums gegen den Iranerverein eingeschritten war. Dem Vorschlag des Richters, das Verfahren einzustellen, konnte der Vertreter der Stadtverwaltung nicht zustimmen, weil die Kommune in diesem Fall nur als Auftragsbehörde für das Ministerium tätig geworden sei. Daß der Verfassungsschutz seinerseits Kontakte zur Savak unterhält, war vor zwei Jahren bei der Besetzung des Iranischen Konsulats in Genf durch Gehimdokumente an die Öffentlichkeit gelangt und auch von der Bundesregierung nicht bestritten worden.

Der Richter billigte dem Iraner dennoch keinen „rechtfertigenden Notstand" zu, weil Informationen über Schahgegner auch durch Landsleute der Betroffenen in den Iran gelangen könnten. Roushans Anwalt hatte von einem solchen Notstand gesprochen und in seinem seiner abgelehnten Beweisanträge auch zwei Iraner als Zeugen benannt, die wegen ihres politischen Engagements in Göttingen nach ihrer Rückkehr in den Iran verhört und gefoltert wurden. Der Anwalt forderte für die in der Bundesrepublik lebenden Gegner des Schahregimes ein Widerstandsrecht, wie es der Grundgesetzartikel 20 gegenüber Unrechtssystemen gewährleistet. Dieses Recht müsse ana-

→

log auch gegenüber deutschen Behörden gelten, wenn sie im Auftrag von Verfassungsschutzbehörden tätig würden, die zur Savak Kontakte unterhielten. Die Rechtsverpflichtungen nach dem Vereinsgesetz müßten demgegenüber zurückstehen.
Nach dem Göttinger Urteil ist mit einer grundsätzlichen Änderung der Behördenpraxis allerdings nicht zu rechnen. Die amtliche Ausforschung der Schahgegner dürfte weitergehen, zumal sie sich schwerlich ein zweitesmal „irrtümlich" werden weigern können. Und inoffiziell haben die Staatsschutzorgane sich schon längst nach Alternativen umgesehen: Am Rande des Verfahrens wurde bekannt, daß der niedersächsische Verfassungsschutz vergeblich versucht hatte, einen der Landsleute Roushans zur Observierung der in Göttingen lebenden Iraner anzuwerben.

Eckhart Pohl (pid)

Rädelsführer von Frankfurt werden ausgewiesen

WIESBADEN, 28. November (Reuter). Die ausländischen Rädelsführer der blutigen Anti-Schah-Demonstration vom Samstag in Frankfurt sollen ausgewiesen werden. Das kündigte der hessische Innenminister Gries (FDP) am Dienstag in Wiesbaden an. „Geplanter Terror dieser Art" verdiene eine harte Antwort, sagte der Minister. In Bonn forderte die CDU/CSU-Opposition ein Verbot des iranischen Studentenverbandes Cisnu, der die Demonstration organisiert hatte, und die Ausweisung aller Cisnu-Funktionäre. Gries sprach sich gegen eine zuvor vor allem seitens der Union geforderte Verschärfung des Ausländerrechtes aus, weil „davon auch jene 90 Prozent unserer ausländischen Mitbürger betroffen würden, die sich korrekt verhalten". Als oberster Dienstherr der hessischen Polizei verwahrte sich der Minister zugleich gegen Vorwürfe, die Lage in Frankfurt falsch eingeschätzt und zu wenig Bereitschaftspolizei eingesetzt zu haben. Sein Ministerium habe auf Verlangen von Polizeipräsident Knut Müller sechs Hundertschaften nach Frankfurt verlegt.

FR, 29. 11. 78

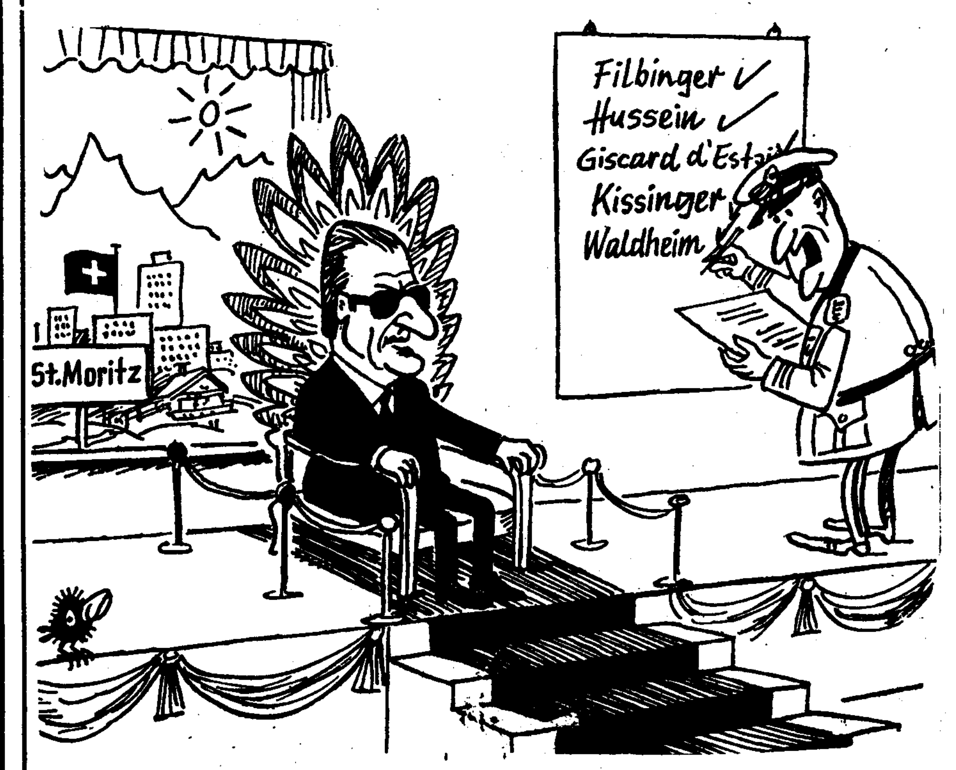
Hinaus mit ihnen

Rm. Groß ist nach dem blutigen Frankfurter Wochenende der Zorn über die deutschen und ausländischen Banden, die ungestört ein Stadtviertel terrorisierten. Aber lassen wir uns nicht ablenken von dem, was jetzt das Wichtigere ist: Wie werden die Politiker – in Frankfurt, in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden und in Bonn – auf den Gewaltausbruch reagieren? Werden sie überhaupt etwas tun? Oder möchten sie im Schutz der üblichen markigen und inhaltslosen Redensarten den gebotenen Konsequenzen ausweichen?

Was der hessische Innenminister Gries zur Frankfurter Katastrophe gesagt hat: Gewalttätigkeiten von Ausländern würden nicht mehr hingenommen; Ausländer hätten nicht mehr Rechte als Deutsche, das hört sich gut an, läßt aber befürchten, der Minister wolle den Kern der Sache umgehen. Es ist nicht damit getan, daß unser Staat gewalttätige Ausländer strafrechtlich zur Verantwortung zieht (wird er denn wenigstens das tun?); vielmehr hat er gegenüber der Bevölkerung die Pflicht, die gewalttätigen Ausländer schnell auszuweisen, und zwar nicht nur fünf oder zehn oder zwanzig, sondern mindestens Hunderte.
Schnell – das geht durchaus. Die Ausweisungsverfügung kann für sofort vollziehbar erklärt werden; dann mögen die Gewalttäter ihre Prozesse durch die drei Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit aus dem Ausland führen, zum Beispiel aus der Türkei. Es werde bei solchem Verfahren neue Gewaltausbrüche geben? Das läßt sich bezweifeln. Aber wenn es so kommen sollte, müßten die neuen Gewalttäter rasch den früheren nachgeschickt werden. So, wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben: daß kriminelle Extremisten aus aller Welt bei uns zusammenströmen, sich organisieren, unsere Städte verwüsten, unsere Polizisten zu Krüppeln schlagen. Die Misere beginnt schon bei einer Einwanderungspolitik, die einflußreiche Toren auch noch „liberal" nennen.

Ebenso sorgfältig wie die ausländischen müssen sich Polizei und Justiz die deutschen Täter vom letzten Frankfurter Samstag anschauen. Die kann man nicht ausweisen; aber man kann sie bestrafen und ihre Organisationen auflösen. Daß die K-Gruppen nicht verboten werden, begründen unsere Politiker mit dem Vorteil, den es habe, wenn man solche Gruppen bei ihrer Tätigkeit beobachten könne. Aber in Wahrheit wird nicht viel beobachtet. Der Staat traut sich nicht an das Verbot – so weit ist es schon.

FAZ, 27. 11. 78



„Auf unserer Liste stehen noch zwei Chinesen, zehn Waffenhändler, die Präsidentin der Schweizer Frauenbewegung und sechs Industriellen."

Namibia

Grundlegende Daten zu diesem Land brachte Heft Nr. 59 der „blätter des iz3w", S. 5 ff. Dort und in Nr. 69, S. 5 ff. steht auch einiges zur Vorgeschichte der aktuellen Entwicklung.

I. Politische Interessen und Organisationen

Heute lassen sich drei politische Lager in Namibia unterscheiden:

a) **Das Lager der rassistischen einheimischen Bourgoisie.** Hierher gehört die Aktur-Gruppe, ein verlängerter Arm der in Südafrika regierenden Nationalpartei, sowie die „Demokratische Turnhallen Allianz" (DTA). Beide Organisationen wollen die Rassentrennung auch formalrechtlich aufrechterhalten, wobei die Turnhallen-Allianz sich das „unabhängige" Namibia als eine ethnisch gegliederte Konföderation der 11 „Homelands" vorstellt, in der der weiße Bundesstaat natürlich die Übermacht hätte und eine „enge Zusammenarbeit" mit Südafrika betreiben würde. Diese Politik ist vor allem im Interesse der weißen Farmer und Mittelunternehmer. Sie müssen nämlich befürchten, von kapitalkräftiger ausländischer Konkurrenz verdrängt zu werden, wenn mit der offiziellen Rassentrennung auch die absolute Rechtlosigkeit der schwarzen Arbeiter beseitigt und deren Lohn auf eine „normale" Höhe angehoben wird.
Das südafrikanische Regime unterstützt natürlich das rassistsiche Lager. Wenn es sich durchsetzt, kann die südafrikanische Bourgeoisie das Land weiterhin ausplündern.

Aus der BRD wird das rassistische Lager von CDU/CSU-Kreisen kräftig unterstützt. Kürzlich kaufte der westfälische Verleger Lauenstein, ein CDU/CSU-Strohmann, zwei deutschsprachige Zeitungen in Namibia, die inzwischen stramm auf DTA-Kurs steuern. Außerdem gibt es in der BRD die als gemeinnützig anerkannte „Afrika Fördergesellschaft e.V." (Präsident: Botschafter a.D. Gustav Sonnenhol). Geldspenden an diese Gesellschaft zur Unterstützung des DTA-Wahlkampfes können von der Einkommensteuer abgesetzt werden.



A. H. Du Plessis, Chef der Nationalen Partei und Führer der Aktur

b) **Das „sozialliberale" Lager**, das objektiv die Interessen der internationalen Konzerne vertritt. Hierher gehören die „Namibian National Front" (NNF) und die SWAPO-D(emokratisch) des Andreas Chipanga. Dieses Lager lehnt zwar die Rassentrennung ab. Angestrebt wird eine formalrechtliche Gleichstellung der Schwarzen. Gleichzeitig lehnt es aber auch die Nationalisierung des ausländischen Kapitals im Lande ab. Firmen wie die Deutsche Urangesellschaft und Staaten wie die BRD sehen es nicht einmal ungern, wenn die offizielle Rassentrennung gelockert oder abgeschafft wird. Denn dies würde für ihre globale Planung einen gefährlichen Krisenherd entschärfen und gleichzeitig für ihre Waren und Investitionen den namibischen (und südafrikanischen) Markt weiter öffnen. Allerdings würde es auch die Profitrate auf ein „normales" Maß herabdrücken. Auch wenn sich das sozialliberale Lager durchsetzt, wird das Land also keineswegs unabhängig: zwar wird dann die Stellung der südafrikanischen Bourgeoisie geschwächt, aber dafür können die internationalen Konzerne die Bodenschätze und die Arbeitskraft des Landes noch besser ausbeuten als zuvor.



Andreas Shipanga, Gründer der nichtmarxistischen Swapo-D

c) Das Dritte politische Lager wird durch die **Befreiungsbewegung SWAPO** (South West African Peoples Organization) vertreten. Nachdem die anfänglichen Versuche der SWAPO, mit friedlichen Demonstrationen und Streiks die Kolonialherrschaft abzuschütteln, an der brutalen Gewalt des südafrikanischen Militärs gescheitert sind, kämpft sie seit langem auch bewaffnet um die Unabhängigkeit. Die SWAPO will nicht nur die Rassentrennung beseitigen, sondern auch das ausländische Industriekapital nationalisieren und den (westdeutschen) Großgrundbesitz zerbrechen. Weitere Perspektive der SWAPO ist eine soziale Revolution, die der Ausbeutung und Entfremdung der großen Mehrheit der namibischen Bevölkerung ein Ende macht. Allerdings muß sich die SWAPO heute militärisch und diplomatisch sehr stark auf die Sowjetunion und andere Ostblockländer stützen, deren Waffenlieferungen sicherlich keine uneigennützige Hilfe sind. Auch dies ist ein Grund, warum gerade die SWAPO von unabhängigen und fortschrittlichen Kräften in aller Welt unterstützt werden sollte.

II. Die Entwicklung 1978

Im Frühjahr 1978 legen die 5 westlichen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien, BRD) einen Plan für die Unabhängigkeit Namibias vor, der folgendes vorsieht: Reduzierung der 20 000 Mann starken südafrikanischen Truppen in Namibia auf 1 500. Freie Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung unter UN-Aufsicht im Herbst 78. Unabhängigkeit am 1. 1. 79. Im April akzeptiert das Rassistenregime Südafrikas den Plan scheinbar, provoziert aber gleichzeitig die SWAPO durch einen brutalen Luftangriff auf deren Lager Kassinga in Südangola, woraus deutlich wird, daß die Zustimmung der Rassisten zum Plan der Westmächte nur ein taktischer Schachzug ist.

Die SWAPO lehnt den Plan zunächst ab, weil die Zugehörigkeit des einzigen Tiefwasserhafens Walfischbucht zu Namibia nicht garantiert wird. Im Juli stimmt die SWAPO unter dem Druck der 5 „Frontstaaten (Tanzania, Sambia, Angola, Mozambique, Botswana) dem Plan dann doch zu, wobei der Sicherheitsrat in einer Zusatzresolution die „baldige Eingliederung" von Walfischbucht in das namibische Territorium empfiehlt. Es kommt aber auch weiterhin zu bewaffneten Kämpfen zwischen der SWAPO und südafrikanischen Truppen.

Im August reist eine UNO-Delegation unter Leitung des Finnen Martti Ahtisaari, der seit 1976 als UN-Namibia-Kommissar amtiert, nach Windhuk und Pretoria, um die Realisierungsmöglichkeiten für den Plan des Sicherheitsrates zu prüfen. Ahtisaari empfiehlt, die Wahl und den Unabhängigkeitstag auf das Frühjahr 1979 zu verschieben und den verbleibenden 1 500 südafrikanischen Soldaten eine UNO-Kontrolltruppe von 7 500 Mann sowie 350 zivile UN-Polizisten und 1 000 zivile Berater und Helfer gegenüberzustellen; diese Maßnahmen sind notwendig, damit die Wahl fair verlaufen und auch die SWAPO, die ja bisher von Südafrika unterdrückt und illegalisiert worden ist, sich in angemessener Zeit darauf vorbereiten kann.

Am 20. 9. verkündet der noch amtierende südafrikanische Ministerpräsident Vorster, Südafrika könne den UN-Plan nicht mehr akzeptieren und würde Ende November/Anfang Dezember 78 ohne UN-Kontrolle Wahlen in Namibia durchführen lassen.
Der Sicherheitsrat verurteilt zwar den Bruch der Vereinbarungen durch Südafrika und hebt die Bereitschaft der SWAPO hervor, sich an die UN-Vorschläge zu halten. Aber anstatt nun endlich wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika zu ergreifen, reisen die Außenminister der fünf Westmächte im Oktober nach Pretoria und lassen sich dort wieder auf Verhandlungen mit dem neuen Rassisten-Premier Pieter Botha ein. Wenn sie auch verkünden, die UNO halte an ihrem Plan der international beaufsichtigten Wahlen 1979 fest, akzeptieren sie doch, daß die von Südafrika einseitig angesetzten Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung, die offiziell als „nur von interner Bedeutung" und „vorläufig" ausgegeben werden, vom 4. bis zum 8. Dezember tatsächlich stattfinden.

III. Die Wahlfarce vom 4. bis 8. Dezember

Daß die Rassisten von der Turnhallen-Allianz oder der Aktur die „Wahlen" gewinnen werden, hat von vornherein festgestanden. Der Direktor des Christlichen Zentrums in Windhuk, Justin Ellis, hat der Evangelischen Kirche in Deutschland kürzlich ein Dokument über-

geben, das zeigt, mit welchen Einschüchterungsmethoden das südafrikanische Regime dieses Ergebnis „vorbereitet" hat:

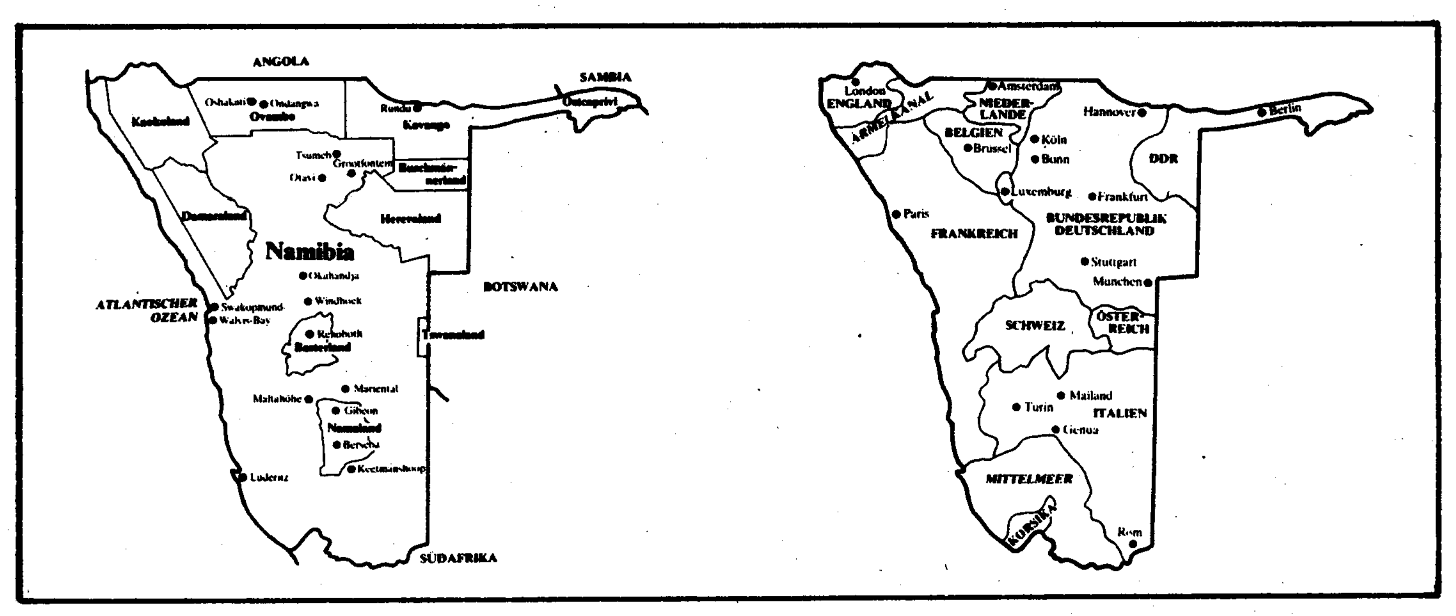
– Die südafrikanischen Behörden haben schwarze Einwohner Namibias gegen ihren Willen gezwungen, sich als Wähler registrieren zu lassen. Z. B. wurden alte Leute dazu aufgefordert, als sie ihre Rente abholen wollten. Erst nach der Registrierung bekamen sie ihr Geld. Weiße Unternehmer drohten ihren schwarzen Arbeitern mit Entlassung, falls sie sich nicht in die Wahllisten einschreiben ließen.
– Die südafrikanische Polizei verbreitete Gerüchte, wonach jeder die Mitgliedskarte der DTA als offizielles Dokument (außer Personalausweis und Steuerkarte) bei sich haben müsse. Ohne Turnhallen-Karte werde auch niemand mehr ärztlich behandelt. Leute, die keine solche Karte vorweisen konnten, wurden von Uniformierten zusammengeschlagen. (Frankfurter Rundschau, 1. 12. 78, Tagesanzeiger Magazin (Zürich), 2. 12. 78)

Südafrika arbeitet mit diesen Methoden auf den schnellen Einsatz eines rassistischen Marionettenregimes in Namibia hin. Die Bevölkerung soll sich möglichst zahlreich an den „Wahlen" beteiligen, damit das Marionettenregime als demokratisch legitimiert erscheint. Mit vollendeten Tatsachen will man sich gegen internationale Kritik abschirmen. Von der UNO beaufsichtigte Wahlen sollen überflüssig erscheinen und nach Möglichkeit verhindert werden. Vielleicht wird die DTA in Namibia ein paar kosmetische Korrekturen an der Apartheid vornehmen, was auch den Interessen der imperialistischen Staaten und Konzerne entgegenkäme.

Die beiden anderen politischen Lager haben es unter diesen Umständen abgelehnt, sich an der Prozedur im Dezember zu beteiligen. Die SWAPO hat die Bevölkerung zum Wahlboykott aufgerufen. (Auch deshalb will Südafrika eine hohe Wahlbeteiligung erzwingen: die SWAPO soll als Terrorzirkel ohne Basis in der Bevölkerung erscheinen.) Für die SWAPO stehen heute vier Forderungen auf der Tagesordnung, deren Erfüllung für die Unabhängigkeit Namibias unerläßlich ist:

– Vollständiger Abzug der südafrikanischen Besatzungstruppen aus Namibia.
– Internationale Anerkennung der Zugehörigkeit von Walfischbucht zum namibischen Territorium.
– Freilassung aller Namibier, die aus politischen Gründen in Südafrika gefangengehalten werden.
– Übergabe der Macht an eine frei unter UNO-Aufsicht gewählte Regierung.

hpö



Glosse

DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE

„Weihnachtsgrüße aus der Dritten Welt"

oder: wie sich durch „Handel" die Folklore aus der Dritten Welt allmählich der europäischen anpasst

Werden in einigen Dritte Welt-Läden demnächst Lebkuchenherzchen (made in Tansania), holzgeschnitzte Schwarzwälder Bauernhäuser (made in Bangla Desh) und oberbayrische Älpler-Trachten (made in Peru) angeboten? Der Dritte Welt-Shop der Deutschen Welthungerhilfe in Bonn scheint auf dem besten Weg dahin: Neben Alpaca-Waren aus den Anden („ein Hauch von Luxus und exklusiver Qualität"), rustikalen Lampenschirmen und Bildern aus Haiti, einem „schlicht-eleganten Partykleid aus Südindien", einem umfangreichen kunsthandwerklichen Angebot aus verschiedenen Dritte-Welt-Ländern (Stoff-Puppen, Wandbehänge, Schmuck, Holztiere etc.) und einigen Gebrauchsgegenständen (Taschen, Geschirr, Körbchen, Lederwaren) bietet er in seinem kürzlich erschienenen Katalog einige spezielle Waren fürs deutsche Weihnachtsfest an: Kerzenleuchter aus Mexiko („Besonders dekorativ ist unser großer Engelleuchter, der Ihnen bereits in der Vorweihnachtszeit viel Freude bringt"), ein Stoff-Weihnachtsbaum (zum an die Wand hängen) aus Ecuador, eine Krippe aus Peru („findet in der kleinsten Wohnung ihren Platz und hebt bestimmt auch ihre weihnachtliche Stimmung") und Weihnachtssterne und -bäumchen aus Stroh von den Philippinen.

Die Auswirkungen solcher Art von Dritte Welt-Handel auf den Käufer dürfen nicht sehr bewußtseinserweiternd sein: Über die Herkunft der einzelnen Waren erfährt er nichts, die sozialen Bedingungen solcher kunsthandwerklicher Produktion bleiben verborgen. Es wäre aber sehr wichtig, den Widerspruch exportorientierter handwerklicher Produktion und sozialem Elend, d.h. dringendem Bedarf an vielen Gütern des täglichen Gebrauchs, in diesen Ländern gegenüber den Kunden aufzulösen. (Es gibt Beispiele von Kooperativen, die *kurzfristig* auf ausländische Abnahme angewiesen sind, um sich eine Grundlage für eine auf inländische Bedürfnisse ausgerichtete Produktion zu schaffen.) Daß der Käufer mit Kultur und Kunstfertigkeit dieser Länder vertraut gemacht wird, bleibt bei der starken „Europäisierung" vieler Artikel sehr fraglich.

Noch verheerender allerdings dürfte diese „Europäisierung", d.h. Ausrichtung auf Geschmack und Bedürfnisse hiesiger Kunden, für die Produzenten der Waren sein. Geradezu kulturzerstörend muß doch für das Bewußtsein eines Philippino die Herstellung von Schmuck für deutsche Christbäume wirken!

Ob die Deutsche Welthungerhilfe vom Überschuß ihres Verkaufs ihren Produzenten Schallplatten mit deutschen Weihnachtsliedern schenkt?

bm

CHILE

Unterstützt den Widerstand!

Aus einem Reisebericht:

DIE „TALLERES" – EINE FORM DER SELBSTHILFE-ORGANISATION IM WIDERSTAND

Fünf Jahre nach dem blutigen Putsch vom 11. September 1973 verlieren die Menschen in Chile immer mehr die Angst und beginnen sich neue Organisationen zu schaffen. Bei einem einmonatigen Aufenthalt in Chile im September/Oktober konnten wir eine Reihe solcher Organisationen kennenlernen aufgrund von Kontakten eines ausländischen Chile-Komitees. Neben den politischen Gefangenen im Stadtgefängnis von Santiago waren es so vor allem die Vereinigungen ehemaliger politischer Gefangener, die Vereinigung der Angehörigen der Verschwundenen und die Arbeitslosen, die wir in ihrem mutigen Vorgehen gegen die Diktatur kennengelernt haben. Diejenigen, die am unmittelbarsten von der Verfolgung, Unterdrückung und Wirtschaftspolitik der Junta betroffen sind, haben ihre Isolation überwunden und den Kampf für ihre Rechte aufgenommen. Aber wir schreiben diesen Bericht nicht nur als Ermutigung für die, die die letzten Jahre mit Wehmut, Schrecken und Wut nach Chile geblickt haben – in Chile tut sich was! –, sondern auch um einen konkreten Vorschlag zu machen, was wir hier in Westdeutschland tun können.

1978: Aktionen im ganzen Land

Eine Reihe großer öffentlicher Aktionen kennzeichnet das mutige Voranschreiten der Chilenen in diesem Jahr: der Widerstand gegen die Volksabstimmungsfarce Pinochets Anfang des Jahres, die offene und massenhafte Spaziergangdemonstration am Ersten Mai im Zentrum Santiagos und der Hungerstreik der Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen. Gerade der Hungerstreik übte eine Signalwirkung auf andere Bereiche aus. In 6 Kirchen Santiagos, dem Sitz der UNICEF, dem Sitz des Roten Kreuzes, aber auch in anderen großen Städten des Landes waren insgesamt über 200 –, zum größten Teil Frauen und Mütter von Verschwundenen in den Hungerstreik getreten – getragen und gestärkt von einer sich ausbreitenden Welle der Solidarität. In Concepcion, wo in der Kirche der Universität elf Frauen zwei Wochen hungerten, waren es Kohlenbergleute, Fischer, Studenten, Priester, die öffentlich ihre Solidarität bekundeten.

> „Wir, die Bergleute der Kohle, indem wir von General Pinochet, der Militärjunta und den Streitkräften die Aufklärung des Schicksals der verschwundenen Gefangenen fordern, bringen hiermit unsere zutiefst empfundene Solidarität und Anerkennung für die Chileninnen und Chilenen im Hungerstreik zum Ausdruck ...
> ... wir erklären dies der gesamten Öffentlichkeit, damit sie sich die Forderung nach der Wahrheit über die Verschwundenen, der gewerkschaftlichen Freiheit, der Freiheit Lohnforderungen zu stellen, dem Streikrecht und der Erhöhung der Hungerlöhne in der Kohle und im ganzen Land zueigen mache." (Exekutivkomitee der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung der Kohle, 2. Juni 1978)

Zehn Wochen später boykottierten die Kupferarbeiter in der größten Mine des Landes, in Chuquicamata, die Kantinen, ihnen folgen die Arbeiter der Textilindustrie in Tome. Im September schrieb die Nationale Gewerkschaftskoordination einen offenen Brief an Pinochet, in dem die Lage des Landes nach fünf Jahren Diktatur angeprangert wird: das ungeklärte Schicksal der Verschwundenen – 2500 im ganzen Land –, die Massenarbeitslosigkeit und Inflation, die Unterernährung, der Hunger chilenischer Kinder, die nicht mehr zur Schule gehen können, der Verlust sämtlicher demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte.

Die Reaktion der Junta: Verbote und Verhaftungen

Die Antwort der Junta waren Verhaftungen, vor allem im Bereich der Kupfermine Chuquicamata. Über 300 Menschen wurden im September von der Geheimpolizei DINA/CNI entführt, gefoltert, verhört und nach drei Tagen irgendwo im Land einfach wieder ausgesetzt (Bericht des Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte, Clotario Blest, Santiago). Hierher gehört schließlich auch das jüngste Verbot der wichtigsten überörtlichen Gewerkschaftsorganisationen, die nach dem Verbot der C.U.T. eine wichtige Rolle bei der Organisierung des 1. Mai und im Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung auf nationaler Ebene spielten.

Durch das Gesetzesdekret Nr. 2346 vom Freitag, den 20. Oktober 1978, wurden sieben nationale Gewerkschaftsverbände verboten. Das bedeutet die Auflösung aller Gewerkschaften, Komitees und Delegationen, die zu den genannten Organisationen zählen. Es handelt sich insgesamt um 700 Gruppen, darunter 76 Bauarbeitergewerkschaften, 74 Bergarbeitergewerkschaften, 110 Bauernverbände, 61 Landarbeitergewerkschaften, 88 Metallarbeitergewerkschaften und 120 Textilarbeitergewerkschaften. In erster Linie bedeutet dies einen Schlag gegen die nationale Gewerkschaftskoordination, die am weitesten in der Schaffung der Voraussetzungen zur Bildung einer neuen chilenischen Einheitsgewerkschaft vorangeschritten war.

Neue Formen der Organisierung des Widerstands

Hand in Hand mit den großen öffentlichen Aktionen nahmen die Organisationen an der Basis einen deutlichen Aufschwung, in denen sich die Chilenen angesichts der brennensten und unmittelbarsten Probleme zusammengeschlossen haben: nach dem Hungerstreik bildeten die Angehörigen der Verschwundenen eine feste Organisation, die bis September bereits eine vollständige Dokumentation von 968 Fällen an die UNO-Menschenrechtskommission weiterleiten konnte. Für sie werden die Verschwundenen immer mehr, da besonders vom Lande sich immer noch Angehörige von Verschwundenen melden, die in den vergangenen Jahren nicht den Mut dazu hatten. Die Begegnung mit Familien der Verschwundenen war für uns sehr erschütternd. Ein übergelaufener DINA-Agent hatte vor der Kirche in Santiago die Aussage gemacht, daß von den 2500 noch etwa 140 Verschwundene am Leben seien und wir haben erfahren, mit welcher Verzweiflung sich diese Familien an die Hoffnung klammern, ihre Angehörigen könnten darunter sein.

Die „talleres" (Werkstätten) der Ex-gefangenen und Arbeitslosen

Eine wichtige Organisation, die wir unmittelbar kennenlernen konnten, ist die Koordination der Werkstätten der arbeitslosen Arbeiter in einer der großen Städte des Landes. Sie ist eine Antwort auf das Elend, das heute in Chile noch massenhaft herrscht: Milch – vor allem wichtig für die Kinder und vor dem Putsch noch kostenlos verteilt – ist für viele Familien heute unerschwinglich. Kinderbettelei und Prostitution nehmen zu, es gibt keine Sozialleistungen mehr. Im März 78 waren allein in Santiago 150.000 Chilenen im empleo-minimo-Programm der Regierung erfaßt, das aus Zwangsarbeit (Straßenbau, Häuserabbruch) besteht, die für 800 Pesos (150 DM) im Monat und alle 14 Tage ein Eßpaket zu verrichten ist. (Die Preise für Lebensmittel sind denen in der Bundesrepublik vergleichbar).

Sie war für uns das ermutigendste, was wir in Chile gesehen haben: weil sie nicht nur eine Form wirtschaftlichen Überlebens darstellt, sondern weil sie gleichzeitig Möglichkeiten des kulturellen Ausdrucks und der politischen Arbeit unter den Bedingungen der Diktatur geschaffen hat.

Die Koordination der Werkstätten der arbeitslosen Arbeiter wurde im Mai 1977 gegründet: Leder-Kunsthandwerk, Tischlereien, Druckereien, eine Autowerkstatt, zwei Bäckereien und verschiedene mehr. Alle diese Werkstätten sind unter schwierigsten Bedingungen von Arbeitslosen aufgebaut worden, die vorher einen festen Arbeitsplatz in der Regel in einem anderen Beruf hatten. Oft sind die Werkstätten nur ein kleiner Nebenraum, der nur mit sehr wenigen und einfachen Werkzeugen ausgerüstet ist.

So zum Beispiel die Lederwerkstatt von P.: Das Haus in einem der Elendsviertel der Stadt besteht aus zwei Räumen: im vorderen müssen in vier Betten die Familie von P. und seine beiden Geschwister – insgesamt zehn Personen – schlafen. Der hintere kleine Raum ist die Werkstatt, in der P., seine Frau und seine Geschwister arbeiten.

Insgesamt arbeiten 80 Personen unmittelbar in den Werkstätten, die damit das wirtschaftliche Überleben von 300 Personen gewährleisten müssen.

Das eigentliche Leben der Koordination vollzieht sich außerhalb der täglichen Arbeit in den Werkstätten in den Treffs der vier Arbeitsgruppen. Die Treffen der Arbeitsgruppen finden mindestens einmal wöchentlich statt. Jeder der 80 Mitglieder der Koordination ist so außerdem noch in einer der folgenden Arbeitsgruppen organisiert: Einheit für Arbeitssuchende, Einheit für Ausbildung, Einheit für Verkauf der Produkte und Einheit für Kultur und Kommunikation.

Während die Einheit für Arbeitssuche unmittelbar mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und der Erschließung neuer Arbeitsmöglichkeiten befaßt ist, übernimmt die Einheit für Ausbildung die Einarbeitung neuer Mitglieder in den Werkstätten. Außerdem organisiert sie Gruppen, die für die politische Fortbildung der Mitglieder arbeiten. Sie treffen sich einmal in der Woche, lesen zusammen kritisch die Zeitung und diskutieren den allgemeinen Stand der politischen Entwicklung.

Viele der Werkstätten stellen Kunsthandwerk her, z.B. Gürtel, Geldbörsen, Taschen usw. Es ist den Mitgliedern klar, daß durch diese Tätigkeiten die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden kann, sie wollen wieder in ihre ursprünglichen Berufe zurückkehren. Daß sie trotzdem kunsthandwerkliche Gegenstände herstellen (und nicht Dinge, die in Chile notwendiger und auch besser verkäuflich wären), liegt zum einen daran, daß eine Umschulung auf andere Tätigkeiten kurzfristig oft nicht möglich ist, die Herstellung der kunsthandwerklichen Produkte aber sehr einfach und auch mit einfachen und billigen Werkzeugen zu bewerkstelligen ist. Ein großes Problem ist der Verkauf des Kunsthandwerks, u.a. weil z.Z. kein Laden zu finanzieren ist. Ein kleiner Teil der hergestellten Produkte wird deshalb auch ins Ausland verkauft (über persönliche Kontakte), dieser Verkauf wird aber eingestellt werden, sobald die Gruppe die Finanzierung einer Ladenmiete sicherstellen und dadurch ihren Inlandsverkauf erhöhen kann.

V., die in einer Lederwerkstatt arbeitet, die wir besuchten, erklärt uns das so: sie können nur die halbe Zeit produzieren, weil sie die andere Hälfte der Zeit gezwungen sind, ihre Sachen verkaufen zu gehen. Das dadurch bedingte Fehlen konstanter Einkünfte schafft besondere Probleme: sie können das Leder nicht in größeren Mengen zum Großhandelspreis einkaufen, da nie genug Bargeld zur Verfügung steht.



Kultur im Widerstand

Am stärksten beeindruckt hat uns die vierte **Arbeitsgruppe: Kultur und Kommunikation.** Sie besteht aus einer „Literaturwerkstatt", einer Theatergruppe, einer Druckerei und einer Musikgruppe. Ihr ist es gelungen seit ihrem Bestehen vier große Theateraufführungen durchzuführen und sie ist das Bindeglied vermittels dessen die Arbeitslosen den Kontakt zu anderen Organisationen und der Bevölkerung herstellen.

Im September 1977 hat sie einen Kulturwettbewerb arbeitsloser Arbeiter organisiert. Das Ergebnis war eine Flut von eingesandten Gedichten, oft von 13- 14-jährigen, die auf bewegende Art und Weise ihre Lage widerspiegelten. Die Schlußveranstaltung des Kulturwettbewerbs, auf der die besten Arbeiter ausgezeichnet und eines der Theaterstücke aufgeführt werden sollte, mußte unter schwierigsten Bedingungen und heimlich in einer Volksküche durchgeführt werden, da wegen des politischen Inhalts der Gedichte die katholische Kirche in letzter Minute die Bereitstellung eines Raumes verweigert hatte.

Am Ersten Mai dieses Jahres gelang der Koordination die Durchführung einer Theaterveranstaltung mit 500 Personen in einer Kirche der Stadt. Als die DINA/CNI, die politische Polizei, kam, war das Stück über die Bühne und die heimlich eingeladenen Zuschauer nachhause gegangen.

Die Theaterstücke sind ausschließlich von den Arbeitslosen selbst geschrieben. Das Stück „Der fliegende Händler" zum Beispiel zeigt, wie der größte Teil der von der Wirtschaftspolitik arbeitslos gemachten als fliegender Händler, Losverkäufer, Schuhputzer in den Straßen der Stadt um ihre Existenz kämpfen müssen. Aber das Stück hat eine Perspektive: Der fliegende Händler lernt einen Arbeiter kennen und sie erkennen, daß sie nur gemeinsam etwas machen können.

Die **Musikgruppe** stellt ein wichtiges Bindeglied zu anderen Volksorganisationen dar. So macht sie Auftritte für die Volksküchen der Stadt. In jeder Volksküche sind es täglich über hundert Kinder, die hier die einzige Mahlzeit des Tages bekommen. Und die Volksküchen können nur 15 Tage im Monat funktionieren aus Mangel an Lebensmitteln.

So versucht die Musikgruppe, bei den Kollegen, die noch in Arbeit sind, und durch Arbeit in den „besseren" Stadtvierteln, Lebensmittelspenden für die Volksküchen zu bekommen.

(Der Bericht wird in einer späteren Nummer der ‚blätter' fortgesetzt).

ER

Im Heft 60/1977 der blätter des iz3w hatten wir aufgerufen zur Unterstützung des „Valdivia"-Projektes, über das eine Gruppe gefangener Gewerkschafter und ihrer Familien im Süden Chiles unterstützt werden. Aus Einzelspenden und regelmäßig eingehenden Daueraufträgen konnten seither regelmäßig jeden Monat zwischen 400,– und 1000,– DM direkt nach Chile übermittelt werden.

Von den Gefangenen aus dem Valdivia-Prozeß sind einige inzwischen unter der Bedingung der sofortigen Ausweisung aus Chile freigelassen worden. Einige Gefangene aus dieser Gruppe, die die Ausweisung ablehnen, sind weiterhin gefangen, ebenso einige zu lebenslänglichen Strafen verurteilt. Einigen von ihnen drohen inzwischen neue Verfahren vor dem Zivilgericht – v.a. wegen Landbesetzungen zur Zeit der Unidad Popular (vgl. den Bericht in Nr. 71/1978 der blätter des iz3w).

Einzelne Gefangene, die nicht ausgewiesen wurden, sind infolge Haft und Folter so schwer geschädigt, daß sie weiter auf Unterstützung angewiesen sind: die meisten Freigelassenen sind arbeitslos und werden es – aus politischen Gründen – noch längere Zeit bleiben.

Auch sie versuchen, gemeinsam mit der Bewegung der Angehörigen der „Verschwundenen", für die Befreiung aller Gefangenen und „Verschwundenen" einzutreten und sich gegenseitig bei der Bewältigung ihrer schwierigen Situation zu unterstützen: inzwischen hat sich eine Organisation der Ex-Gefangenen gebildet, die mit der Organisation der Angehörigen der „Verschwundenen" und dem gewerkschaftlichen Widerstand zusammenarbeitet.

Durch die politische und materielle Unterstützung im Rahmen des „Valdivia"-Projektes wollen wir beitragen, ihre Bedingungen dabei zu verbessern, um so ihre gegenseitige Unterstützung und ihren Widerstand gegen die Militärdiktatur zu stärken.

Die unter dem Kennwort „Valdivia" eingehenden Spenden werden eingesetzt für die Unterstützung von derzeit

5 Gewerkschaftler und deren Familien und die Frau eines unmittelbar nach dem Militärputsch erschossenen Kollegen, sowie
8 Frauen von „Verschwundenen", die in der Organisation der Frauen der Verschwundenen aktiv sind.

Derzeit können wir alle 4 – 6 Wochen insgesamt DM 700,– an diese beiden Gruppen überweisen. Wir danken allen Spendern, die durch ihre bisherigen Überweisungen dazu beigetragen haben.

Wir wollen die Unterstützung ihrer Arbeit auch im Jahr 1979 fortführen und – wenn dies vom Umfang der eingehenden Spenden her möglich ist – auf ein weiteres wichtiges Projekt der Widerstandsarbeit ausdehnen:

Es handelt sich um die „talleres", Werkstätten, in denen sich ehemalige Gefangene und Arbeitslose zusammengetan haben. Solange sie keine Chance haben, eine Arbeit zu finden, versuchen sie, durch den Aufbau von solchen Selbsthilfegruppen für sich, ihre Familien und von ihnen unterstützte Volksküchen das Nötigste zusammenzubringen – durch Betreiben kleiner Bäckereien, Werkstätten für Gebrauchsgegenstände und Kunstgewerbe usw.

Aus dem Brief einer der Frauen von „Verschwundenen", mit dem sie die Übermittlung des Geldes bestätigt:

„Heute verweigern sie uns die Wahrheit, aber wir werden weiter kämpfen, bis wir sie (die Verschwundenen, d.Red.) gefunden haben. Wir geben nicht auf, weil wir wissen, daß es auf der ganzen Welt Leute gibt, die sich mit uns, mit unserem Kampf solidarisieren . . . "

Um diese Widerstandsprojekte wirkungsvoll unterstützen zu können, bitten wir Sie um **Einzelspenden** oder **Daueraufträge** auf das Spendenkonto

Volksbank Freiburg, Chilekomitee (Sandbothe), Nr. 569 27 09

Vor allem durch **Daueraufträge** – z.B. über DM 10,- monatlich – ist es uns möglich, den Projekten in Chile eine kontinuierliche Unterstützung zuzusagen.

Einen solchen Dauerauftrag richten Sie bitte selbst bei Ihrer Bank oder Sparkasse ein; er kann auf z.B. ein Jahr befristet, aber auch jederzeit widerrufen werden. Die eingehenden Gelder werden auf die 3 Gruppen – die Gewerkschafter und ihre Familien; die Frauen der „Verschwundenen" und die Werkstätten – aufgeteilt, wenn Sie nicht durch Angabe eines Stichwortes – z.B. „Werkstätten" einen besondere n Verwendungszweck festlegen. (Die unter dem Kennwort „Valdivia" eingehenden Spenden werden weiterhin für die Gruppen der Gewerkschafter und der Frauen verwendet.)

MOSAMBIK – BEFREIUNG KOMMT NICHT IN KISTEN

Lange Zeit konzentrierten sich die Anstrengungen und Hoffnungen der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung auf die Völker in Indochina und den portugiesischen Kolonien, die gegen die Kolonialarmeen Portugals und der USA um ihre Unabhängigkeit kämpften. Die Anstrengungen waren nicht umsonst: alle diese Völker haben den Kampf auf dem Schlachtfeld für sich entschieden. Aber unsere Hoffnung, daß sie dort freie Gesellschaften ohne Ausbeutung und Entfremdung aufbauen würden, ist bisher nicht in Erfüllung gegangen. Vietnam und Kampuchea führen heute Krieg gegeneinander, unter dessen Brutalität ihre Bevölkerung zu leiden hat. Die MPLA-Regierung ist dabei, die Souveränität Angolas stückweise an die UdSSR zu verkaufen. Und in Guineabissau treibt die PAIGC Tourismus- und Industrialisierungsprojekte voran, die den hohen Parteifunktionären und Firmen aus Skandinavien und Italien nützen, aber nicht dem Volk.

Unsere Solidarität wird deshalb von Zweifeln geplagt, die wir höchst ungern eingestehen. Manche Genossen stecken den Kopf in den Sand, ignorieren z.B. einfach, daß Vietnam und Kampuchea Krieg gegeneinander führen; andere flüchten nach vorn und ergreifen kritiklos Partei: für oder gegen Kampuchea, Vietnam, die MPLA.
So falsch verhält sich nur ein betrogener und beleidigter Idealismus. Die Hoffnung, die wir auf sie setzten, war unrealistisch, weil wir die Menschen in Indochina und den portugiesischen Kolonien darin zu Erfüllungsgehilfen unserer eigenen Sehnsucht nach Befreiung gemacht haben. Wir hatten ganz vergessen, daß es zunächst einmal arme Völker sind, die den überall in der Dritten Welt herrschenden Mangel nach dem mörderischen Kolonialkrieg und dem plötzlichen Abzug der Ausländer mit ihrem Eigentum und ihren technischen Kenntnissen besonders hart spüren mußten. In Vietnam und Kampuchea z.B. war die landwirtschaftliche Produktion aufgrund von Kriegswirtschaft und Bombardierungen so weit zurückgegangen, daß sich die Bevölkerung nicht mehr aus eigener Kraft ernähren konnte. Was tut eine Regierung in dieser Notlage? Vielleicht zwingt sie parasitäre Städter zur Rückkehr auf's Land und wendet dabei zu viel Gewalt an. Vielleicht versucht sie, unter allen Umständen Nahrungsmittel zu importieren, und gibt dafür nationale Hilfsquellen und Rechte an ausländische Mächte preis. Vielleicht greift sie sogar das Nachbarland militärisch an, um von den inneren Problemen abzulenken. Weder mit einer Vogel-Strauß-Politik noch mit marktschreierischer und unkritischer Parteinahme helfen wir, solche Fehler zu vermeiden. Die Grundlage unserer Solidarität muß vielmehr sein: Umfassende und genaue Information an Ort und Stelle, um Fehlentwicklungen in ihren Ursachen und Auswirkungen beurteilen zu können. Auf dieser Grundlage läßt sich dann zweierlei tun: Sinnvolle materielle Hilfe leisten, um die Mängel und Nöte zu lindern, die neue Zwänge, Hierarchien, Abhängigkeiten mit sich bringen, und materialistische Kritik üben, die im Gegensatz zu idealistischer Verdammung (oder Schönfärberei) konkrete Ansatzpunkte für wirksame Korrekturen aufzeigt.

In manchen Fällen ist uns das nicht möglich. Die Regierung Kampucheas erlaubt nur ganz wenigen Ausländern, sich an Ort und Stelle zu informieren. Viele Journalisten hat sie abgelehnt – auch fortschrittliche und solidarische. Damit erlaubt sie der bürgerlichen Presse, ungestraft ihre hetzerischen Spekulationen zu verbreiten. Die FRELIMO, an deren Politik als Regierungspartei Mosambiks uns bisher weniger Zweifel gekommen sind, verhält sich auch in diesem Punkt anders. Sie lädt ausländische Fachkräfte, Journalisten, Filmer nach Mosambik ein, wenn sie davon ausgehen kann, daß sie sich solidarisch verhalten. Diese kluge Informationspolitik hat das vorliegende Themenheft möglich gemacht. Fast alle Autoren sind kürzlich selbst in Mosambik gewesen und konnten an Ort und Stelle die Schwierigkeiten beobachten, die sich auch dort dem Aufbau der Landwirtschaft, der Infrastruktur, des Gesundheitswesens stellen.
Der einführende Artikel von Ruth Weiß zeigt, daß das schwere koloniale Erbe selbst die oberflächlichen Sinneseindrücke in der Hauptstadt Maputo prägt. Die beiden folgenden Artikel gehen genauer darauf ein: Peter Krieg schildert u.a. die Schwierigkeiten, in Gebieten, die bis zuletzt von den Portugiesen beherrscht wurden, den Individualismus zu überwinden und genossenschaftliche Produktions- und Lebensweisen einzuführen; und Peter Ripken behandelt die Probleme, die sich aus dem unter der Kolonialherrschaft errichteten Cabora-Bassa-Staudamm heute für Mosambik ergeben. Einen Schwerpunkt innerhalb des Themenblocks bildet das Gesundheitswesen: Während Ferdinand Escher vor allem die proklamierten Absichten und das Programm der FRELIMO für diesen Bereich vorstellt, geht aus dem Artikel von Ralf Syring hervor, welchen Gefährdungen die Realisierung des Programms ausgesetzt ist: Die Notwendigkeit, die wenigen im Land gebliebenen Ärzte so effektiv wie möglich einzusetzen, hat offenbar schon zur Bildung neuer hierarchischer Strukturen im Gesundheitswesen verführt, in denen die alte Entfremdung zwischen Ärzteschaft und Bevölkerung fortbesteht. Das abschließende Interview mit Planungsminister Marcelino dos Santos macht klar, was die FRELIMO von denen erwartet, die als Fachkräfte nach Mosambik gehen wollen, um dem Mangel abzuhelfen: vor allem die Anerkennung der Tatsache, daß das Volk von Mosambik selbst über seinen Entwicklungsweg entscheidet; von ausländischen Experten wird die Bereitschaft erwartet, diesen Entscheidungen zu folgen, auch wenn er glaubt, es besser zu wissen.

Red.



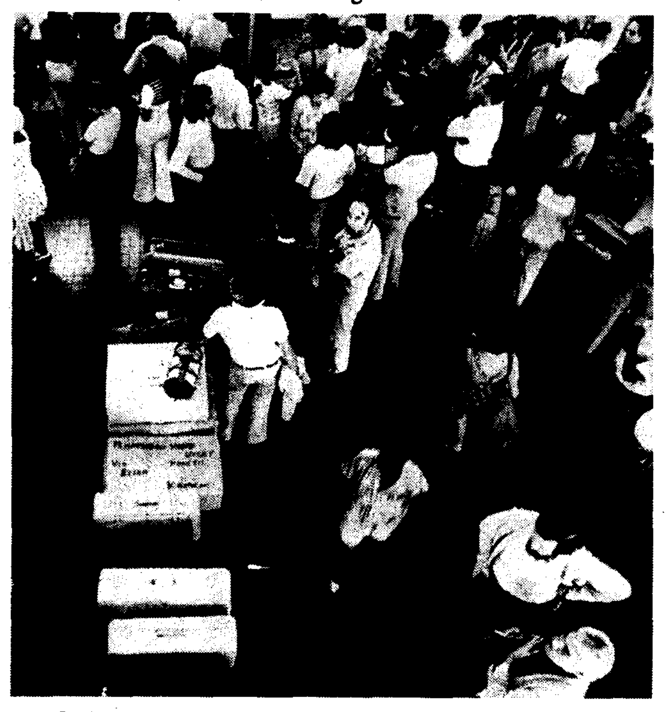
Reiseeindrücke aus Maputo

MOSAMBIK hat ein schweres Erbe

Ruth Weiss

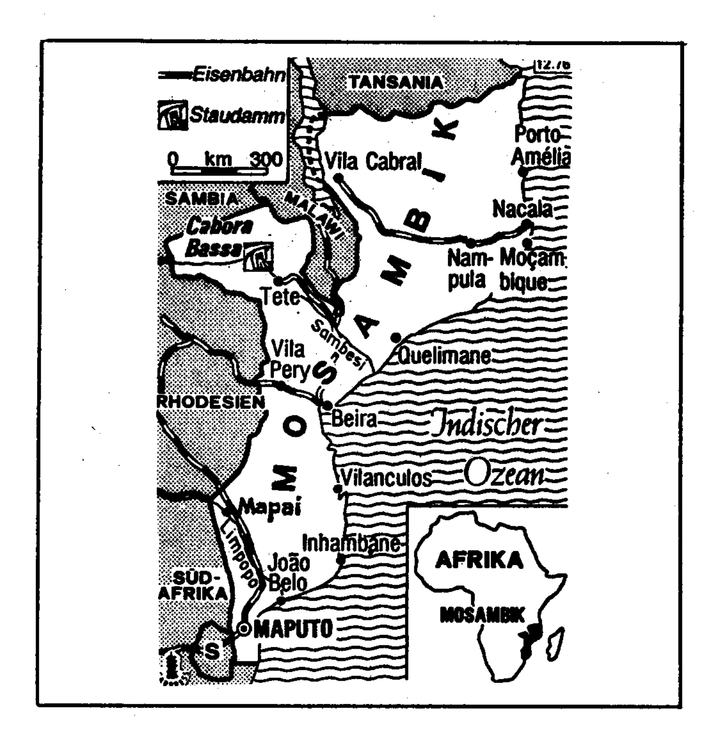
Maputo ist eine der herrlichsten Hafenstädte der Welt; vor 1974 war der Ort, der damals den Namen Lourenco Marques trug, beliebte Touristenstadt für weiße Südafrikaner. In der gelockerten Atmosphäre von „Portugal am Indischen Ozean" konnten sie dem kalvinistischen Puritanismus des Heimatlandes für eine Weile entfliehen. Wie heute noch in Botswana, Lesotho, Swasiland, so war auch im Mosambik die LIebe zwischen Menschen verschiedener Hautfarbe eine große Attraktion.
Heute steht zwar das alt-koloniale Polana Hotel noch; jedoch vor dem neueren Teil, dem Polana-Marine, kann man nun nur noch den blauen Ozean, die einfahrenden Schiffe, den palmenumgrenzten leeren Strand bewundern. Die Hunderte von bunten Wohnwagen der Südafrikaner sind verschwunden; ein Hochhaus, geplant als Urlaubswohnung, ist nicht fertig gebaut.
Ein Mosambikaner geht mit mir durch die Stadt, tastet plötzlich eine Mauer an und strahlt, „Das gehört uns. Alles gehört uns. Wir haben selbst die Häuser befreit."
In der Tat gehören Gebäude zum Nationalisierungsprogramm. Ziel ist, daß jeder das Haus besitzt, in dem er wohnt, jedoch keinen Profit durch Hausvermietung machen kann. Es wird jedoch noch einige Zeit dauern, bis alle Mosambikaner gut wohnen; genau wie es noch einige Zeit dauern muß, bevor jeder Mosambikaner lesen und schreiben kann, nicht mehr dem Hunger und der Armut ausgesetzt sein wird und den dadurch bewirkten Krankheiten.

Maputo strahlt in der Sonne, das Straßenbild hat sich geändert, verglichen mit der Kolonialzeit, als man die schwarzen Menschen, die heute dominieren, kaum sah; selbst verglichen mit 1976 ist alles anders. Damals waren die Straßen voll mit Riesenkisten, in denen sich die Möbel und andere Güter der auswandernden Portugiesen befanden. Überall



Weiße Moçambique-Flüchtlinge

standen Menschen Schlange: für Quittungen, daß sie Steuer, Miete, Elektrizität und ähnliches bezahlt hatten; für Erlaubnis, Geld ins Ausland zu senden; für die Schiffs- oder Flugkarten. Damals konnte ein kleiner Mosambikaner sich „Schlangengeld" verdienen, indem er sich für einen Weißen in eine Reihe wartender Menschen stellte, während dieser woanders stand oder zu Hause war und nach einiger Zeit seinen Platz wieder einnahm.
Die Portugiesen gingen mit Bitterkeit und Mißgunst; einige versuchten, die Unabhängigkeit zu sabotieren: in den Fabriken, die ihnen nicht mehr gehörten, oder in den Wohnhäusern zertrümmerten sie Toiletten, zogen Drähte aus den Wänden und ließen sich ähnliche Dinge einfallen. Nach einiger Zeit kamen die „Dynamischen Gruppen", die Basisorganisationen des Volkes, im nun unabhängigen Mosambik darauf, derartige Häuser zu bewachen.
Man versuchte auch zu verhindern, daß wertvolle alte Schnitzereien außer Landes gebracht wurden, was auch in einigen Fällen gelang.
Heute sind die meisten Weißen abgezogen, die Riesenkartons und die Schlangen sind verscheunden. Leider jedoch gibt es öfters neue Menschenschlagen, diesmal an Supermärkten, denn mit der Versorgung ist es nicht immer gut bestellt. Zum Teil liegt das daran, daß die Infrastruktur von Mosambik durch den Auszug der Portugiesen, die den gesamten Binnenhandel in der Hand hatten, zerstört worden ist; zum Teil ist der Grund die schlechte Handelsbilanz. Mosambik hat sich zum Ziel gesetzt, die Wirtschaft wieder auf das Produktionsniveau von 1973 zu bringen. Das erfordert vor allem eine Erhöhung der Landwirtschaftsproduktion. Diese ist in allen Bereichen erheblich gesunken, und die Strategie der Staatsfarmen und ländlichen Kooperativen ist zu kurz in Kraft, als daß sie schon Erfolge zeigen könnte. „In manchen Provinzen sind Leute gezwungen worden, im Kollektiv zu arbeiten", erklärt ein FRELIMO-Mitglied, „das muß jedoch aus eigener Initiative kommen, um erfolgreich zu sein. Man muß überzeugt sein, daß diese Lebens- und Arbeitsweise richtig ist für sich selbst, die Familie und das Land."
Man vergißt oft im Ausland, daß Mosambik erst knapp drei Jahre unabhängig ist; daß die koloniale Vergangenheit lang war und ihre Spuren tief sind. FRELIMO ist es gelungen, die Macht straff in der Hand zu halten, die Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus einzuführen, jedem eine gleiche Chance zu geben, im Gesundheitswesen, in der Erziehung, im öffentlichen Leben. Natürlich gibt es im sozialen Bereich wie in der Wirtschaft immer noch eine Kluft zwischen Plan und Wirklichkeit. Wie könnte es auch anders sein?
Mosambik gehörte zu den Satellitenstaaten der Republik Südafrika. Eine gewisse wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika ist heute noch sichtbar – z. B. an den südafrikanischen Arbeitern im Hafen und bei der Eisenbahn oder an den Mosambikanern, die nach wie vor in den südafrikanischen Minen ihr Geld verdienen müssen. Heute gibt es dort nicht mehr so viele Arbeitsimmigranten aus Mosambik wie früher, die Zahl ist von 100.000 - 125.000 vor 1974 auf etwa 40.000 gesunken. Man möchte in Südafrika so wenig Einfluß wie möglich aus einem „marxistischen" Land. Politisch ist das nicht schlecht für Mosambik, aber der Devisenverlust ist groß. In diesem Jahr lief der 1928 zwischen Pretoria und Mosambik geschlossene Vertrag über die



Wanderarbeiter aus. Nun liefern die Südafrikaner kein Gold mehr zum offiziellen Preis als Bezahlung der Gehälter der mosambikanischen Goldminen- und Landarbeiter. Früher war das eine wichtige Deviseneinnahmequelle, denn das Gold konnte sofort auf dem offenen Markt zu hohem Preis verkauft werden; bis 1975 profitierte Lissabon von dieser Abmachung, nach der Unabhängigkeit kam sie Maputo zugute.
In den Geschäften in Maputo sieht man überall Produkte made-in-South Africa, wenn man überhaupt Importe sieht. Im Inneren des Landes ist die Verpflegung ein großes Problem; selbst die Fischerei ist noch nicht ausgebaut, wird jetzt erst richtig in Angriff genommen. Außerdem fehlt es hier wie bei anderen Produkten an Transportmitteln, um die Fische von der Küste aus weiterzuleiten.
Viele Mosambikaner ziehen sich auf eine entlegene „sham „shamba" im Busch zurück, wo sie – jede Famile für sich – ein tristes Dasein führen, sich, so gut wie sie können, vom Land ernähren. Derartige Bauern sollen in Kollektiven zusammengebracht werden. Potentiell ist Mosambik reich an landwirtschaftlichen Erzeugnissen; die weißen Siedler haben die schwarzen Bauern als billige Arbeitskräfte auf ihren Großplantagen benutzt, außerhalb der Plantagen liegt noch viel Land brach. Man braucht jedoch Fachleute und Entwicklungshelfer aus allen Bereichen (vgl. dazu „Welche Fachkräfte sucht Mosambik?" in diesem Heft). Heute weiß man schließlich, daß Entwicklung als etwas Ganzes gesehen werden muß, angefangen mit dem Konzept der Gesellschaft, aufgebaut auf traditionelle Werte, und daß alle Kräfte zusammenarbeiten müssen.
„Unsere Leute müssen erst lernen zu verstehen, daß sie mehr sind als ein Bauer oder Hafenarbeiter; sie müssen verstehen, daß sie einer größeren Gesellschaft angehören, daß sie in einer Provinz, in einem Land leben, daß sie Weltbürger sind und die Nationalität in einer Volksrepublik besitzen, die Mosambik heißt", sagte mein Gesprächspartner. „Wir müssen ihr Weltbild vergrößern. Ein langsamer Prozeß."
Es darf auch nicht vergessen werden, daß Mosambik ein „Frontstaat" ist. Die Flugzeuge der weißen Rhodesier fliegen frech über den Luftraum, greifen angebliche Stützpunkte der Befreiungsbewegung Zimbabwe African National Union – ZANU – an, lassen Fallschirmsoldaten auf mosambikanischen Boden nieder. Mosambik, wie die anderen Frontstaaten, leidet, weil es den Kampf in Zimbabwe unterstützt.
Im Polanahotel, wo man immer im Garten Krabben und gebratene Hühner zum Mittagessen serviert bekommt, sind heute die Delegationen ausländischer Freundesländer untergebracht, sowie Geschäftsleute, ab und zu fremde Presse. Wenn man Zeit und Geduld hat, wenn man außer dem guten Willen auch ein Fahrzeug bekommt, ist es möglich zu sehen, wie sich langsam die Ansätze neuer Strukturen im Land abzeichnen: die Hotelgäste sind ein Zeichen dafür, viele vertreten Länder des sozialistischen Blocks, und doch hört man noch immer die unverkennbaren Laute des südafrikanischen Englisch.
Mosambik muß Zeit und Unterstützung erhalten, um die Abhängigkeit vom Nachbarland abzuschütteln: mitleidiges „wir haben es ja gewußt" von westlichen Politikern hilft nicht. Mosambik hat ein schweres Erbe, es ist sich dieses Erbes bewußt, kann aber nicht über Nacht eine Veränderung herbeizaubern.

„Entwicklung kommt nicht in Kisten"

Eindrücke aus Mosambik.

Peter Krieg

Peter Krieg ist Filmemacher und drehte zusammen mit Heidi Knott im Februar 78 einen halbstündigen Dokumentarfilm für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über Aspekte der Basismedizin in den ländlichen Regionen Mosambiks. Der Film „Medicine of Liberation" wurde Anfang Dezember in Alma Ata (UdSSR) auf der dortigen Internationalen WHO-Konferenz über Basismedizin uraufgeführt und wird ab Anfang 79 unter dem Titel „Medizin der Befreiung" auch hier im Verleih sein.
Der nachfolgende Bericht entstand nach einem Referat, das Peter Krieg im „Kritischen Seminar" der ADW in der Universität Freiburg hielt, und soll vor allem persönliche Eindrücke und Erlebnisse wiedergeben.

Ankunft in Maputo. Hochhäuser, palmenbeschattete Villen, großzügige Alleen. Ausdruck vor allem der Arroganz des Kolonialismus: Wir sind hier für die Ewigkeit. Die Ewigkeit fand bekanntlich 1974/75 ein abruptes Ende. Das Erbe, das Frelimo antrat, ist der Scherbenhaufen, den der Kolonialismus in allen seinen Kolonien hinterläßt. Die Slums um die großen Städte herum, die von ihren Besitzern und Managern verlassenen Fabriken, Plantagen und Handelszentren. Ein Land von ungelernten Arbeitern, Analphabeten, ohne ausgebildete Fachleute, ohne Ärzte, ohne professionelle Mittelschicht. Der portugiesische Kolonialismus war in diesem Punkt besonders gründlich: Er exportierte die Arbeitslosigkeit des Mutterlandes in die Kolonien, so daß bis zum kleinen Handwerker, Taxifahrer und Vorarbeiter selbst minder qualifizierte Berufe in Händen von Portugiesen waren – die sich mit dem Ende des Regimes aus dem Staub machten.
Folge: Produktivität und Produktion sinken zunächst drastisch. Die Regierung hofft, in der Nahrungsmittelproduktion zum Beispiel bis 1980 die Produktion von 1973 wieder zu erreichen.
Kolonialismus heißt wirtschaftlich vor allem: Totale Ausrichtung der Ökonomie auf die Bedürfnisse des Auslands, vor allem des kolonialen Mutterlands. Bei der chronischen Schwäche des portugiesischen Kolonialismus hieß dies für Mosambik vor allem Ausrichtung auf die Bedürfnisse Südafrikas, Rhodesiens, Westeuropas und der USA.
Minenarbeiter für Südafrika, Cabora Bassa-Strom für Südafrika, Eisenbahn- und Straßenverbindungen für Rhodesien, Häfen für Rhodesien, Cashew-Nüsse für den Weltmarkt – was immer in Mosambik produziert wurde, nutzte vor allem dem Ausland.
Noch heute wäre das Land ohne diese Wirtschaftsbeziehungen – vor allem zu Südafrika – nicht lebensfähig. Sicher, hätte Mosambik große Rohstofflager, Öl oder Kupfer oder Uran, es fänden sich schnell reiche Gönner, die ‚Hilfe' brächten. Aber Mosambik hat nicht viel außer seinem Strom, seinen Eisenbahnschienen und Häfen. Nichts zu haben, war aber auch ein Vorteil: Im Gegensatz zu Angola etwa investierten die Großmächte nur wenig in die Spaltung und Lähmung der Befreiungsbewegung. Das kleine und arme Mosambik fiel gleichsam durch das Sieb der Großmachtinteressen . . .

Im feudalen Hotel „Polana" in Maputo begegnet man u.a. diesem Interesse. Geschäftsleute aus Südafrika, Delegationen von Experten aus der Sowjetunion, aus Skandinavien, aus Cuba, Nordkorea oder Kanada – diskret von Männern des mosambikanischen Geheimdienstes überwacht, erholen sie sich hier am Pool oder der Bar des Hotels von den Strapazen, die sie im Namen des Geschäfts oder des proletarischen Internationalismus (der Übergang ist manchmal recht fließend) auf sich nahmen.

Auch wir werden hier einquartiert und lassen den größten Teil unserer Devisen hier zurück – die Polana-Bewohner müssen da auch die Rolle der Touristen mitübernehmen, die man vorerst nicht mehr ins Land läßt. Im Hotel Polana fehlt es an nichts – weder am Fleisch noch am Reis oder Brot, nach dem sich die Bewohner Maputos 200 m weiter täglich lange – und oft genug vergeblich – anstellen. Die ausländischen Experten und Geschäftsleute wollen zumindest anständig verpflegt werden. Wir machen in den nächsten Wochen manche Bekanntschaft mit diesen Experten und eine verblüffende Erfahrung:
Aufgrund eines FRELIMO-Beschlusses werden Experten aus westlichen Ländern von den dortigen Solidaritätskomitees vor-ausgewählt. Diejenigen aus Ostblockländern aber von ihrer Regierung. Die Folge: Die Mehrzahl der westlichen Experten sind junge Linke, die aus Begeisterung für den sozialistischen Aufbau des Landes nach Mosambik kommen und die bereit sind, sich auch unter Opfern an diesem Aufbau zu beteiligen. Sie scheinen nach unseren Beobachtungen sehr beliebt bei der einheimischen Bevölkerung zu sein, bemühen sich auch, die Stammessprachen zu erlernen und nicht wie alleswissende Herrenmenschen aufzutreten. Die Experten aus den sozialistischen Ländern Osteuropas und der Sowjetunion kommen anscheinend nicht selten mit anderen Motiven: Für sie ist dies eine willkommene Gelegenheit für einen begehrten, weil seltenen, Auslandsaufenthalt, attraktiv vergütet und mit Annehmlichkeiten, die sie zu Hause gewöhnlich entbehren müssen. Ihre Begeisterung für den sozialistischen Aufbau ist längst einem „sozialistischen Zynismus" gewichen, und ihre Anpassungsfähigkeit in fremdländischer Umwelt scheint geprägt vom Russo-Chauvinismus der Sowjetunion. Jedenfalls wurde uns gegenüber das Auftreten der Russen oft mit dem der Kolonialportugiesen verglichen, und der Ruf der anderen Osteuropäer schien nicht viel besser. In der Bevölkerung entstand so die komische, aber zugleich traurige Vorstellung von den „guten Experten" aus den westlichen, kapitalistischen Ländern und den „schlechten Experten" aus den sozialistischen Ländern des Ostblocks. Ich will diesen Eindruck nicht verallgemeinern, aber er war doch recht häufig anzutreffen. Auch solche und ähnliche Erfahrungen haben die Regierung in ihrem Kurs der unbedingten Unabhängigkeit gegenüber den Machtblocks bestärkt.
Nach langen Besprechungen im Gesundheitsministerium, wo wir uns auf ein Grundkonzept für den Film einigen, verlassen wir endlich Maputo. Wir wollen einen Film über die Basismedizin auf dem Lande machen, darüber, was die Menschen in einem Entwicklungsland selbst für die Verteidigung und Erhaltung ihrer Gesundheit tun können. Wir wollen einen Film ohne Ärzte, ohne Krankenhäuser und ohne komplizierte medizinische Apparaturen drehen. Wir wollen auch zeigen, wie das mosambikanische Gesundheitswesen sich aus den Erfahrungen des Befreiungskampfs ent-

wickelte und darauf aufbaut. Mit den Kollegen im Nationalen Filminstitut geht die Verständigung schnell, sie wissen, was man braucht, um einen Film zu drehen. Aber im Gesundheitsministerium dauert alles etwas länger. Doch dann steht der Reisetermin in die Provinz doch fest. Am Tag zuvor ein Anruf aus dem Ministerium im Hotel: Wir haben kein Fahrzeug, alles muß verschoben werden. Aber wir haben schon zu oft verschoben, wir müssen drehen. Verzweifelte Anrufe beim örtlichen WHO-Büro: könnt ihr einen Landrover auftreiben? Anrufe von dort bei den Kollegen anderer UNO-Organisationen. Vergebens. Landrover sind Mangelware.

Transport ist für viele Hilfsorganisationen das Problem Nummer 1. Schließlich gelingt es uns, den letzten Landrover des letzten privaten Autoverleihs in Maputo zu mieten. Der Fahrer wird uns in das 5 Stunden entfernte Chibuto bringen und uns 4 Tage später wieder abholen. Für den Preis, den wir für diese 10 Stunden bezahlen müssen, hätten wir anderswo ein Flugzeug mieten können... Ein Filmstudent und ein Kameramann des Filminstituts begleiten uns, als wir endlich losfahren. Wir hatten angeboten, einigen Filmstudenten des Filminstituts etwas Praxiserfahrung zu vermitteln. Der Kameramann wird uns dolmetschen und die Organisation übernehmen. In jedem Dorf kennt man ihn und begrüßt ihn mit Hallo. Er arbeitet für die neuentstandene Wochenschau, die sich offensichtlich vor allem um die Entwicklung auf dem Lande kümmert.

Chibuto ist ein ehemaliger Verwaltungsposten der Portugiesen. 5 oder 6 Straßenblocks mit Verwaltungsgebäuden, Läden und Wohnhäusern, ein Hotel, ein Busunternehmen, eine Reismühle, ein Militärposten. Hotel, Busunternehmen und Reismühle gehören einem reichen Portugiesen, der hierblieb und immer noch der größte Landbesitzer der Gegend ist. Chibuto liegt am Rande des Limpopotals, einer ausgedehnten Flußregion mit großem landwirtschaftlichem Potential. Hier wird vor allem Reis angebaut. Mit einem ausgebauten Bewässerungs- und Dammsystem könnte mit diesem Reis die Bevölkerung des ganzen südlichen Afrika ernährt werden. Doch den Portugiesen waren die Erträge ihrer Großfarmen genug, in Dammsysteme wollten und konnten sie nicht investieren. So kommt es, daß der Fluß die Gegend regelmäßig zur Regenzeit überflutet und Straßen, Häuser und Felder zerstört werden.

Die Kleinbauern hier sind es gewohnt, alle paar Jahre umzuziehen. Deshalb sind sie auch aufgeschlossen, als die FRELIMO ihnen eine dauerhafte Alternative anbietet: das Gemeinschaftsdorf. Die Idee, Gemeinschaftsdörfer einzurichten, ging ursprünglich von Tansania aus, dessen Ujamaa-Bewegung von der FRELIMO studiert wurde. Die Grundüberlegung ist, daß in denjenigen Gegenden Afrikas, wo die Bevölkerung auf vereinzelten Gehöften weit auseinander lebt, weder eine effektive Produktion noch Gesundheitsdienste, Schulen, demokratische Selbstverwaltungen oder kulturelle Einrichtungen aufgebaut werden können. Die Konzentrierung der Bevölkerung in Dörfern ist also eine Vorbedingung für jegliche Entwicklung in diesen Gegenden. Die Frage ist nur: wie die Menschen davon überzeugen? Denn zunächst haben sie von einem solchen Umzug fast nur Nachteile. Da es der Regierung an Mitteln fehlt, die Gemeinschaftsdörfer attraktiv auszustatten (was eh fragwürdig wäre), müssen die Bewohner in der ersten Zeit unter sehr viel primitiveren und mühseligeren Bedingungen leben als vorher. Die auf Anhöhen über dem Flußtal angelegten Dörfer verfügen oft noch nicht über eigene Wasserstellen, so daß die Frauen das Wasser aus dem Tal heraufschleppen müssen. Da noch keine Landreform durchgeführt wurde, liegen die alten Felder der Bauern nun oft bis zu 8 Stunden Fußmarsch weit vom Gemeinschaftsdorf entfernt. Häuser, Schulen oder Läden müssen erst in gemeinschaftlicher Arbeit von den Bewohnern selbst gebaut werden, bevor sie die ersten Vorteile des Dorflebens genießen können. All dies setzt ein Bewußtsein voraus, das nicht immer nur den kurzfristigen Vorteil sieht, sondern in langfristigen Strategien von Entwicklung und Veränderung zu denken bereit ist. Woher soll dieses Bewußtsein aber kommen? Erfahrungsgemäß schafft der Kolonialismus durch seine brutale Ausbeutung und Unterdrückung, durch seine Zwangsintegrierung der Bauern in die Geldwirtschaft und den Markt, durch seine Zerstörung aller traditionellen Bindungen und Denkweisen ungewollt dieses Bewußtsein. Wo ein antikolonialer Befreiungskrieg hinzukommt, lernen die Bauern noch zusätzlich die Vorteile kooperativen und solidarischen Handelns, experimentieren mit alternativen Lebens-, Denk- und Verhaltensweisen.

In der Provinz Gaza, rund um das Limpopotal, fand der Befreiungskrieg aber nicht statt. Zwar war hier die koloniale Ökonomie vorherrschend, doch aufgrund des Reichtums des Tals war die Lage der Bauern nicht so schlecht wie in anderen Landesteilen. So war es vor allem die Naturkatastrophe, die in den Bauern die Bereitschaft zu alternativen Lebensweisen weckte. Es ist kein Zufall, daß die Bewegung zur Gründung von Gemeinschaftsdörfern vor allem in der überschwemmten Provinz Gaza und in der Provinz Cabo Delgado, in der der Befreiungskrieg am heftigsten tobte, am erfolgreichsten ist. Menschen ändern ihre Denk- und Verhaltensweise eben nicht aufgrund von theoretischen Überzeugungen, sondern zunächst aufgrund von praktischen Interessen, die wiederum auf ihren Erfahrungen beruhen. Intellektuelle, die ihr Bewußtsein aufgrund einer ganz anderen Praxis erworben haben, glauben oft, mit Überzeugung allein ließe sich ein neues Bewußtsein schaffen. Auch unter den städtischen Kadern ist diese Meinung verbreitet. Sie versuchen es dann auch zunächst mit Überzeugung, scheitern aber und ziehen daraus dann den falschen Schluß, die Bauern seien eben eine reaktionäre, unbewegliche Masse,

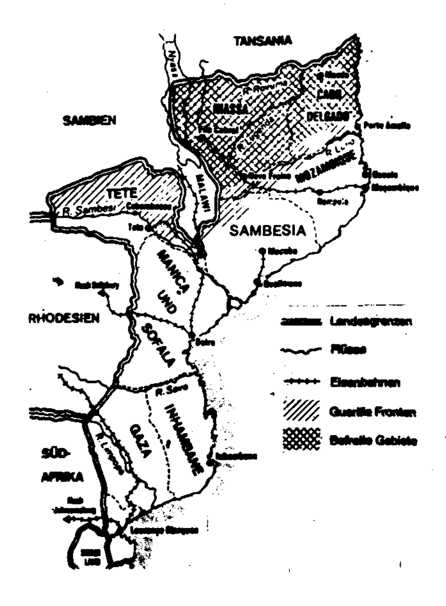


die man nur mit administrativem Zwang zum Umdenken bringen könne. Die tansanische Ujamaa-Bewegung hat bekanntlich unter solchen Methoden sehr gelitten – wenn sie nicht daran gescheitert ist, und auch in Mosambik sind Fälle bekannt, daß Hütten abgebrannt wurden, um die Bewohner zum Umzug in Gemeinschaftsdörfer zu bewegen.

Das Gemeinschaftsdorf, in dem wir drehen wollen, heißt „Samora Machel" und besteht aus 4 Bezirken mit insgesamt etwa 3000 Einwohnern. Bei unserem ersten Besuch in Be-

gleitung eines hohen Kaders aus dem Gesundheitsministerium hatten wir bereits Bekanntschaft mit dem trockenen Humor der Bewohner gemacht. Der Funktionär hatte sich und uns auf der Dorfversammlung vorgestellt und den Zweck unseres Besuchs erläutert. Der Vorsitzende des Dorfrats erwiderte, eigentlich sei es jetzt seine Pflicht, uns erst einmal zu durchsuchen, denn man sei hier nie sicher vor rhodesischen Spionen, und die Regierung habe zur Wachsamkeit gemahnt. Wir – vor allem der Funktionär – müssen doch sehr verdutzte Gesichter gemacht haben, so als rhodesische Spione verdächtigt zu werden – bis ein verschmitztes Grinsen aus der Runde uns erklärte, daß wir Opfer des mosambikanischen Humors geworden waren. Wir begegneten noch oft diesem Humor, der auch vor den geheiligten Ritualen der Revolution nicht halt machte. Er ist Ausdruck des tiefsitzenden Individualismus, der die Mosambikaner prägt und der manche Kader, die oft dagegen ankämpfen müssen, noch im Schlaf verfolgt.
Wir wollten in „Samora Machel" neben den Errungenschaften der Gemeinschaftsdörfer auch das Verhältnis dieser Kader zu den Bauern drehen, und was wäre besser geeignet als eine der häufigen Dorfversammlungen? Thema sollte die Rolle der Gesundheitsfürsorger, der „Agentes Polivalentes Elementares" (A.P.E.'s) sein, die gerade im damaligen Militärstützpunkt in Chibuto ausgebildet wurden und mit uns zu einem praktischen Übungsbesuch ins Dorf gekommen waren. Einer der FRELIMO-Kader des Bezirks erläuterte die politische Linie der Regierung im Gesundheitswesen. Die Dorfbewohner hatten anschließend die Vorstellung, die A.P.E.'s seien dörfliche Mini-Ärzte, die jedermann heilen würden. „Nein", hielt der Kader dagegen, „ich glaube nicht, daß sie euch Gesundheit in Kisten verpackt bringen werden!" Er versuchte zu erläutern, was Präventivmedizin sei. „Was ist besser, ins Krankenhaus zu gehen und Spritzen und Pillen zu bekommen oder Krankheiten zu verhindern?" Die Antworten waren geteilt – Pillen zu bekommen, ist besser, meinten die einen, Krankheiten zu verhindern, die anderen. Mit Fragen und Gegenfragen versuchte der Kader, die Dorfbewohner vorsichtig auf den Pfad der richtigen Erkenntnis zu und sie selbst die entsprechenden Schlüsse ziehen zu lassen – was schließlich auch gelang. Diese Methode ist keineswegs üblich. Wie oft hatten wir in anderen Ländern lange Predigten von Kadern und Experten an Dorfbewohner erlebt, bei denen am Ende die Aufforderung stand, doch nun auch endlich etwas zu sagen – was nur fortgesetztes Schweigen hervorrief. Doch in Mosambik erlebten wir nicht nur einmal, daß die Kader der FRELIMO sich weniger als Prediger, sondern als „Dynamisatoren", als Auslöser von Entwicklungs- und Bewußtseinsprozessen verstanden, eine Linie, die auch die Begriffe in Mosambik prägt – von den „Grupos Dinamisadores" – den Grundeinheiten der Partei – bis zu den „Agentes Polivalentes Elementares", den Gesundheitsfürsorgern. (Den Begriff „Barfußärzte" lehnte man im Gesundheitsministerium ab, da er aus China komme und deshalb nicht der strengen Unabhängigkeitspolitik des Landes entspreche.)
Aus diesem Verständnis heraus wird der Entwicklungsprozeß nicht von oben administrativ erzwungen, sondern man versucht, unter gleichzeitiger Anleitung von oben einen Mobilisierungs- und Umorientierungsprozeß von unten in Gang zu setzen – und zwar auf jedem Gebiet. Doch bekanntlich hängt die praktische Durchführung auch des besten Beschlusses von denen ab, die ihn auf Provinz-, Bezirks- oder Dorfebene dann konkret umzusetzen haben, und so läßt sich auch in Mosambik die obige Aussage sicherlich nicht problemlos verallgemeinern.
Auch bedeutet diese Linie keineswegs eine Versicherung gegen das Auftreten von Widersprüchen zwischen Führung und Massen. Das sollten wir auf der selben Versammlung erfahren. Nachdem ausführlich über die Rolle der A.P.E.s diskutiert worden war, meldete sich ein Bauer zu Wort und sagte, wenn über Gesundheit geredet werde, dann müsse man auch den noch immer ungelösten Konflikt um den vergifteten Brunnen zur Sprache bringen. Trotz allgemeiner Zustimmung meinte der Funktionär, dies gehöre jetzt nicht hierher, man habe außerdem ja Besuch aus dem Ausland und sollte solche Probleme nicht bei dieser Gelegenheit diskutieren. Ein lautstarkes und allgemeines „Buh" war die Antwort, und wir wußten, daß jetzt ein heißes Eisen auf den Tisch kam. Den anwesenden Kadern war die Sache offensichtlich peinlich, und sie versuchten, die Diskussion an diesem Punkt abzuwürgen. Um die Fronten nicht zusätzlich zu verhärten, hörten wir auf zu drehen und machten uns so klein wie möglich. Die Bauern dachten auch gar nicht daran, die Diskussion jetzt, wo sie gerade erst richtig in Fahrt gekommen war, einzustellen. Es ging um folgenden Fall: In der Nähe des Dorfes war eine Wasserstelle, in der die Dorfbewohner ihr Vieh tränkten. Der kürzeste Weg zur Wasserstelle führte über das Feld eines Bauern, der schon vor dem Bau des Gemeinschaftsdorfes hier gewohnt hatte. Diesen Acker zertrampelten nun die Rinder und Ziegen der Dorfbewohner. Nachdem seine Aufforderungen, einen anderen Weg zu benutzen, nichts fruchteten, warf er eines Tages einen Tierkadaver in das Wasserloch und machte das Wasser so ungenießbar. Die empörten Dorfbewohner gingen zur FRELIMO-Verwaltung und verlangten die Bestrafung des Missetäters. FRELIMO schickte einen Gesundheitsinspektor, der das Wasserloch wieder säuberte, weigerte sich jedoch, den Bauern zu bestrafen. Die Führung argumentierte, beide Seiten hätten falsch gehandelt. Die Bewohner des Gemeinschaftsdorfes müßten auch das Eigentum des Bauern achten und dürften ihr Vieh nicht über sein Land treiben.
Die Dorfbewohner aber wollten nur das Vergehen des Bauern sehen und forderten seine Bestrafung. Die Diskussion wurde heftiger und lautstärker – aber eine Einigung war nicht zu erzielen. Uns schien dieser Konflikt typisch für das Dilemma, in dem sich die FRELIMO bei der Bewegung zur Bildung von Gemeinschaftsdörfern in dieser Gegend befand. Einerseits nämlich wurden massenhaft Menschen umgesiedelt, andererseits gab es noch keine Landreform, die den Bewohnern der neuen Gemeinschaftsdörfer genügend Land in Dorfnähe verschaffte. Dazu kam, wie hier, der Konflikt zwischen den alteingesessenen Bewohnern und den neu hinzugezogenen. In „Samora Machel" gehörte das beste Land in Dorfnähe dem portugiesischen Großgrundbesitzer, der auch Buslinie, Hotel und Reismühle in Chibuto besaß. Da er alle diese Unternehmen auch selbst managte und zudem, nach Aussagen der Kader, noch nie in Konflikt mit seinen Arbeitern gekommen war, glaubte die FRELIMO, noch nicht auf ihn verzichten zu können und ließ sein Vermögen unangetastet. Doch solche Beispiele machten deutlich, daß die Umsiedlung der Bauern neue soziale Konfliktstoffe mit sich bringt, die eine Lösung der Landfrage unumgänglich machen.
In anderen Teilen Mosambiks war diese Landfrage entweder durch die Flucht der portugiesischen Landbesitzer oder durch den Befreiungskrieg bis auf weiteres gelöst. So im Norden des Landes, wohin wir nach unserm Besuch in Chibuto flogen. (Es gibt keine Nord-Süd-Straßenverbindung in Mosambik, da, wie eingangs erklärt, das Verkehrsnetz nur in West-Ost-Richtung ausgebaut wurde, um die Häfen für Rhodesien zu erschließen.)

Hier, an der an Tansania grenzenden Nordprovinz, hatte die FRELIMO während des Befreiungskrieges weite Teile des Landes, mit Ausnahme der Provinzhauptstadt, kontrolliert. Hier wurden die entscheidenden Erfahrungen gesammelt, die nach der Befreiung den Aufbau des Landes prägen sollten. Obwohl es während des Befreiungskrieges natürlich keine Gemeinschaftsförfer geben konnte (die Portugiesen hätten sie leicht aus der Luft zerstören können), hatten hier Bevölkerung und Befreiungsfront eng zusammengearbeitet. Die Kriegssituation hatte die Menschen gezwungen, alte Strukturen selbst einzureißen und neue zu erproben. Ob im Gesundheitswesen oder bei der landwirtschaftlichen Produktion – überall galt es, neue kooperative Formen zu entwickeln, um zu überleben. „Vertrauen auf die eigene Kraft" ist in solchen Situationen weniger eine Frage des Vertrauens, sondern des Überlebens. Deshalb entwickelten sich hier nach der Befreiung die Gemeinschaftsdörfer auch aus der Produktion. Aus dem gemeinsamen Produzieren ergab sich das gemeinsame Wohnen wie von selbst. Und dies, obwohl die Portugiesen durch den Bau KZ-ähnlicher „Wehrdörfer" – wie etwa heute in Rhodesien – den Gedanken des Dorflebens nicht gerade popularisiert hatten. Heute lebt praktisch die gesamte Landbevölkerung der Provinz Cabo Delgado in Gemeinschaftsdörfern – und wir gewannen nirgends den Eindruck, daß jemand widerwillig im Dorf wohnte. Zwar hatten sich viele einen mannshohen Zaun aus trockenen Stöcken um ihre Hütte gebaut, so daß niemand in ihre Privatsphäre blicken konnte, aber die Hütten waren doch mit soviel Sorgfalt und Mühe gebaut, wie sie nur von Leuten aufgewandt werden, die zu bleiben beabsichtigen. Besondere Mühe hatten die Dorfbewohner hier für den Bau ihrer Latrinen aufgewandt, die manchmal stabiler und luxuriöser erschienen als die Wohnhütten. Die Hygienekampagne der FRELIMO war hier schon während des Befreiungskampfes begonnen worden, und eine stabile Latrine zu haben, war bereits selbstverständlich. Im Süden hingegen machten die Latrinen noch einen sehr provisorischen Eindruck und fielen nicht selten beim ersten starken Regenguß wieder zusammen.

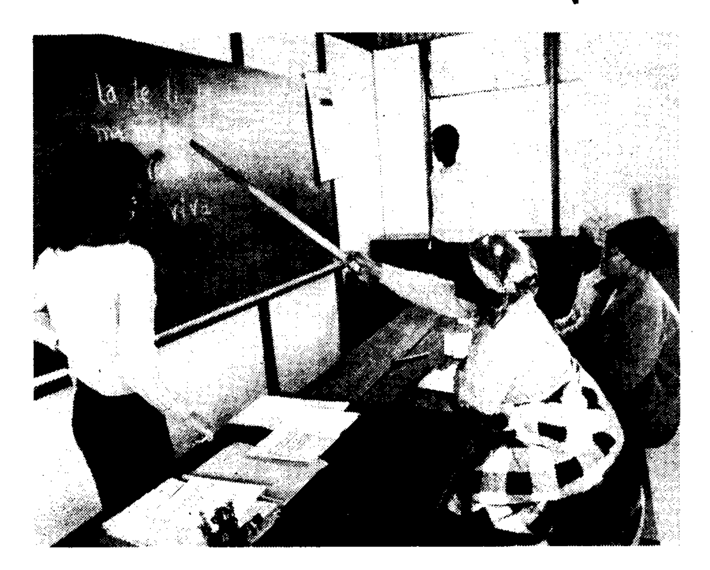


Mocambique 1970

Auch die Organisation der Dorfbewohner war hier viel weiter fortgeschritten, die gemeinschaftlich bebauten Felder größer und die gemeinschaftliche Arbeit selbstverständlicher. Produktions- und Konsumkooperativen, Kinderkrippen und Schulen – was sich im Süden erst im mühsamen Aufbau befand, hier hatte es bereits Tradition. Sogar Kinos waren in der Planung der Dörfer, bestehend aus einer kleinen Hütte für Projektor und Generator, und in gebührendem Abstand davon eine weiß getünchte Lehmmauer, die als Leinwand fungierte. Dazwischen saßen oder hockten die Zuschauer auf dem gestampften Boden. Solche Einrichtungen helfen natürlich, die Dörfer attraktiv zu machen, doch sie können im wesentlichen eben auch nur aus den Eigenmitteln der Dörfer geschaffen werden.

Wie alle nicht-industrialisierten und rohstoffarmen Entwicklungsländer muß Mosambik alle Mittel für Verwaltung, Industrialisierung und ländliche Entwicklung aus der Landwirtschaft ziehen – Geschenke aus dem Ausland gibt es kaum. Die Erhöhung der Produktion und Produktivität der Landwirtschaft hat deshalb auch in Mosambik Priorität. Die FRELIMO scheint sich voll bewußt zu sein, daß dieser Prozeß sehr vorsichtig und so undespotisch wie möglich durchgeführt werden muß, soll er nicht einen Keil zwischen die Bauern, die ja vor allem die Mehrarbeit für den Aufbau des Landes leisten müssen, und die FRELIMO mitsamt den Stadtbewohnern und Arbeitern treiben. Zu dieser Vorsicht gehört auch ein sparsamer Umgang mit den wenigen Devisen, die das Land aus seinen Agrarexporten (vor allem Cashewnüsse, Baumwolle und Zucker) zieht. An diese Devisen wollen vor allem diejenigen Portugiesen heran, die nach der Unabhängigkeit im Lande geblieben sind, weil sie hofften, ihren Besitz dann besser ins sichere Ausland bringen zu können. Sie wußten, daß sie als Leiter und Manager ihrer Betriebe vorerst unentbehrlich für die neue Regierung sein würden und versuchten, diese Stellung auszunützen, um große Summen ins Ausland zu verschieben. Der simpelste Trick geht so vor sich: Ein Betrieb bestellt Rohstoffe oder andere Materialien, die er zur Weiterarbeit benötigt, im westlichen Ausland. Da ein Unternehmer ins sozialistische Mosambik nur per Vorauskasse oder Kreditbrief liefert, beantragen die Firmen bei der Regierung die Freigabe von Devisen, um die Bestellung zu bezahlen. Während die Gelder ins Ausland transferiert werden, verständigt sich der portugiesische Unternehmer mit seinem westlichen Geschäftspartner und verläßt das Land, um „nach der Lieferung zu sehen". Diese wird entweder gleich storniert, in ein anderes Land (z. B. Südafrika) geschickt, oder aber in Mosambik kommen Kisten mit wertlosem Abfall an. Doch dann ist der Unternehmer längst über alle Berge. Die Zeitschrift „Africa" berichtete im Feb. 78 über mehrere solcher und ähnlicher Fälle:

- Eine mosambikanische Firma exportierte zwischen 1975 und 1976 Sisal und Kobra im Wert von 10 Mio. DM nach Spanien und in andere Länder. Das Geld ist nie in Mosambik angekommen.
- Die mosambikanische Likörfabrik bestellte Rohmaterial im Ausland. Von den 500 Fässern kamen 216 voll, 187 leer, 64 halbvoll, ein Faß voll mit Altöl und 32 überhaupt nicht an. Die Fabrik mußte ihre Arbeit für einen Monat einstellen.
- Die Firma „Ferreira & Faria" verkaufte Seife in die BRD. Der Exporterlös verschwand mit dem Besitzer im Ausland.
- Die Bekleidungsfirma „Investro" bestellte Rohmaterial in der BRD. Was sie bekam, waren Kisten mit Lumpen.
- Die Pulloverfabrik „LM" bestellte Rohmaterial in Südafrika. 5 Tonnen kamen an, das Garn war in Wasser aufgelöst. Daraufhin mußte die Fabrik für 3 Monate stillgelegt werden.



Alphabetisierungskampagne



colono

co lo no

ca la na
le ne
li ni
co lo no
cu lu nu

Kostproben aus der Abc-Fibel: der weisse Siedler (colono) und Silbenübungen mit dem Wort «colono»

– Devisenausfuhren müssen durch die Zentralbank genehmigt werden. Sie hatte eine große Summe freigegeben für den Ankauf einer Fischereiflotte, die von einem portugiesischen Geschäftsmann bestellt worden war. Er verließ das Land, um angeblich den Bau der Schiffe zu kontrollieren. Geld, Boote und Geschäftsmann wurden nie wieder in Mosambik gesehen.

– Große Mengen Falschgeld sind in Portugal gedruckt worden. Welche Summen davon nach Mosambik gelangt sind, ist unbekannt.

– Ein anderer Trick, um Devisen außer Landes zu schmuggeln, war folgender: man legt sein ganzes Geld, das man ausführen will, in Flugtickets der mosambikanischen Fluggesellschaft an, verkauft sie dann im Ausland an irgendeine Fluggesellschaft und kassiert harte Währung dafür. Da die internationalen Flugtickets praktisch wie harte Währung behandelt werden, mußte die mosambikanische Luftlinie die zurückgegebenen Tickets den betreffenden Luftlinien in harter Währung vergüten. Als erste wurde die sowjetische Fluggesellschaft Aeroflot bei dieser Devisenschieberei erwischt, ihr Leiter in Maputo ausgewiesen und das Büro vorübergehend geschlossen.

Die Verstaatlichung aller Privatbanken Anfang dieses Jahres wird solche Manöver zwar nicht verhindern, aber doch erschweren.
Daß die Kolonialisten ihren Reichtum nicht so leicht verloren geben, daran erinnert uns auch die Fahrt im Landrover über eine enge Dschungelstraße nahe der tansanischen Grenze. Immer wieder muß der Jeep tiefen Löchern ausweichen, die von den Landminen der FRELIMO gerissen wurden. Wir fahren an verrosteten Wracks portugiesischer LKWs vorbei und hören uns die Erzählungen des Fahrers an, der von den bis heute noch nicht gefundenen Minen berichtet, die immer mal wieder auf dieser Straße hochgehen. Der längst beendete Krieg ist plötzlich wieder ganz nahe, und alle atmen auf, als wir wieder auf festen Asphaltboden gelangen. Für Entwicklungsländer wie Mosambik, vor allem wenn sie einen nicht-kapitalistischen Weg zu gehen entschlossen sind, ist der Krieg auch nach der Unabhängigkeit noch lange nicht vorüber. Wenn sie Glück haben, verlagert er sich „nur" auf die Ökonomie, die Politik und andere nicht-militärische Gebiete. Für Mosambik geht er auch militärisch weiter – ohne daß ein Ende in Sicht ist. Heute ist es Rhodesien, das ins Land einfällt und nicht nur die Ausbildungs- und Flüchtlingslager der Patriotischen Front angreift, sondern auch z. B. jüngst die Richtfunkantennen, die die Kommunikation zwischen Nord- und Südmosambik herstellen. Morgen ist es vielleicht Südafrika . . .
Überall im Land ruft die FRELIMO zur Wachsamkeit gegenüber den Feinden des Landes auf. Je mehr Mittel die Regierung für die Unterhaltung ihrer Armee binden muß, desto langsamer kann sie das Land entwickeln und desto schwächer – so hofft man nicht nur in Salisbury und Pretoria – wird sie. Die jüngst eingeführte zweijährige Dienstpflicht für alle Mosambikaner – Männer und Frauen – zwischen 17 und 45 (40 für Frauen) kann aber auch die äußere Bedrohung in einen Vorteil für das Land verkehren, indem sie hilft, die Streitkräfte zugleich in eine Produktionsarmee zu verwandeln und die Jugend zu bewußten Kämpfern für die Unabhängigkeit des Landes und für eine Entwicklung zu erziehen, die alle Mosambikaner von Hunger und Rückständigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung befreit. Denn eine solche Entwicklung braucht vor allem bewußte Menschen – sie kommt nicht fertig verpackt in Kisten.

Nach wie vor Abhängigkeit durch Cabora Bassa

Cabora Bassa war in der entwicklungspolitischen Diskussion am Anfang der 70er Jahre das Projekt, an dem sich die Unterschiede zwischen kapitalistischen Wirtschaftskreisen, die Politik immer schon von 'der Wirtschaft' trennen wollten, und fortschrittlichen Kräften der breiten Öffentlichkeit und der Solidaritätsbewegung am deutlichsten zeigten: einerseits die rein technokratische Betrachtungsweise, daß ein Staudamm 'neutral' ist und niemandem schadet. Auf der anderen Seite die politische Dimension eines solchen Projektes: in der Zeit der Kolonialkriege zeilte die Metropole Portugal mit dem Cabora Bassa-Projekt u.a. darauf ab, ausländische Interessen mit in die Auseinandersetzung hineinzuziehen, um den Befreiungskampf zu ersticken. Die Waffenlieferungen und die diplomatischen Rückhalte durch die Westmächte waren der Erfolg dieses Bestrebens.
Auf diese Absicht Portugals wies die Solidaritätsbewegung in der BRD schon frühzeitig hin, wie sie auch die Gefahr der langfristigen Abhängigkeit eines unabhängigen Mozambiques von einem weiterhin rassistischen Südafrika schon damals sah. Diesen Aspekt hebt der nachfolgende Artikel besonders hervor.
Gleichzeitig versucht er, den nachträglichen Rechtfertigungsversuchen von Industriekreisen entgegenzutreten, die noch heute dieses Mamutprojekt 'wertneutral' verkaufen wollen, indem sie allein auf die Leistungen im technischen Bereich abheben. Die FR schrieb am 24.1.1978 in ihrem Wirtschaftsteil: „Heute ist die deutsche und schweizerische Elektrotechnik auf dem HGÜ-Gebiet (Hochspannungsgleichstromübertragung) führend in der Welt. ... Mit der neuartigen Gleichstromtechnik beschäftigt sich eine Arbeitsgemeinschaft der Firmen AEG, BBC und Siemens seit 1963. Der entscheidende Durchbruch gelang mit dem Auftrag für die HGÜ-Stationen Cabora Bassa."
Auch die häufig von (ehemaligen und heutigen) Befürwortern des Projekts vorgebrachte Argumentation – Mozambique ist heute froh über den Damm – geht ins Leere: bisher besitzt Mozambique den Damm noch gar nicht. Dies dürfte vor 1990 auch nicht der Fall sein.

Im Vertrag von Lusaka (1975) wurde zwischen Portugal und Mozambique, das damals offiziell noch Kolonie war, die allgemeine Regelung getroffen, daß Mozambique finanzielle Verpflichtungen vom portugiesischen Staat nur übernimmt, „falls diese im effektiven Interesse von Mozambique liegen" Im Rahmen dieses Abkommens wurde die „Hydro-electric Cabora Bassa Ltd." als Betreiberin des Dammes beschlossen. Sie soll solange arbeiten, d.h. auch die Energielieferungen nach Südafrika vornehmen, bis die Schulden für den Damm getilgt sind. Weiter sieht dieses Abkommen vor, daß Mozambique an dieser Hydro-electric Ltd. eine ständig wachsende Beteiligung erhält, bis sie schließlich 100 % erreicht. Vor 1990 ist damit nicht zu rechnen. (Diario de Noticias 16.4.1975).
Zu bedenken ist auch, daß Mozambique zwar keine Deviseneinnahmen aus dem Cabora Bassa-Projekt erhält – alle Einnahmen müssen zur Schuldentilgung verwandt werden – daß aber der Staat durch den Damm Ausgaben hat. Durch Cabora Bassa entstand ein 50 km breites und 260 km langes Binnenmeer. Einige Tausend Leute wurden zwangsumgesiedelt. So muß die FRELIMO auch noch heute Gelder zur Verfügung stellen, um den Umgesiedelten neue Existenzen zu ermöglichen. Bei dieser Verpflichtung des jungen Staates half allerdings die FAO mit Geldern aus dem Welternährungsprogramm.

rb

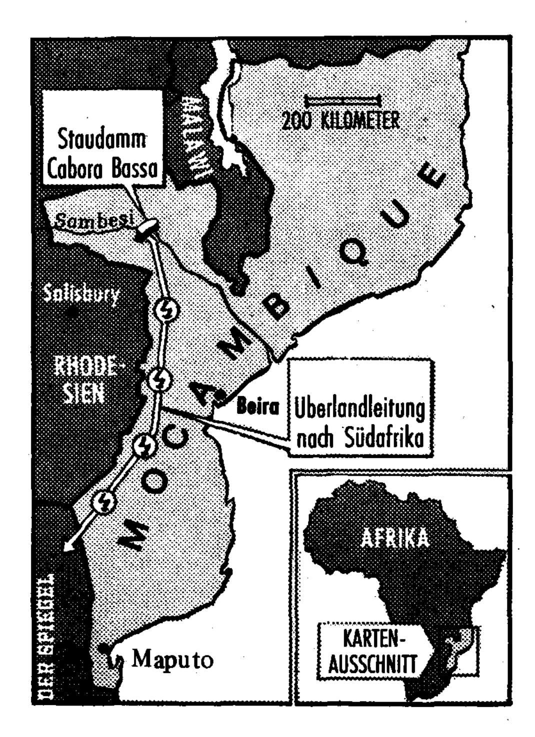
(Cabora Bassa in den „blättern des iz3w":
Nr. 21/22 zu den Cabora Bassa – Aktionen auf Hauptversammlungen der beteiligten deutschen Firmen.
Nr. 32/33 zum Urteil im Prozeß gegen Festgenommene Cabora-Bassa-Gegner bei der Siemens-Hauptversammlung.
Ausführliche Darstellung der Probleme um Cabora Bassa in: E. Ferreira: Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa).

Für die öffentliche Meinung der Bundesrepublik Deutschland ist die Sache eindeutig: das von Portugal in Mosambik mit internationaler Hilfe errichtete Stauwerk Cabora Bassa ist ein Segen für das mosambikanische Volk, ein Entwicklungsprojekt von Jahrhundertdimensionen. Kein Projekt des Imperialismus in Afrika war seinerzeit schärfer kritisiert worden als dieser Staudamm, mit dem Portugal, unterstützt von der BRD, Südafrika, Frankreich und Italien, ein Bollwerk gegen die Befreiungsbewegung errichten wollte.
Heute wird den Kritikern von einst vorgehalten, daß die FRELIMO ihren Frieden mit dem Projekt bereits zur Zeit des Befreiungskampfes gemacht hätte: sie hätte es angreifen können, dies aber wohlweislich nicht getan, weil abzusehen war, daß ihr das ganze Projekt mit der Unabhängigkeit zufallen werde. Der große alte Mann der Dekolonisationsberichterstattung, Peter Scholl-Latour, verweist ironisch darauf (Deutsche Zeitung, 22.7.77), daß heute die mosambikanische Regierung den Staudamm als Schaustück betrachte und ausländischen Besuchern voller Stolz vorführe. Die am Bau des Staudamms beteiligte deutsche Firma 'Hochtief' läßt ähnliche Argumentationen in einem Farbfilm verkünden, den sie zur Abwiegelung von kritischen Aktionärsfragen einsetzt. Auch in zahlreichen Programmen des deutschen Fernsehens wird immer wieder die gewaltige Ingenieurleistung gepriesen, die – jenseits aller einstigen politischen Kalkulationen – heute dem mosambikanischen Volk zugute komme. Technik und Geschäft – das ist die simple Botschaft heute – stehe über der Politik: wer die Pläne um Cabora Bassa einst kritisiert habe, hätte kurzsichtig kritisiert.
Demgegenüber wird die FRELIMO-Führung heute nicht müde, immer wieder zu erklären, daß das Projekt Teil eines Plans der imperialistischen Mächte zur Beherrschung des Südlichen Afrika gewesen sei und ist; Mosambik müsse heute mit dieser Hypothek, diesem 'Stachel', diesem 'weißen Elephanten' fertigwerden, eine fürwahr nicht einfache Auf-

gabe, bei der der direkte Nutzen für das mosambikanische Volk nicht vorrangig sei. Die Lage um Cabora Bassa ist in der Tat verwickelt.

1. Der Staudamm und das angeschlossene Kraftwerk samt den Leitungen nach Südafrika sind mitnichten verstaatlicht, wie mitunter behauptet wird. Das Ganze wird betrieben von der Gesellschaft 'Hidroelectrica de Cabora Bassa' (HCB), einer zu 86 % portugiesischen Gesellschaft, an der Mosambik mit 14 % Minderheiten-Anteile hält; diese Gesellschaft hat die Verbindlichkeiten des portugiesischen Staates übernommen, wird die von diesem eingegangenen Zahlungsverpflichtungen (Kredite) befriedigen und die Elektrizitätserzeugung betreiben. HCB hat gegenüber den ausländischen Firmen, die den Damm und die anderen Anlagen erstellten und ausbauen, die Rolle des Abnehmers; sie ist ebenfalls für den Verkauf der Energie verantwortlich.

2. Entgegen der ursprünglichen Planung wird erst seit März 1977 Strom an Südafrika geliefert. Für die Verzögerung waren technische Gründe verantwortlich – die Generatoren



liefen nicht störungsfrei, auch wenn die beteiligten Firmen erklärten, die zunehmende FRELIMO-Bürokratie sei Schuld (Blick durch die Wirtschaft, 19.2.1976).

3. Auch als noch kein Strom geliefert wurde, begann bereits die Rückzahlung der aufgenommenen Kredite: an die Industrial Development Corporation of South Africa wurde bereits ab Anfang 1976 ein 50-Mio-Rand-Kredit (rückzahlbar in 13 Jahren mit Zinsen zwischen 6 und 7,5 %) zurückgezahlt. Die Mittel dazu wurden der HCB dafür von der portugiesischen Regierung erstattet, die dafür von der Europäischen Gemeinschaft entsprechend unterstützt wurde. In jedem Fall war die Befürchtung der deutschen Firmen, sie könnten für ihren Lieferungsanteil nicht bezahlt werden, unbegründet: im Falle der Zahlungsunfähigkeit der HCB hätte der deutsche Steuerzahler einspringen müssen, da die Bundesregierung für den deutschen Lieferanteil gebürgt hatte.

4. Wegen gestiegener Baukosten (mindestens 38 % Steigerung gegenüber der ursprünglichen Planung) verlangte die HCB von Südafrika einen höheren Strompreis: 1969 war ein konkurrenzlos niedriger Preis von etwa einem Pfennig pro Kilowattstunde für die ersten 680 Megawatt, für weitere Lieferungen von etwa 3 Pfennigen vereinbart. Erst nach langen Verhandlungen akzeptierten die südafrikanischen Stromabnehmer einen höheren Preis: aber auch jetzt reichten die Einnahmen der HCB gerade aus, um die Zinsen für die für den Bau aufgenommenen Kredite zu zahlen und die Kredite zu tilgen; von 'Klingenden Devisen' für die Staatskasse der Volksrepublik Mosambik, wie Scholl-Latour zu berichten weiß, kann keine Rede sein. Erst in etwa 15 Jahren wird die Kreditlast abgedeckt sein.

5. Die südafrikanische Position bei den Strompreisverhandlungen war durch eine Reihe von Faktoren bestimmt: Südafrika hatte ursprünglich geplant, etwa 8 % seines Strombedarfs aus Cabora Bassa zu beziehen. Politische Rücksichten führten dazu, daß Südafrika verstärkt eigene Kraftwerke baut (z.T. wie Duvha und Matla mit hohen deutschen Lieferanteilen) und nur etwa 3 % seines Energiebedarfs aus Mosambik bezieht. Engpässe bei Lieferungen aus Cabora Bassa aber würden Südafrika trotzdem treffen, da die eigenen Autarkie-Pläne im Bereich der Energieversorgung noch nicht voll verwirklicht sind.

Wichtiger aber ist, daß Südafrika fast der einzige Abnehmer des Stroms von Cabora Bassa ist: fast 90 % des Stroms von Cabora Bassa gehen über eine Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsanlage von 1.400 km Länge direkt nach Südafrika. Lediglich eine kleine Leitung von 60 MW verbindet Cabora Bassa mit den Städten des Nordens (z.B. dem Kohleabbaugebiet Moatize) und dem Energieversorgungsnetz in der Mitte des Landes (Beira etc). Diese von westlichen Technikern als einzigartig in der Welt gefeierte Leitung aber erlaubt keine Abzweigungsmöglichkeiten: sie wurde allein für den Energie-Export nach Südafrika von deutschen Firmen (AEG, Voith) gebaut.

Zudem erzeugt Mosambik ausreichend Strom für den eigenen Bedarf auf absehbare Zeit: es mußte sogar ein Kraftwerk stillgelegt werden, das überwiegend für den Energie-Export nach Rhodesien arbeitete. Außerdem ist der Süden des Landes mit der Hauptstadt Maputo von Stromversorgung aus Südafrika abhängig, da die vorhandenen Wärmekraftwerke zu teuer produzieren. In dem Maße, in dem der Süden Mosambiks aus Südafrika beliefert wird, erhält Südafrika aus Cabora Bassa kostenlos Strom. Mit anderen Worten: die Einbindung Mosambiks in das südafrikanische Energieversorgungssystem ist noch umfangreicher als es die Existenz der Freileitung zwischen Cabora Bassa und Pretoria signalisiert.

Berücksichtigt man diese Einbindung, so sind die Pläne, die sich mit Cabora Bassa verbanden, zumindest für Südafrika aufgegangen.

6. Bis jetzt sind Alternativen zur Lieferung der erzeugten Stromkapazität an Südafrika nicht in Sicht oder nicht realistisch. Die Erhöhung des Verbrauchs in Mosambik wäre nur möglich durch Ausbau einer energieverbrauchenden Industrie. Diese Lösung erscheint jedoch nicht vorrangig realisierbar, da die Priorität der Planung Mosambiks zuerst einmal bei der Landwirtschaft liegt.

Außerdem wäre dazu nötig, die Leitungskapazitäten von Cabora-Bassa aus in die zukünftigen industriellen Gebiete drastisch zu erhöhen, wofür angesichts der Weitläufigkeit des Landes erhebliche Investitionen nötig wären. Denn ohne Investitionen in der Größenordnung von mehreren hundert Millionen Dollar läßt sich aus technischen Gründen von der Gleichstrom-Übertragungsleitung kein Strom abzweigen. Auch die Möglichkeit, durch Industrialisierung im Süden des Landes indirekt – durch mit Cabora-Bassa-Strom verrechnete Stromlieferungen aus Südafrika – wenigstens einen höheren Teil des Stroms in Mosambik selbst verbrauchen zu können, erscheint politisch inakzeptabel: dies würde die Bindung an Südafrika noch verstärken. Auch Lieferungen in Nachbarländer, z.B. Sambia, sind wegen der hohen

Investitionskosten für Leitungen in absehbarer Zeit nicht realisierbar, auch wenn sich eine engere Kooperation mit Sambia zu ergeben scheint – beide Volkswirtschaften sind besonders bei Agrarprodukten komplementär; allerdings erzeugt Sambia derzeit genügend Strom für den eigenen Bedarf. Günstig sieht die Zukunft allenfalls aus, wenn man ein unabhängiges Zimbabwe in Rechnung stellt. Aber ob die Wirtschaft eines unabhängigen Zimbabwe wesentlich mehr Energie verbrauchen wird als die derzeitige, muß man bezweifeln. Außerdem taucht auch hier das Problem hoher Investitionskosten für entsprechende Leitungen auf. Bleibt also auf absehbare Zeit Südafrika als der wesentliche Abnehmer, ganz wie es zur Zeit des portugiesischen Kolonialreiches geplant war.



Pro Sekunde 13 000 Kubikmeter Wasser: Der Cabora-Bassa-Damm.

7. Hervorgehoben wurde von Befürwortern des Damms oft die Möglichkeit, daß das gestaute Wasser zur Bewässerung größerer Flächen zu intensiverer landwirtschaftlicher Aktivität genutzt werden kann. Die Planer des 'Gabinete Plano de Zambezi', die bereits zu Zeiten der Portugiesen das Projekt planten, geben heute zu, daß sie diese Möglichkeit weit überschätzt haben; eine Reihe von Problemen, wie z.B. das Wasser auf die landwirtschaftlich überhaupt nutzbaren Flächen geleitet werden kann, sind noch nicht gelöst. Außerdem stellt sich bei hohen Investitionskosten das Problem des Marktes für entsprechend teuere landwirtschaftliche Produktion. Bis jetzt gibt es denn auch auf dem aufgestauten See erst zwei kleine Fischerei-Kooperativen mit direkten Auswirkungen auf die Ernährung der Bevölkerung.
Auch die Tatsache, daß durch den Staudamm der Zambesi schiffbar geworden ist, bedeutet für Mosambik erst einmal nur eine theoretische Möglichkeit: das durch Investitionen zu erschließende Rohstoffpotential des Nordens ist nicht unbedingt auf den Schiffweg angewiesen; außerdem fehlt es eben an Devisen für die notwendigen Investitionen – und Cabora Bassa verdient auf absehbare Zeit diese Devisen nicht.
Bliebe der Effekt der Beschäftigung: die entwickelte Technologie strahlt kaum noch Beschäftigungseffekte in der Region aus, weil die Bauarbeiten weitgehend abgeschlossen sind und die HCB das für den Betrieb benötigte hochqualifizierte Personal auf dem Weltmarkt der Ingenieure und Techniker rekrutieren muß.
Wenn die FRELIMO immer wieder erklärt, daß die übernommenen kolonialen Realitäten sich nicht von einem Tag auf den anderen verändern lassen, wie es manche Träumer der Revolution erwarten, so muß man Cabora Bassa als eines der größten Probleme ansehen. Der Staudamm ist immer noch ein imperialistischer Fremdkörper in Mosambik, ein 'weißer Elephant', dessen aktueller Nutzen für das mosambikanische Volk gering ist.

Peter Ripken

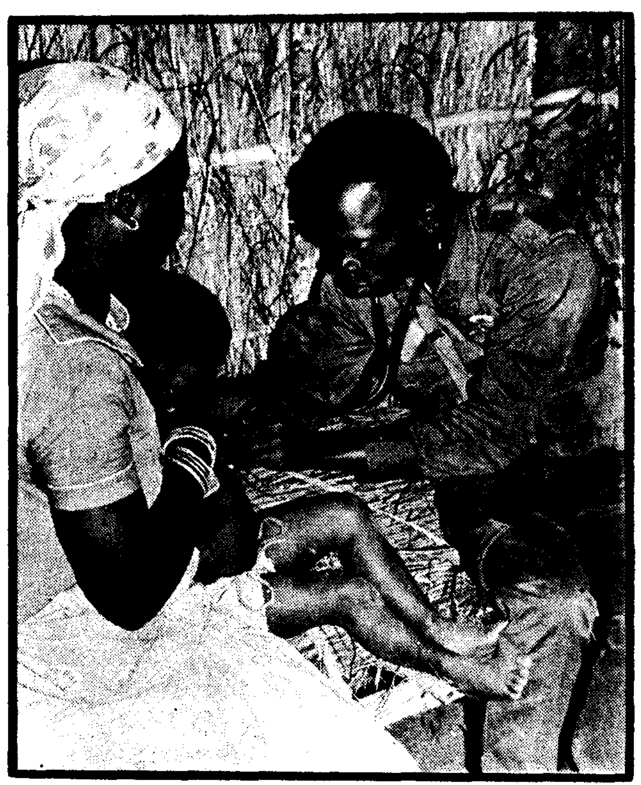
Das antikoloniale Gesundheitsprogramm der FRELIMO

Ferdinand Escher

Die Kindersterblichkeit wurde verringert und die Erkrankungsrate an Tuberkulose und Masern ist zurückgegangen. Dies sind einige Ergebnisse der bisherigen Gesundheitspolitik der FRELIMO.
Um die Erfolge und Mißerfolge der neuen Regierung beurteilen zu können, ist ein Rückblick auf die Lebensbedingungen und die medizinische Versorgung in Mosambik während der Kolonialzeit erforderlich.

Das koloniale Gesundheitssystem

Die Lebensbedingungen der mosambikanischen Bevölkerung waren zur Kolonialzeit und z.T. heute noch geprägt durch Unterernährung, schlechte hygienische Bedingungen, Unkenntnis über Ursachen und Bekämpfung von Krankheiten und das Fehlen jeglichen Systems der Absicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter (1).
Die Unterernährung war und ist heute noch ein Problem. Während der Kolonialzeit eigneten sich die Siedler und großen Handelsgesellschaften das Land an und bauten meist Produkte an, die von den Mosambikanern nicht verbraucht werden konnten, sondern für den Export bestimmt waren. Sie bemächtigten sich der menschlichen Arbeitskraft durch Zwangsarbeit und zwangen die Bauern zur Subsistenzwirtschaft. Daraus resultierte das typische Essen der Bauern: Große Mengen an Maniokmehl und für die etwas Glücklicheren Maismehl und Soße mit Resten. 1970 hatte das tägliche Essen eines Mosambikaners etwas mehr als 2000 Kalorien (2500 – 2600 sind das Minimum) und enthielt 38 Gramm Proteine (50-60 Gramm sind das Minimum für einen normalen Stoffwechsel. (2) In großen Teilen des Landes wurde gehungert in der Form, daß die Leute oft 3-4 Tage ohne Essen herumlaufen mußten.
Bedingt durch den Landraub kam es zu einer immer größeren Bevölkerungskonzentration in den Städten und zur Bildung von Slums. Die portugiesische Kolonialverwaltung kümmerte sich nicht darum, in solchen bevölkerungsdichten Zonen die hygienischen Verhältnisse durch geeignete Sanierungsmaßnahmen zu verbessern, so daß es 1975 noch zu Choleraepidemien in den Slums kam. Die gleichen schlechten hygienischen Bedingungen fand man auch in den von den Portugiesen geschaffenen „Wehrdörfern", wo die Bevölkerung zwangsweise zusammengezogen wurde, damit sie die Guerillakämpfer der FRELIMO nicht so leicht unterstützten konnte.
Das koloniale Gesndheitssystem war gegenüber diesen Lebensbedingungen von seiner ganzen Anlage her machtlos. Der portugiesische Hauptinspektor für Gesundheit charakterisierte es als „ein bürokratisches Netzwerk und ein Zusammenspiel von entgegengesetzten persönlichen Belangen, (die) zusammenarbeiten, um als einziges nicht mehr als eine Fassade zustande zu bringen." (3)
Damals bestand (wie auch heute noch) ein großer Unterschied in der medizinischen Versorgung zwischen Stadt und Land. Im letzten Jahr vor der Unabhängigkeit verschlang das zentrale Universitätskrankenhaus in Lourenço Marques (heute Maputo) 1/3 des Gesundheitsbudgets und ungefähr die Hälfte des Budgets für Medikamente. (4)
Dafür gab es auf den Pflanzungen, in den Minen, in den Fabriken und den ländlichen Ansiedlungen praktisch keine medininische Versorgung. Da man für jede Art medizinischer Leistungen Geld bezahlen mußte, hing die Qualität der Behandlung nicht zuletzt vom Geldbeutel des Einzelnen ab.



In den Krankenhäusern gab es verschiedene Kategorien oder Klassen, die mit der sozial-rassischen Struktur des Kolonialkapitalistischen Staates korrespondierten. Präventivmedizinische Maßnahmen beschränkten sich fast ausschließlich auf die städtischen Gebiete, wo sie dem Ziel dienten, um die Städte herum einen 'Schutzwall' gegen die Krankheiten zu errichten, die aus dem Hinterland kommen konnten. (5) Bis zur Unabhängigkeit gab es keine Massenimpfaktionen, die die gesamte Bevölkerung erreichten, sondern nur sporadisch und örtlich begrenzte Versuche.
Völlig anders aufgebaut war dagegen

Das Gesundheitssystem in den von der FRELIMO befreiten Gebieten

Mit Ausnahme des bewaffneten Kampfes am 25.9.64 bildete die FRELIMO auch Sanitäter und 'Agenten der Medizin'aus, die von einem Arzt und einigen Pflegern unterstützt wurden.
Die Anforderungen an das medizinische Versorgungssystem der FRELIMO wuchsen bald dadurch, daß der Guerillakrieg sich weiter ausdehnte, die Kolonialverwaltung in einigen Gebieten in sich zusammenfiel und die 'Befreiten Gebiete' (zonas libertadas) entstanden. Nun mußte die FRELIMO auch die medizinische Versorgung dieser Bevölkerung sicherstellen. Da größter Mangel an Material und Personal bestand, errichtete man ein hierarchisch

aufgebautes Netz von medizinischen Einrichtungen, wobei die Patienten von der kleinstmöglichen Einheit versorgt werden sollten.
Der Patient suchte zuerst den nächsten Gesundheitsposten auf und wurde nur dann zu einer besser ausgestatteten Sanitätseinheit oder zum Zentralkrankenhaus der FRELIMO nach Mitwara (Tanzania) gebracht, wenn die diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten der jeweiligen Einheit nicht mehr ausreichten.
Bei allen medizinischen Einrichtungen herrschte das Prinzip der Selbstversorgung. So wurden die Krankenhäuser und auch die Schulen von der Bevölkerung mit den zur Verfügung stehenden Materialien selbst errichtet. Nahrungsmittel wurden von den Kranken und dem medizinischen Personal auf einer kleinen „machamba" des Krankenhauses angebaut. Die „Machamba" hatte auch erzieherische Funktionen. Auf ihr sollte der Bevölkerung gezeigt werden, wie man wichtige, bisher unbekannte, Nahrungsmittel anbaut, Kleintierhaltung betreibt und darüber hinaus eine richtige Ernährung mit ausreichendem Eiweiß und Vitaminen zusammenstellt.
Nebenbei hatte die Arbeit auf den Feldern für die Kranken auch eine psychologische Wirkung. Vor allem die Kriegsversehrten fühlten sich nicht mehr als nutzlose Parasiten, sondern als wertvolle Mitglieder der Gesellschaft.
Mit der Vergrößerung der befreiten Gebiete machte sich der Mangel an medinischen Fachkräften drastisch bemerkbar. Da außerdem ein großer Materialmangel herrschte und unter diesen Bedingungen eine gute kurative Medizin nicht durchzuführen war, wurde das Schwergewicht in der Gesundheitspolitik auf die Präventivmedizin gelegt. Diese versucht im Gegensatz zur kurativen Medizin schon die Ursachen und die Entstehung von Krankheiten zu bekämpfen. So gelang es der FRELIMO in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, in den Befreiten Gebieten mehr für die medizinische Versorgung zu tun, als das koloniale System mit seinen Dutzenden, ja Hunderten von Ärzten.
Mit der Einsetzung einer Übergangsregierung im Juni 1974 prallten auch auf dem Gesundheitssektor zwei verschiedene politische Konzepte aufeinander. Die Erfahrung einer Volksmedizin, geboren in den Befreiten Gebieten unter ärmlichen Bedingungen mit einem Mangel an Fachkräften und Personal, schien durch den Glanz der technischen Mittel und den hohen Ausbildungsstand der in- und ausländischen Experten — alles treue Diener der Kolonialmacht Portugal — in den Schatten gestellt zu werden.
Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, mußte eine Auseinandersetzung mit der kolonialen Mentalität stattfinden.

Das Gesundheitssystem in Mosambik nach der Unabhängigkeit

Zuerst war es notwendig, mit der Aufteilung in erste und zweite Klasse die rassische und sozial-ökonomische Diskriminierung in den einzelnen Bereichen des Gesundheitswesens zu beseitigen. Als zweiter Schritt wurde am 24.7.75 das Gesundheitssystem nationalisiert und jegliche Form medizinischer Arbeit auf privatwirtschaftlicher Ebene verboten.
Gleichzeitig wurde es notwendig, die Mentalität der Angestellten im Gesundheitssektor zu verändern, damit sie dem Volke zu dienen begannen und es nicht finanziell ausbeuteten.
Aufgrund dieser Maßnahmen, vor allem wegen der Verstaatlichung des Gesundheitswesens, verließen viele weiße Ärzte und ein Großteil des qualifizierten Pflegepersonals das Land. Gab es ein Jahr vor der Unabhängigkeit noch 550 praktizierende Ärzte in Mosambik, waren es nach der Unabhängigkeit nur noch 85. (6). Auch von diesen verließen viele in der folgenden Zeit noch das Land. 1977 arbeiteten in Mosambik wieder 64 einheimische und 255 ausländische Ärzte. (7)

Das Gesundheitsprogramm der FRELIMO

basiert im wesentlichen auf den Erfahrungen aus den Befreiten Gebieten. Das System der kurativen Medizin, das noch den görßten Teil an Personal und Material in Anspruch nimmt, soll aufgegeben werden zugunsten eines medizinischen Versorgungssystems, in der kurative und präventive Behandlungsmethoden einander ergänzen. Letztere jedoch den Vorrang haben sollen.
Da wenig Geld vorhanden ist und die präventive Medizin oft mehr an Geld und Personal benötigt, als Mosambik zur Zeit bezahlen könnte, werden mit Ausnahme der Impfkampagnen fast nur Aktionen durchgeführt, die kein Geld kosten und von den Massen allein bewerkstelligt werden können. Dies ist bei Programmen zum Bau von Latrinen, zur Beseitigung von Abfall etc. der Fall. Die Beteiligung der Bevölkerung ist ein Hauptgedanke des neuen Gesundheitskonzeptes. Die Bevölkerung soll mobilisiert werden, um ihre gesundheitlichen Probleme selbst zu lösen. Die Bildung von Gemeinschaftsdörfern und die Organisierung der Stadtviertel mit Hilfe der Dynamisierungsgruppen kommt der notwendigen Mobilisierung entgegen.
Ein zweiter Hauptfaktor im neuen Gesundheitssystem Mosambiks sind die sogenannten 'Agentes polivalentes elementares' (Dorfsanitäter). Sie bilden die Basis eines gestuften, auf die verschiedenen medizinischen Einrichtungen (Sanitätsposten, Gesundheitszentrum, Krankenhaus) abgestimmten Personalprogramms. Von der Basis bis zur Spitze wurden in den verschiedenen medizinischen Einrichtungen demokratische Gremien eingeführt. An einigen von diesen sind die Patienten selbst beteiligt, wodurch der Einfluß der Bevölkerung auf die Krankenhäuser gestärkt werden soll.
Die Teilnahme der Partei, vieler Verwaltungsstellen sowie der großen Massenorganisationen an den Problemen im Gesundheitswesen sind wichtige Bestandteile der Gesundheitspolitik der FRELIMO.

Die Sozialisierung des Gesundheitswesens

Damit die medizinischen Leistungen auch für alle Bevölkerungsteile zugänglich und finanziell erschwinglich werden, wurde im November 1977 das Gesetz zur Sozialisierung der Medizin erlassen. Die wichtigsten Punkte dieses Gesetzes sind:

- alle medizinischen Leistungen mit prophylaktischem Charakter sind gratis;
- jeder Bürger hat während eines Krankenhausaufenthaltes das Recht auf kostenlose medizinisch-medikamentöse Hilfe;
- bei ambulanter Behandlung und während eines Krankenhausaufenthaltes sind alle ergänzenden diagnostischen Untersuchungen wie Röntgen, Analysen und EKG kostenlos;
- alle ambulanten Konsultationen kosten 7,50 Escudos (50 Pfg.);
- für ärmere Ortschaften kann der Preis noch vermindert oder in Naturalien gezahlt werden;
- in einer Notsituation darf niemandem aus Geldmangel eine medizinische Leistung verweigert werden;
- alle Kranken müssen, mit Ausnahme von Notfällen, obligatorisch zuerst den Gesundheitsposten des Wohnortes oder der Arbeitsstelle aufsuchen;
- falls dort eine Diagnose oder Behandlung nicht möglich ist, wird der Kranke an die nächsthöhere Einheit

des Gesundheitswesens überwiesen;

- bei ambulanter Behandlung sind die Basismedikamente kostenlos;
- alle anderen Medikamente wie auch Prothesen werden zu festgelegten Preisen verkauft.

Es ist klar, daß die Sozialisierung der Medizin nicht durch ein Gesetz zur Realität wird, sondern nur ein Prozeß sein kann, in dessen Verlauf noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind. So besteht z.B. immer noch ein großer Unterschied in der medizinischen Versorgung zwischen Stadt und Land.

Der Gesundheitsminister gab im Februar 1977 an, daß nur ungefähr 30 % der Bevölkerung wirklichen Zugang zu umfassender medizinischer Betreuung haben. Da letztere nach Aussagen des Ministers noch meist kurativen Charakter habe, wurde von der Regierung beschlossen, den präventivmedizinischen Maßnahmen weiterhin Vorrang zu geben, damit bis zum Jahre 1980 mindestens 95 % der Bevölkerung einige grundlegende medizinische Leistungen zur Verfügung stehen. (7)

Struktureller Aufbau des Gesundheitswesens

Das während der Kolonialzeit bestehende Durch- und Nebeneinander von staatlichen, kirchlichen und privaten medizinischen Einrichtungen wurde aufgehoben und alle bestehenden Einrichtungen in das hierarchisch gegliederte staatliche Geundheitswesen integriert.

Die kleinste Einheit bildet der Gesundheitsposten, der am Arbeitsplatz oder am Wohnort als erste Anlaufstelle dient. Dann kommen die Entbindungs- und Kinderstationen, die gerade auf dem Lande große Bedeutung haben und den Müttern eine Geburt unter hygienischen Bedingungen bieten sollen. Diese Einrichtungen werden immer stärker in Anspruch genommen, wodurch zum Teil die hohe Säuglingssterblichkeit von 60 – 70 % gesenkt werden konnte. (8)

Die wichtigste medizinische Einheit ist das Gesundheitszentrum. Dies verfügt über ungefähr 20 Betten und soll, falls möglich, mit ausgebildeten Krankenschwestern und Pflegern besetzt werden. Die Zentren sind bestimmten Wohngebieten oder Arbeitsstätten zugeordnet und sollen vor allem der Entlastung der Krankenhäuser dienen. Leider ist dies aus mangelnder Disziplin der Patienten noch nicht immer der Fall. Denn diese sollten zuerst ihren Gesundheitsposten aufsuchen und dann, falls notwendig, zu einem Krankenhaus überwiesen werden. In diesen Gesundheitszentren sollen täglich Sprechstunden für Allgemeinmedizin und besondere Stunden für Kinderheilkunde, Gynäkologie und andere Behandlungen abgehalten werden. Der Nachmittag soll für präventivmedizinische Maßnahmen reserviert werden.

Als nächsthöhere Einheit kommen nach den Gesundheitszentren die Distriktkrankenhäuser, die über ungefähr 100 Betten verfügen, momentan noch meist mit Pflegern und 'Technikern der Medizin' (Barfußärzten) und sonst mit Ärzten besetzt sind. Die meisten Distriktkrankenhäuser verfügen auch über Röntgengeräte und Labor.

Auf Provinzebene gibt es ein zentrales Krankenhaus, welches über 150 - 200 Betten und mehrere Ärzte verfügt. In Krankenhäusern, in denen Ärzte beschäftigt sind, wird meist eine Arbeitsteilung zwischen dem medizinischen Personal vorgenommen. Am Vormittag findet die 'Triage' statt, d.h., daß alle Kranken zuerst von einem Pfleger oder einem 'Techniker der Medizin' untersucht und behandelt werden. Patienten, bei denen Schwierigkeiten bestehen, werden dann am Nachmittag zur Sprechstunde des Arztes geschickt. So haben die Ärzte mehr Zeit für andere Aufgaben, z.B. für die wöchentlichen Visiten von Gesundheitsposten in der Peripherie.



Als nationales Zentralkrankenhaus dient das Hospital Central in der Hauptstadt Maputo, welches im Oktober 1974 aus der Zusammenlegung der Universitätsklinik und des Hospitals Miguel Bombardo entstand. Es verfügt über tausend Betten und wird täglich von mehreren tausend Patienten aufgesucht, weshalb es scherzweise auch der größte Gesundheitsposten des Landes genannt wird. Außerdem dient es als Ausbildungsstätte für Krankenpflegepersonal und Medizinstudenten.

Um die Lücken im medizinischen Versorgungssystem zu schließen, gibt es mobile Brigaden, die im Rahmen der Präventivmedizin in jeder Provinz eingesetzt werden.

Personalstruktur des Gesundheitswesens

In den vier Sädten Maputo, Beira, Quelimane und Nampula gibt es je eine Ausbildungsstätte, die medizinisches Personal auch für soziale Aufgaben ausbildet. Durch Weiterbildungsmöglichkeiten wird dem Einzelnen die Möglichkeit gegeben, sich z.B. von einem Gesundheitsagenten zum 'Techniker' der Medizin und bis zum Arzt weiterzubilden.

Die Basis der Personalpyramide stellen die 'Agenten polivalentes Elementares' (APE's) = Dorfsanitäter dar. Sie sollen eine mindestens vierjährige Schulbildung haben und werden von den Mitgliedern des Dorfes oder des Produktionszentrums, in dem sie arbeiten, ausgewählt. Diese von der Bevölkerung ausgewählten Kandidaten werden dann sechs Monate lang in ländlichen Zentren möglichst praxisnah ausgebildet.

Dann kehren sie an ihren alten Arbeitsplatz zurück und sind dort weiterhin als Bauer oder Arbeitertätig.

Nur für einen bestimmten Zeitraum am Tag arbeiten sie auf medizinischem Gebiet. Hier sollen sie besonders präventivmedizinisch tätig sein, indem sie ihren Kollegen und Dorf-

bewohnern z.B. Zweck und Konstruktion von Latrinen, Gewinnung und Behandlung von Trinkwasser und Malariavorbeugung erklären und der Bevölkerung bei der Durchführung helfen. Nebenbei sind sie als einfache Sanitäter für Erste Hilfe und die Behandlung einfacher Krankheiten zuständig. Ende dieses Jahres werden ungefähr 400 solcher APE's ausgebildet sein. Ihre Vorgesetzten, die 'Agentes sanitarios' sollen im Rahmen der Präventivmedizin die Arbeit der APE's überwachen und größere Aktionen koordinieren.
Um den großen Mangel an Ärzten zu überbrücken ist es für Krankenschwestern und Pfleger mit dreijähriger Ausbildung möglich, sich zu 'Technikern der Medizin' ausbilden zu lassen. Die Kandidaten müssen mindestens eine zweijährige Berufspraxis haben und werden dann 3 Jahre lang in den medizinischen Ausbildungsstätten geschult. Dort haben sie neben theoretischem Unterricht viel praktische Arbeit mit Patienten. So sollen die 'Techniker der Medizin' in die Lage versetzt werden, die häufigsten Krankheiten zu diagnostizieren und die richtige Therapie einzuleiten. Neben kurativen Aufgaben müssen sie auch präventivmedizinische Aufgaben übernehmen.
Die Ausbildung der Medizinstudenten erfolgt im Hospital Central in Maputo. Studierten dort im April 1975 noch 414 Mediziner, so waren es 1977 nur noch 179. Nach offiziellen Angaben soll die Zahl der Medizinstudenten von Jahr zu Jahr jetzt angehoben werden. Nach der Unabhängigkeit wurde ein neuer Studienplan erstellt, der die Medizinstudenten mehr auf ihre spätere Tätigkeit auf dem Lande vorbereiten soll. Während der Ausbildung gibt es zwei Abschnitte (3 + 6 Monate), in denen der gesamte Unterricht auf dem Lande abgehalten werden soll. In welchem Ausmaß dies auch verwirklicht ist, war nicht in Erfahrung zu bringen.
Außer diesen beiden Praktika, die den Studenten und Professoren die Probleme der Landbevölkerung (80 - 90 % der Gesamtbevölkerung) näher bringen sollen, gibt es in jedem Jahr noch die 'Aktivitäten des Juli'. Im Juli gehen Studenten, Professoren und Universitätsangestellte aufs Land, um dort praktische Hilfe zu leisten. Im Jahr 1977 lag der Schwerpunkt des Programms der Hilfe beim Wiederaufbau des durch Sturmfluten verwüsteten Limpopotals.
Gemäß den Vorstellungen der Regierung sollen die Ärzte nicht wie früher kleine selbständige Untenehmer oder allmächtige Stationsoberhäupter in den Krankenhäusern sein, sondern fähig, die administrativen, technischen und erzieherischen Angelegenheiten, mit denen sie betraut sind, korrekt und als Mitglied eines Teams zu erledigen. Um dies zu gewährleisten und um alte kolonial-kapitalistische Strukturen im Krankenhaus zu zerstören, wurden neue Gremien eingeführt:

Demokratische Gremien im Krankenhaus

Hier gibt es auf der einen Seite die Dynamisierungsgruppe des Krankenhauses, die als Vorläufer einer Parteizelle der FRELIMO fungiert. Als Aufgabe hat sie neben allgemeiner politischer Aufklärung die Alphabetisierung der Beschäftigten. Außerdem kümmert sie sich um die sozialen Belange der Beschäftigten und gibt die Wandzeitung des Krankenhauses heraus.
Auf der anderen Seite gibt es einen Produktionsrat, der sich je nach Abteilung Stationsrat, Apothekenrat etc. nennt. Die Arbeitsweise eines solchen Stationsrates konnte der Autor während eines Praktikums in einem mosambikanischen Provinzkrankenhaus miterleben. Einmal in der Woche trafen sich dort alle Beschäftigten der Station und berieten die alltäglichen Probleme der Station und eventuelle Lösungsmöglichkeiten. Die einzelnen Verantwortungsbereiche waren auf verschiedene Personen verteilt. Einer war für Sauberkeit auf der Station verantwortlich, ein Anderer für Materialbeschaffung und ein Dritter für organisatorische Fragen etc. Auf diese Weise sollten die Beschäftigten lernen, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen und nicht nur auf den Chef und sonstige Vorgesetzte zu vertrauen. Natürlich gab es dabei auch Rückschläge. Das Hauptproblem war die mangelnde Kontinuität der in Angriff genommenen Änderungen.
Die Patienten werden im Krankenhaus nicht nur angehalten, sich soweit wie möglich an der Stationsarbeit zu beteiligen, sondern haben auch Gelegenheit, harte Kritik zu üben. Dies geschieht auf den alle vierzehn Tage stattfindenden Versammlungen des Personals mit den Patienten. Hier können diese sich voll aussprechen, Lob und Kritik anbringen und gemeinsam mit dem Personal über die Lösung der anstehenden Probleme beraten.
Aber auch außerhalb des Krankenhauses soll eine engere Verbundenheit zwischen Bevölkerung und Gesundheitswesen hergestellt werden. Für jedes Stadtviertel wird eine Brigade des medizinischen Personals gebildet, die am Wochenende an gesundeitspolitischen Aktionen wie der Kampagne für den Latrinenbau etc. teilnimmt.

Präventivmedizinische Maßnahmen

Die verschiedenen Bereiche präventivmedizinischer Arbeit wie sie schon zur Zeit der Kolonialherrschaft in den Befreiten Gebieten begonnen wurde, sollen im folgenden kurz geschildert werden.

a) Sanierung der Umwelt

Umweltsanierung behandelt Probleme, die mit dem Wasser, dem Müll, dem Latrinenbau, der Unterbringung von Haustieren sowie der Sauberkeit auf den Straßen und in den Ansiedlungen zu tun haben. Ihr Ziel ist die Entwicklung ganz neuer Verhaltensweisen in der Bevölkerung, von denen einige den alten Sitten und Gebräuchen geradezu entgegengesetzt sind, so daß ihre Änderung sehr schwierig ist und lange Zeit beansprucht. Bis jetzt sind zwei Kampagnen zum Latrinenbau und eine zur sachgemäßen Tierhaltung durchgeführt worden. Natürlich verliefen die Aktionen nicht ohne Probleme. So benutzten einige Leute die frisch gebaute Latrine als Keller für ihr Getreide oder verzichteten aus religiösen Gründen auf ihre Inanspruchnahme. Diese Beispiele zeigen, daß noch sehr viel Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit geleistet werden muß, damit sich das Volk von kolonialen und traditionalen Zwängen befreien kann.

b) Impfungen und Malariaprophylaxe

Auf diesem Gebiet wurde schon viel erreicht. In der ersten nationalen Impfkampagne, begonnen 1976 und jetzt kurz vor ihrem Ende, wurde die gesamte Bevölkerung gegen Pocken und bestimmte Bevölkerungsteile gegen für sie besonders gefährliche Krankheiten geimpft. Alle Kinder unter 15 Jahren wurden gegen Tuberkulose und alle Kinder zwischen 6 - 36 Monaten gegen Masern geimpft. Dadurch gelang es, die früher wegen Unterernährung oft tödlich verlaufenden Masern fast ganz auszurotten. Durch die große Mobilisierungsarbeit, die zur aktiven Beteiligung an den Impfaktionen führte, gelang es, die vorausberechneten Termine bei weitem zu unterschreiten. Obwohl sich herausstellte, daß die mosambikanische Bevölkerung größer war als die Statistiken auswiesen, trotz Regenzeit und den Überfällen des benachbarten Smith-Regimes, wurden 95 % der Bevölkerung geimpft. Daß dies keine erfundenen Daten sind, bestätigte der Direktor der Weltgesundheitsorganisation (WHO) während eines Besuchs in Mosambik. Er betonte, daß bisher



ZWEIMAL *im Jahr gibt es einen Nationaltag für den Latrinenbau: In Moçambique bemüht man sich um größere Hygiene.*

in keinem anderen Land in so kurzer Zeit ähnliche Ergebnisse erzielt worden seien. (9)
Aufbauend auf den Erfolgen der ersten Impfkampagne wurde im Februar 1978 eine Erweiterung des Impfprogramms vorgenommen. Es umfaßt jetzt Impfungen gegen Tuberkulose, Masern, Keuchhusten, Tetanus, Diphterie und Poliomyelitis (Kinderlähmung).
Bei der Malariavorbeugung kann man solche Erfolge leider nicht aufweisen. Da bis jetzt ein Impfstoff noch nicht voll entwickelt und die Vernichtung der Mücken und Larven schwierig und teuer ist, wird die Vorbeugung fast nur medikamentös betrieben. Da die Medikamente aber auch unangenehme Nebenwirkungen haben können, werden die Tabletten ungern und unregelmäßig eingenommen, wodurch die Schutzwirkung sehr gering wird. Aus diesem Grund wurde vom Gesundheitsministerium beschlossen, die Malariavorbeugung mit Chloroquintabletten nur noch in Gebieten und bei Personengruppen zu betreiben, in denen die Durchführung sichergestellt ist und kontrolliert werden kann. Mit besserer Aufklärung unter der Bevölkerung über Ursachen und Schutz gegen Malaria wird sich dieser Personenkreis hoffentlich noch vergrößern.

c) Gesundheitsaufklärung

Nicht nur bei der Malariavorbeugung macht sich die Notwendigkeit von Gesundheitsaufklärung bemerkbar. Um eine Verbesserung der Lebensbedingungen und den Abbau von gesundheitsschädlichen Tabus zu erreichen, bedarf es großer Anstrengungen. Gerade auf dem Gebiet der Ernährung verhindern oft Tabus, daß wertvolle Nahrungsmittel denen in der Familie zukommen, die sie am nötigsten haben. So gibt es in einigen Stämmen den Aberglauben, daß Kinder ohne Köpfe geboren werden, wenn die Frau in der Schwangerschaft Eier ißt.
Die Gesundheitsaufklärung soll in allen zur Verfügung stehenden Medien, Massenorganisationen und Institutionen betrieben werden. Als Leitfaden dient dabei ein Buch, in dem in leicht verständlicher Form die wichtigsten Themen behandelt werden.

d) Schulmedizin

Unter Schulmedizin wird in Mosambik nicht nur die regelmäßige Untersuchung der Schüler durch den Arzt verstanden – was leider erst spärlich durchgeführt werden kann –, sondern auch die aktive Teilnahme der Schüler an der Gesundheitserziehung, den Aktionen zur Umweltsanierung und anderen Aktivitäten im Rahmen der Präventivmedizin.

e) Mutter-Kind-Schutz und Familienplanung

Da Kinder unter 5 Jahren und Frauen im gebährfähigen Alter 40 – 45 % der Gesamtbevölkerung und 80 % der Personen ausmachen, die die medzinische Primärversorgung in Anspruch nehmen, ist dieser Bereich der Präventivmedizin sehr wichtig. Die Tatsache, daß die Kindersterblichkeit allgemein 150 bis 180 pro 1000 Kinder und bei den Kindern unter 5 Jahren sogar 250 – 330/1000 betrug, kann die Dringlichkeit der Maßnahmen auf diesem Gebiet nur noch unterstreichen. Als kausale Faktoren für diese hohe Kindersterblichkeit muß man die mangelhafte und zum Teil falsche Ernährungsweise, die Infektionskrankheiten, mangelnde Hygiene und die häufigen und dichtaufeinanderfolgenden Schwangerschaften der Frauen ansehen.
Diese einzelnen Faktoren sollen durch allgemein gesellschaftliche Veränderungen (Gemeinschaftsdörfer, Schulbildung), Aktionen im Rahmen der Präventivmedizin (Latrinenbau, Impfungen), durch Gesundheitsaufklärung und nicht zuletzt durch eine bessere medizinische Versorgung der Schwangeren und Kinder bekämpft werden.

Bei Überlandfahrten der Ärzte werden zum Teil Hebammen zu den einzelnen Gesundheitsposten mitgenommen, die dort die Schwangerenbetreuung übernehmen. Ansonsten existieren jetzt schon gerade auf dem Land viele kleine Wöchnerinnenstationen, in denen die Schwangeren unter fachlicher Aufsicht und unter hygienischen Bedingungen ihre Kinder gebären können. Bei den sonst wünschenswerten Hausgeburten sterben nämlich eine große Anzahl der Neugeborenen und der Mütter an Tetanus (Wundstarrkrampf).
Allgemein kann man sagen, daß bis jetzt durch die verschiedenen Maßnahmen eine bemerkbare Verminderung der Kindersterblichkeit erzielt worden ist. (8)
Familienplanung bedeutet in Mosambik nicht Geburtenkontrolle, da sich das Problem der Überbevölkerung nicht stellt. Da aber viele Frauen unliebsamen Nachwuchs bei Kurpfuschern abtreiben lassen und der Gesundheitszustand der Frau unter den häufigen und dicht aufeinanderfolgenden Schwangerschaften leidet, ist Familienplanung notwendig geworden. Sie wird in dem Sinne betrieben, daß durch Aufklärung und Verschreibung von empfängnisverhütenden Mitteln Frauen möglichst im Alter zwischen 20 und 30 Jahren ihre Kinder bekommen können. Dabei soll aber, um die Gesundheit der Mütter nicht zu stark zu strapazieren, zwischen den Geburten der Kinder mindestens eine einjährige Pause möglich sein. Aufgrund der finanziellen Engpässe und der Neuheit des Programms wird es wohl noch einige Jahre dauern, bis wirklich die Mehrheit der Familien auch Familienplanung betreiben können.
Über Abtreibung wird allgemein wenig geredet. Dies hat seine Wurzeln sicher noch in der katholischen Kolonialzeit. Offiziell wird sie nicht gern gesehen, aber in den Krankenhäusern praktiziert. Man hofft, sie durch die oben beschriebene Familienplanung überflüssig zu machen.

f) Ernährung

Während der letzten Jahre wurde mit mehr oder weniger Erfolg versucht, die Ernährungserziehung zu einer Routineaufgabe der medizinischen Einrichtungen zu machen. Einige kleine Krankenhäuser haben einen eigenen Garten zur Selbstversorgung und zu Lehrzwecken, wohingegen bei anderen nicht einmal Aufklärungsunterricht abgehalten wird. Einige Aktionen der Ernährungserziehung wurden zusammen mit der Organisation Mosambikanischer Frauen (OMM) unternommen. Große Aufmerksamkeit wurde auch hier wieder den Gemeinschaftsdörfern geschenkt. Während eines Besuchs in einem Gemeinschaftsdorf konnte der Autor beobachten, wie den Dorfbewohnern die Zubereitung einer nahrhaften Gemüsesuppe mit einem dicken Suppenhuhn als Fleischeinlage gezeigt wurde. So soll den Leuten z.B. klargemacht werden, wie man unter den lokalen Bedingungen eine vielseitige und gute Nahrung zusammenstellt.

g) Sanitäre Inspektion

Sanitäre Inspektionen sollen in allen Betrieben stattfinden, die mit der Herstellung, dem Transport und Verkauf von Lebensmitteln zu tun haben. Über unhygienische Zustände wird dann in der Lokalpresse ausführlich berichtet, wodurch die Besitzer und Angestellten des Betriebes sicher zu mehr Sauberkeit angespornt werden. Darüber hinaus werden aber auch Geldstrafen und Geschäftsschließungen verhängt.

Haltung zur Traditionellen Medizin

Innerhalb der traditionellen Medizin gibt es zwei Arten von Medizinmännern. Während die 'feticheiros' mehr mit Geisterbeschwörung arbeiten und ihre Tätigkeit auf den Aberglauben der Bevölkerung stützen, verwenden die 'curandeiros' Naturheilmittel zur Behandlung ihrer Patienten.
Aus diesem Grund werden die 'feticheiros' auch durch die Regierung bekämpft, während man versucht, mit den 'curandeiros' Kontakt aufzunehmen und von ihnen zu lernen. Dies ist zwar nicht immer so einfach, wird aber schon an vielen Orten praktiziert. Im letzten Jahr schickte die mosambikanische Regierung sogar einen Vertreter zum internationalen Kongreß für traditionelle Medizin, um über die mosambikanischen Erfahrungen zu berichten.

Rehabilitation der körperlich und geistig Behinderten

„Für die Revolution gibt es keine Arbeitslosen, unnütze Leute, Invaliden oder Talente, die nicht gebraucht würden", sagt Samora Machel.
Nach diesem Leitsatz wird auch gehandelt. Im Lande existieren momentan in einigen Provinzen Heime für körperlich und geistig Behinderte. Diese Heime befinden sich aber in einem schlechten hygienischen Zustand und es fehlt an qualifiziertem Personal. Daher soll in Zukunft zum einen mehr Mobilisierungsarbeit unter der Bevölkerung geleistet werden; und zum anderen sollen auf Provinzebene Zentren errichtet werden, in denen die Behinderten eine sinnvolle Arbeit verrichten können und auf ihre soziale Rehabilitation vorbereitet werden.
Befindet sich dies auch erst noch im Planungsstadium – wie viele Punkte des Gesundheitsprogramms – und wird es wohl erst in den nächsten 5 – 10 Jahren voll verwirklicht sein, so darf man nicht vergessen, daß sich für die breite Bevölkerung seit der Unabhängigkeit viel verändert hat. Abgesehen davon, daß die schwarzen Mosambikaner jetzt wie Menschen behandelt werden und gleiche Rechte wie ihre weißen Mitbürger haben, ist es vielen durch die Sozialisierung des Gesundheitswesens erst möglich geworden, medizinische Einrichtungen gemäß ihren Bedürfnissen in Anspruch zu nehmen. Davon konnte sich der Autor bei seinem Arbeitsaufenthalt überzeugen. Zugleich gibt es aber innerhalb des medizinischen Personals noch genug Personen, die eine koloniale Mentalität besitzen, was sich z.B. in Disziplinlosigkeit äußert, worunter dann die Patienten zu leiden haben. Bei einigen Ärzten und Verantwortlichen im Gesundheitsministerium äußert sich dies dadurch, daß sie von der westlichen kurativen Medizin noch ganz eingenommen sind und mehr mit einer teuren Herzlungenmaschine liebäugeln, die zwar repräsentativ ist aber nur wenigen Leuten helfen kann, als mit einfachen Präventivmaßnahmen, deren Erfolg erst in einigen Jahren sichtbar wird. Die Zukunft wird zeigen, welcher Weg hier endgültig eingeschlagen wird. Das mosambikanische Volk kann stolz auf das bisher Erreichte sein, wird aber sicherlich noch viele Schwierigkeiten zu überwinden haben.

Quellen:

1. Mocambique – Ontem e Hoje, Missiecentrum Paters der HH. Harten te Breda – Holland, Roosendaal, 1976
2. BOLETIM A saude en Mocambique, Nr. 15, 25.8.77, Maputo
3. Mozambique – van kolonie tot onafhankelijkheid, Karel Roskam, Sietse Bosgra et. al., Bussum, 1974
4. Health and national Liberation in the Peopleos Republic of Mozambique, M. Segall, Int. J. Health Serv. 7: 1977
5. noticias, 5.8.1977, S. 2, Maputo
6. People's Power in Mozambique & Guinea Bissau, Nr. 2 Mai/Juni 1976, London
7. BOLETIM A saude en Mocambique, Nr. 14, 25.7.1977, Maputo
8. TEMPO, Nr. 416, 24.9.1978, Maputo
9. TEMPO, Nr. 381, Maputo

Für Leute, die mehr über das Gesundheitswesen in Mosambik erfahren wollen, steht ein vom gleichen Autor herausgegebenes Heft mit dem Titel „Das Gesundheitswesen in Mosambik" zur Verfügung. Bestellung über 'informationsstelle südliches Afrika', Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1.

Demokratie im Gesundheitswesen Mosambiks

Demokratie ist eine Angelegenheit für die große Politik. Aber da, wo es auf Sachverstand ankommt, können nur weltferne Phantasten von Demokratie träumen. In einer Fabrik, wo es um komplizierte Planungs- und Produktionszusammenhänge geht, kann es selbstverständlich keine Demokratie geben. Und im Gesundheitswesen erst recht nicht. Schließlich kann man nicht die Kranken darüber abstimmen lassen, welche Art von Behandlung sie haben wollen. Außerdem hat ja der Arzt die Verantwortung.
Die Forderung nach Demokratisierung des Gesundheitswesens begegnet bei uns häufig solchen „Argumenten". In Mosambik ist das genau umgekehrt. Wer dort behaupten würde, daß ein demokratisches Gesundheitswesen nicht möglich ist, würde auf großes Unverständnis stoßen. Allerdings drückt sich Demokratie in Mosambik nicht dadurch aus, daß man alle paar Jahre einmal eine geheime Abstimmung durchführt.

Die Strukturen
Die erste Erfahrung bei der Arbeit in einem mosambikanischen Krankenhaus war für mich der „Respekt vor der Struktur". Es gibt im Krankenhaus wie auch in allen anderen Bereichen des Gesundheitswesens eine genau gegliederte und streng einzuhaltende Struktur. Da gibt es die „serventes" (Hilfspfleger) und „copeiras" (Frauen, die für die Küche und das Essen verantwortlich sind), über ihnen die verschiedenen Pfleger (je nach Ausbildung A oder B), den Chef-Pfleger bzw. die Chef-Schwester (enfermeiro/enfermeira-chefe) und an der Spitze die Ärzte, unter denen einige besondere Verantwortlichkeiten haben (z.B. klinischer Direktor). Der „Respekt vor der Struktur" drückt sich zunächst in der Art des Verhaltens gegenüber der „übergeordneten Struktur" aus. Inhaltlich sind die einzelnen Bereiche in genaue Arbeitsbeschreibungen gegliedert. So hängt auf der Station ein Blatt aus, auf dem genau steht, was der „servente" zu tun hat und was ein Pfleger zu tun hat. Jedem ist darüber hinaus bekannt, wem er Anweisungen geben kann und von wem er Anweisungen entgegenzunehmen hat.
Ein anderer Teil der Struktur setzt sich aus den Basisräten und Dynamisierungsgruppen zusammen. Gegenwärtig befinden sich die Parteizellen im Aufbau. In großen Einheiten wie im Zentralkrankenhaus von Maputo gibt es auf den Stationen Basisräte (Stationsräte), außerdem einen Wäschereirat, einen Apothekenrat, einen Laborrat usw. In kleineren Einheiten gibt es einen oder zwei Basisräte mit verschiedenen Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bereiche. Die Basisräte diskutieren die in ihrem Verantwortlichkeitsbereich anfallenden Aufgaben und Probleme. Daneben steht als eine ausdrücklich politisch genannte Struktur die Dynamisierungsgruppe, zu deren wichtigsten Aufgaben die politische Mobilisierung des Krankenhauspersonals, z.B. durch Schulung, gehört, die gemeinsame Aktivitäten organisiert, z.B. eine gemeinsame Fahrt aufs Land, um dort mit der Bevölkerung zu reden und Latrinen zu bauen, und zu der man mit irgendwelchen Problemen, die am Arbeitsplatz oder außerhalb auftauchen, gehen kann, z.B. Schlichten von Streitigkeiten.
Diese beiden hier beschriebenen Teile der Struktur scheinen sich auf den ersten Blick zu widersprechen. Mir scheint, daß zwischen der Hierarchie auf der einen und den kollektiven Organisationsformen auf der anderen Seite in der Tat ein Widerspruch besteht, der sich aus der Situation Mosambiks erklären läßt und innerhalb dieser Situation einen Beitrag zur Demokratisierung des Gesundheitswesens leistet.



Es wäre eine Illusion, wollte man einfach sagen: Jetzt ist Demokratie und jetzt sind alle gleich – nun entscheidet mal alles kollektiv. In einer Situation, in der den Menschen über Generationen hinweg eingetrichtert worden ist, daß sie dumm seien, in der sie systematisch daran gehindert wurden, ihre Fähigkeiten zu entwickeln – und genau das war eines der Kennzeichnen der jahrhundertelangen Kolonialherrschaft – würde dies lediglich eine demagogische Verschleierung dafür sein, daß einige geschickte Leute eine neue Macht über die anderen errichten würden. In der mosambikanischen Struktur kann demgegenüber jeder seinen Platz genau kennen, die ihm zukommenden Aufgaben überblicken und innerhalb eines klar abgegrenzten Bereiches Initiativen ergreifen. Wäre das nicht so, bestünde die Gefahr, daß die daraus folgende Unsicherheit sich letztlich gegen das Volk, in dessen Dienst das Gesundheitswesen aufgebaut wird, richten würde. Nun wäre es unsinnig darüber hinwegzusehen, daß eine so hierarchisch gegliederte Struktur durchaus Möglichkeiten bietet, daß einzelne Personen, besonders Ärzte, sich zu kleinen Herrschern in ihrem Bereich aufspielen und daß in den unteren Bereichen der Struktur angesiedelte Gesundheitsarbeiter unterdrückt werden bzw. sich zu unterwerfen lernen.
Dieser Gefahr wirken die kollektiven Formen der Struktur entgegen. Basisräte und Dynamisierungsgruppe rufen sehr häufig zu Versammlungen auf. Der größte Teil der Versammlungen betrifft die Gesundheitsarbeiter, ein Teil schließt im Krankenhaus auch die Patienten ein. Die Teilnahme an den Versammlungen ist keine Pflicht, wird allerdings erwartet. Sanktionen gegen Personen, die nicht an Versammlungen teilnehmen, werden von der Partei abgelehnt. Wenn es nicht gelingt, die Arbeiter eines bestimmten Bereichs von der Notwendigkeit der Versammlungen zu überzeugen, dann liegt das an politischen Unzulänglichkeiten, die nicht mit administrativen Maßnahmen behoben werden können. Da das politische Bewußtsein unterschiedlich entwickelt ist, ist auch der Besuch der Versammlungen

an verschiedenen Orten unterschiedlich. Nach meinen Informationen ist die Beteiligung im Zentralkrankenhaus von Maputo inzwischen sehr groß. Dieses Krankenhaus gilt als Modell, das in allen Teilen des Landes nachgeahmt werden soll.
In den Versammlungen gilt auch der formale „Respekt vor der Struktur". In den Versammlungen, an denen ich teilnehmen konnte, drückte er sich darin aus, daß ein Arzt z.B. besonders nach seiner Meinung gefragt wurde und daß „serventes" ihre Diskussionsbeiträge damit schlossen, daß sie sagten: „Es mag sein, daß ich mich geirrt habe, und wenn das der Fall ist, bitte ich es im voraus zu entschuldigen". Selbst habe ich den „Respekt vor der Struktur" hier eher als eine höfliche Umgangsform erfahren. Viel wesentlicher war, daß alle, ganz gleich auf welcher Stufe der Hierarchie sie arbeiteten, an der Diskussion teilnahmen und auch Kritik übten. Nicht immer gelingt es, daß auch die Ärzte von den Pflegern und „serventes" so kritisiert werden, wie es notwendig wäre. Auch hier ist deutlich, daß es dafür eines Prozesses bedarf, nicht einfach der Schaffung einer Struktur. Jedoch scheint mir wichtig, daß dieser Prozeß ohne die Struktur gar nicht erst in Gang kommen würde. Die am weitesten fortgeschrittenen kollektiven Strukturen des Zentralkrankenhauses in Maputo zeigen, daß die Entwicklung in die Richtung der offenen Kritik und Selbstkritik und der kollektiven Entscheidung geht.
Dasselbe gilt für die Versammlungen mit den Patienten. Bisher kommt es nur selten vor, daß Paitenten z.B. das Verhalten eines Arztes kritisieren, obwohl es dazu auch in Mosambik häufig genug Anlaß gibt. Eine Patientin, die Mitglied der OMM (Frauenorganisation) ist, erklärte mir, daß das nach so kurzer Zeit auch gar nicht zu erwarten sei. Sie diskutierte mit den anderen Patientinnen in ihrem Zimmer über das Verhalten der Gesundheitsarbeiter und versuchte so, zur Kritik zu ermutigen.

Die Mobilisierung der Massen

„Das Volk ist unser Thermometer. Dieses Thermometer zeigt uns, wann wir recht haben und wann wir uns irren". (1) Das sagte Samora Machel in seiner Rede im Zentralkrankenhaus von Maputo am 6. Oktober 1976, als er mit den Überbleibseln des Kolonialismus im Gesundheitswesen hart ins Gericht ging. Die Gesundheit ist nicht gleich Medizin und deshalb auch nicht die Angelegenheit einiger Fachleute. Es reicht deshalb nicht aus, innerhalb der medizinischen Einrichtungen Strukturen der Kritik und kollektiven Entscheidung zu schaffen. Vielmehr muß eine Demokratisierung des Gesundheitswesens Möglichkeiten bieten, die ganze Bevölkerung in die wichtigen Entscheidungen einzubeziehen. Das Problem besteht nun allerdings darin, das Thermometer „Volk" abzulesen. Samora Machel berichtet in seiner Rede davon, daß das Volk unzufrieden sei. Und das, so ist seine Schlußfolgerung, liegt nicht daran, daß das Volk unzulänglich ist, sondern daß im Gesundheitswesen Fehler gemacht wurden.
Mir ist an einem Beispiel klar geworden, wie solche Fehler aussehen können, wie man sie erkennt und wie man sie schließlich beseitigen kann.
Der Nationale Koordinierungsrat für Gesundheit (CNCS) nahm in seiner Sitzung im Sommer 1977 ein Dokument an, das neue Richtlinien für die Behandlung der Tuberkulose erließ.
Die Tuberkulose ist wie in den meisten Ländern der Dritten Welt eine der am meisten vorkommenden Krankheiten. Dies ist zum großen Teil auf die unzulänglichen Hygiene- und Ernährungsbedingungen zurückzuführen. In der Lage, in der Mosambik sich befindet, ist es nicht möglich, die Behandlung der Tuberkulose Spezialisten zu überlassen. Die Behandlung muß so standardisiert werden, daß auch Personen mit geringer medizinischer Ausbildung wissen, wie die Tuberkulose (hier immer: Lungentuberkulose) zu erkennen und zu bekämpfen ist. Neben einem Teil über Früherkennung und prophylaktische (vorbeugende) Maßnahmen wird in dem Dokument ein Behandlungsschema vorgeschrieben, das hier nicht im einzelnen wiedergegeben werden soll. Ich will nur zwei Punkte hervorheben, die eine besondere Änderung gegenüber früher darstellen. In der Zeit des Kolonialismus hatten die Kirchen für Tuberkulosekranke Sanatorien eingerichtet. Die Patienten legten weite Entfernunge zurück, um zu einem solchen Sanatorium zu gelangen, und sie wußten, daß sie dort sehr lange, zum Teil jahrelang, bleiben mußten, wenn sie diese schlimme Krankheit hatten.
Der Erlaß aus dem Sommer 1977 sieht nun vor, daß bis auf wenige schwerwiegende Ausnahmefälle die Behandlung der Tuberkulose ambulant erfolgen soll. Die Sanatorien werden abgeschafft. Mit dieser Maßnahme kann Mosambik sich auf Erfahrungen in anderen Ländern, z.B. in Vietnam stützen.
Das Behandlungsschema sieht drei Linien vor, die nacheinander angewandt werden. Die zweite und dritte Linie kommen nur dann zur Anwendung, wenn sich die Krankheit als gegen die jeweils vorhergehende als resistent erweist. In der ersten Phase der ersten Linie muß der Patient täglich zu seinem zuständigen Gesundheitsposten gehen. Er bekommt dort eine Streptomycin-Spritze und eine Tablette eines Kombinationspräparats aus Isoniazid und Thiazetazon.
In einer Versammlung der Ärzte des Distrikts, an der ich teilnahm, wurde im September 1978 über die Strategie im Kampf gegen die Tuberkulose diskutiert. Mir fiel zunächst auf, daß dies noch ein Jahr nach dem Erlaß geschah, also eigentlich die Anwendung des Schemas schon längst überall funktionieren müßte.
Nachdem das Schema vom Gesundheitsdirektor des Distrikts noch einmal erklärt worden war und einige Fragen, die sich auf schwierige Diagnosen und Zweifel bezüglich der Notwendigkeit stationärer Behandlung bezogen, diskutiert worden waren, kam die Diskussion zum Kern des Problems. Es hatte sich gezeigt, daß sich das beschlossene Schema nicht konsequent anwenden läßt. Zahlreiche Patienten kamen weiterhin zu den alten Sanatorien, die noch immer als solche bekannt waren, auch wenn sie schon seit 2 Jahren zum Teil andere Funktionen haben. Selbst Patienten, die Wege durch mehrere Provinzen zurückzulegen hatten, kamen zu den Sanatorien, auch dann, wenn ihnen an ihrem Gesundheitsposten gesagt worden war, daß sie täglich dorthin kommen müßten. Ein anderes Problem, das häufig auftrat, war, daß Patienten von einem Landkrankenhaus, in dessen Labor ihr Sputum untersucht und danach die Diagnose Lungentuberkulose gestellt worden war, zu ihrem Gesundheitsposten geschickt wurden, von dort aber wieder abgewiesen wurden, weil kein Streptomycin vorhanden war.

In der Diskussion gab es verschiedene Reaktionen auf die genannten Pobleme. Einige Ärzte wollten es mit Härte versuchen. Wenn die Patienten zu den alten Sanatorien kämen, müsse man sie halt einfach zurückschicken. Dann würde sich das neue Schema mit der Zeit schon durchsetzen. Dieser Vorschlag wurde von vielen Ärzten zurückgewiesen. Man fing an zu überlegen, wie das Verhalten der Patienten zu erklären sei. Ergebnis der Diskussion war, daß von den Patienten eigentlich gar nicht zu erwarten sei, daß sie das neue Behandlungsschema anerkannten. Wenn man weiß, daß die Tuberkulose eine schlimme Krankheit ist, daß man dafür lange Zeit in einem Sanatorium liegen muß, dann ist kaum einsichtig, wenn die Ärzte und Pfleger einen plötzlich

jeden Tag zu einem Gesundheitszentrum schicken, um eine Spritze und eine Tablette abzuholen. Wenn zudem die Medikamente aufgrund von Verteilungsschwierigkeiten in dem Gesundheitszentrum nicht vorhanden sind, liegt die Schlußfolgerung nahe, daß der Patient gar nicht behandelt werden, sondern mit seiner Krankheit abgewimmelt werden soll.
Die Ärzte kamen in der Diskussion zu dem Schluß, daß eine Änderung des Behandlungsschemas der Tuberkulose nicht dadurch zu erreichen ist, daß der CNCS einen Erlaß herausgibt, sondern daß dieser Erlaß in der Bevölkerung erklärt und diskutiert werden muß. Die Gesundheitsdirektion des Distrikts wurde beauftragt, eine Versammlung der Dynamisierungsgruppen, der Frauen- und Jugendorganisation auf Provinzebene einzuberufen, um über den Kampf gegen die Tuberkulose zu informieren und zu diskutieren. Auf diese Weise sollten die Dynamisierungsgruppen und die Massenorganisationen in die Lage versetzt werden, die Bevölkerung über die Maßnahmen gegen die Tuberkulose aufzuklären.
Für mich war diese Diskussion ein eindrucksvolles Beispiel von Demokratie im Gesundheitswesen. Diese Demokratie setzt voraus, daß Strukturen bestehen, in denen solche Diskussionen stattfinden können, und sie setzt eine politische Arbeit voraus, die die Gesundheitsarbeiter befähigt, die Äußerungen des Volkes zu erkennen und ihnen Rechnung zu tragen.
Samora Machel sprach den Widerspruch, der in der oben beschriebenen Diskussion zum Ausdruck kam, in der Rede an, die er am 7. Oktober 1978, zwei Jahre nach seiner ersten Rede am selben Ort, im Zentralkrankenhaus von Maputo hielt:
„Es ist nicht möglich, die arbeitenden Massen durch Erlässe oder durch dienstliche Anordnungen richtig zu organisieren. Es ist nötig und unerläßlich, auf die Station zu gehen, zur Geburtshilfe, in das Labor, in die Apotheke, in das Gesundheitszentrum, wo sie arbeiten, sich mit ihnen zu versammeln, sie aufzuklären, zu mobilisieren." (2)
Es ist erstaunlich, was in Mosambik in dreieinhalb Jahren Unabhängigkeit im Gesundheitswesen erreicht wurde. Samora Machel äußerte sich darüber sehr zufrieden, als er am 7. Oktober 1978 im Zentralkrankenhaus sprach. Aber er fügte der Freude über das Erreichte hinzu:
„Die Zufriedenheit über das, was wir heute sind, darf uns nie dazu führen zu vergessen, was wir sein wollen. Wir sagen oft, daß es notwendig ist, das Gesundheitswesen, die Medizin zu politisieren, daß es notwendig ist, die Gesundheitsdienste zu politisieren. Die Instrumente zu politisieren, das heißt den Instrumenten einen politischen Inhalt geben. Die Gesundheitsdienste genau wie die Erziehung, die Polizei, der Laden, die Fabrik, alles hat einen Inhalt entsprechend dem Wesen der Macht, die existiert". (3)
Dieser Satz ist als allgemeine Aussage gemeint. Er könnte u.a. erklären, warum die Demokratie im Gesundheitswesen, in der Erziehung, in der Polizei, im Laden und in der Fabrik in Mosambik zu den wesentlichen politischen Aufgaben gehört und demgegenüber bei uns bestenfalls für die naive Phantasie einiger Verrückter, schlimmstenfalls für die radikale Agitation von Verfassungsfeinden gehalten wird.

Ralf Syring

1) Transformar o hospital central num hospital do pero. Ediçoes da FRELIMO 1976, S. 11
2) Noticias, Maputo, 8.10.1978, S. 4
3) a.a.O. S. 3

Demokratie im Gesundheitswesen Mosambiks?

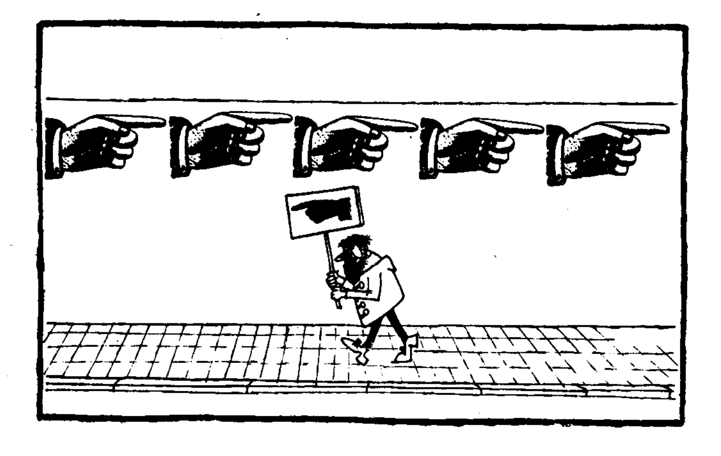
Kritische Anmerkungen zum Artikel von Ralf Syring

Am Artikel Rolf Syrings schien einigen Redaktionsmitgliedern eine Kritik notwendig, da er im einzelnen wie im ganzen allzu beschönigend wirkt, ja unserer Ansicht nach letztendlich die Kernfragen, die sich im Zusammenhang der „Demokratisierung des Gesundheitswesens" stellen, unbeantwortet läßt. Die Kritik ist nicht gestützt auf eine detailliertere Sachkenntnis über das Gesundheitswesen Mosambiks, sondern entspringt lediglich der Frustration, nach Lektüre des Artikels nicht viel schlauer geworden zu sein, was die Natur der in Mosambik ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse angeht. Wir waren leider nicht – wie Ralf Syring – in Mosambik und konnten uns aber aus Zeitgründen nicht mehr vor der Veröffentlichung mit ihm auseinandersetzen.

Ralf Syring stellt grundsätzlich eine Tendenz zur umfassenden, zielstrebigen Demokratisierung des Gesundheitswesens in Mosambik fest, indem er eingehend die „Struktur" desselben beschreibt. Die Struktur sieht er als aus zwei einander gegensätzlichen Teilen zusammengesetzt – einerseits traditionelle Ärztehierarchie, andererseits demokratische Basisgremien. Er sieht zwar einen Widerspruch zwischen diesen „beiden Teilen", dieser ist aber kein fundamentaler, da er „sich aus der Situation Mosambiks erklären läßt und innerhalb dieser Situation einen Beitrag zur Demokratisierung des Gesundheitswesens leistet". Es entsteht so trotz der beiden widersprüchlichen Teile ein recht harmonisches Bild von der „Demokratisierung".

Über die Befugnisse und Kompetenzen der Basisräte gegenüber dem hierarchischen Teil der Struktur ist kaum etwas gesagt, geschweige denn über ihre reale Macht. „Die Basisräte diskutieren die in ihrem Verantwortlichkeitsbereich anfallenden Aufgaben und Probleme". Was dürfen sie außer diskutieren und kritisieren? Können sie einen Arzt, mit dem sie in Konflikt geraten, disziplinieren, versetzen?

Aus der westlichen Krankenhausmedizin weiß man, daß oft gerade das ständige Stationspersonal aus dem alltäglichen Kontakt mit den Patienten andere Ansichten von Therapie und Pflege hat als die Ärzte. Von daher müssen wichtige Veränderungen traditioneller Klinikmedizin kommen. Nach



Syring aber „diskutieren“ die Basisräte ihre „Aufgaben“ innerhalb ihres „Verantwortungsbereichs“ – eine Formulierung, die nicht gerade den Umbruch überkommener Strukturen verspricht.

Gerade den Konfliktfall läßt Syring entsprechend seinem harmonisierenden Gesamtbild aus seiner Darstellung heraus. Auch das Beispiel des TBC-Bekämpfungsschemas nennt keinen Konflikt: ein zentrales Gremium erläßt Richtlinien für die Behandlung der Tuberkulose, ein anderes hochstehendes, nämlich Ärztegremium stellt nach einem Jahr fest, daß das neue Behandlungsschema nicht funktioniert.

Daß diese zweite Ärzteversammlung versucht, die Ablehnung des Behandlungsschemas durch die Bevölkerung zu verstehen, erscheint in der Darstellung als reiner Zufall; kein Basisgremium zwingt sie dazu, allenfalls eine unter Umständen vorhandene „demokratische Gesinnung“, auf der eine sozialistische Demokratie aufzubauen blanker Idealismus wäre. Genau besehen könnte man mit dieser Geschichte von dem Tuberkulosebehandlungsschema das Gegenteil einer Demokratisierung belegen. Was, wenn die Ärzteversammlung in ihrer Mehrheit zufällig kein Einsehen gehabt hätte (offensichtlich gab es ja eine Minderheit, die sich keiner sehr hochstehenden demokratischen Gesinnung rühmen kann)?
Auch „daß dieser Erlaß in der Bevölkerung erklärt und diskutiert werden muß“, ist eine freiwillige Einsicht derer, die ihn erlassen haben, und rettet die Demokratie im Beispielsfall nicht. Wer in der Geschichte zentralistischer Bewegungen die fatale Bedeutung des nachträglichen Erklärens und „Diskutierens“ längst beschlossener Erlasse kennt, wird bei dieser Wendung des Syringschen Beispiels besonders stutzig.

Natürlich können mit dieser Methode auch gute und nützliche Maßnahmen zustandekommen – guten Willen der Erlassenden vorausgesetzt. Mittels Erlaß und nachträglicher Diskussion kann aber genausogut jede Basisbewegung im Interesse einer neuen Herrschaftselite funktionalisiert werden – und dieser Versuch ist in der Geschichte bisher auch gegenüber jeder Basisbewegung gemacht worden. Die Struktur ist da wie dort die gleiche, und mit Demokratie hat beides nicht viel zu tun.

Die Darstellung Syrings läßt vermuten, daß die basisdemokratischen Gremien im Gesundheitswesen Mosambiks gar keine festgelegten Befugnisse haben, daß sich Basisdemokratie und Ärztehierarchie vielmehr dynamisch zueinander verhalten. Dann ist es aber auch falsch und irreführend, von einer Struktur zu reden, die in harmonisch-dialektischem Zusammenspiel schon zur Demokratie finden wird. Vielmehr gibt es dann zwei Strukturen, die sich unvereinbar gegenüberstehen. Zwischen ihnen muß man Stellung beziehen, sich aktiv entscheiden. Es ist unbestreitbar, daß das koloniale Erbe hierarchischer Strukturen, eines elitären Gesundheitssystems, einer systematischen Bildung zur Verdummung nicht am Tag der Befreiung per Dekret oder Waffengewalt hinweggepustet werden kann, dies ist Sache eines langwierigen Prozesses, wie auch Syring weiß. Das enthebt einen aber nicht der Stellungnahme gegen dieses koloniale Erbe, und rechtfertigt nicht die Behauptung, koloniale Hierarchie und die neuen Basisräte seien eine strukturelle Verbindung miteinander eingegangen. Das ist letztlich eine professorale Sicht, die sich weise über die Entwicklung stellt.

Basisdemokratie (oder Rätedemokratie, Arbeiterselbstverwaltung, Bauernkollektive, usw.) und „alte“ oder „neue“ hierarchische Zentralgewalt standen einander in der Geschichte immer als Todfeinde gegenüber. Wer für Basisdemokratie Stellung bezieht, den interessieren bezüglich des mosambikanischen Gesundheitswesens vor allem die reale, autonome Macht der Basisräte. Dazu fehlt leider (wie gesagt) fast alles in Syrings Darstellung. Dagegen beschleicht einen ein letzter, schlimmer Verdacht bei der Lektüre: Ralf Syring beschreibt die Basisräte in trauter Eintracht mit den „Dynamisierungsgruppen“, die nichts anderes als Parteiaufbaukader der FRELIMO sind, mit Basisdemokratie eigentlichs nichts zu tun haben. Aus anderen Berichten ist bekannt, daß in Mosambik basisdemokratische Gremien oft Kinder dieser Parteiaufbaugruppen sind (vgl. „blätter des iz3w“ Nr. 58, S. 35). Sind Basisräte, Stadtteilgruppen, Dorfversammlungen vielleicht zum Teil bereits Elemente eines Systems, das zentral dekretiert und dann breit und massenhaft „erklärt und diskutieren läßt“? Für den Nichteingeweihten spricht nichts weiter dafür (außer den Erfahrungen aus Dutzenden anderer Länder und Revolutionen, zuletzt wohl Angola und Vietnam). Aber Ralf Syring leistet leider alles andere, als diesen Verdacht auszuräumen.

Und wenn er zum Schluß bekennt, daß „die Demokratie in Mosambik zu den wesentlichen politischen Aufgaben gehört“, scheint er in dem Irrtum befangen zu sein, sie sei Aufgabe derer, die sie ‚im Dienste des Volkes‘ in Gang bringen wollen, der Parteikader Avantgarden, Berufspolitiker.



Spätestens seit der portugiesischen Revolution scheint uns extreme Vorsicht, auch Mißtrauen geboten, wenn es darum geht, Basisstrukturen, -räte, etc. zu analysieren. Gerade in Portugal hatten sich nach dem 25. April 1974 – zum Teil in Kopie der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien – die verschiedensten Formen von Basisdemokratie spontan gebildet. Dieser Prozeß war für die gesamte bundesdeutsche Linke ein Paradebeispiel dafür, wie verhängnisvoll es sein kann, in eine unkritische Basisbewegungseuphorie zu verfallen, andererseits aber auch dafür, wie eine „echte“ Basisbewegung sofort mannigfaltig getarnte Umklammerungsversuche durch zentralistische Gruppen und Parteien – letztlich durch die offizielle Staatsgewalt – nach sich zieht. In Portugal hat die zentrale Staatsgewalt vorläufig den Sieg davongetragen – auch Mosambik ist dagegen nicht gefeit.

ma + tm

Welche Fachkräfte sucht Mosambik?

Der Bericht über das Programm zur Entsendung von Fachkräften nach Mosambik in den blättern des iz3w vom August 1978 hat dazu geführt, daß sich eine ganze Reihe von Interessenten für einen langfristigen Arbeitseinsatz in Mosambik angeboten hat. Dies ist umso erfreulicher, als sich unter ihnen viele mit Berufserfahrungen im technischen oder medizinischen Bereich befinden. Denn gerade diese Erfahrungen werden in Mosambik dringend benötigt.

So ist, um ein Beispiel zu geben, die FRELIMO für die Ausbildung der „agentes polivalentes elementares", den Mitarbeitern des Basisgesundheitsdienstes, darauf angewiesen, auf Lehrer zurückzugreifen, die von den wenigen Ärzten in Mosambik mit medizinischem Grundwissen vertraut gemacht werden.

Der Schwerpunkt des Programms zur Entsendung von Fachkräften wird daher auf absehbare Zeit im technischen und im Gesundheitsbereich liegen.

Mit der Vermittlung der ersten Kooperanten nach Mosambik ist im Frühjahr 1979 zu rechnen. Auf seiner letzten Sitzung im Oktober 1978 in Bielefeld beschloß der Koordinierungskreis Mosambik, die Verantwortung für die Fachkräfteentsendung dem Weltfriedensdienst (WFD) in Berlin als anerkanntem Entwicklungsdienst zu übertragen.

Damit ist gewährleistet, daß die Kooperanten auf der Grundlage des Entwicklungshelfer-Gesetzes vermittelt werden können. D.h., zusätzlich zu dem Arbeitsvertrag, den die Kooperanten mit der Direktion für internationale Zusammenarbeit in Mosambik abschließen, gehen sie einen Vertrag mit dem WFD als Entsendeorganisation ein, der ihnen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherungsleistungen sowie eine Wiedereingliederungsbeihilfe garantiert.

Der WFD steht in ständigem Kontakt mit der VR Mosambik. Die Vermittlung der Kooperanten durch den WFD wird gemäß den Bedürfnissen der Volksrepublik Mosambik durchgeführt. Auf der Grundlage von im Oktober in Maputo mit der Direktion für internationale Zusammenarbeit geführten Gesprächen müssen die Kooperanten bereit sein, „ihre Arbeitskraft und ihre Kenntnisse während ihrer Arbeitszeit in der VR Mosambik in den Dienst der mosambikanischen Revolution zu stellen, sowie unter der Führung der FRELIMO und der Regierung der VR Mosambik zu arbeiten, ohne sich in die Politik der mosambikanischen Strukturen einzumischen." Sie müssen ferner bereit sein, „sich aktiv an den Diskussionen der Kritik und Selbstkritik an ihrem Arbeitsplatz zu beteiligen."

Interessenten an diesem Programm sollten sich darauf einrichten, ihr Angebot für einen in der Regel 2-jährigen Arbeitseinsatz in Mosambik längerfristig zu planen, da das Auswahl- und Vorbereitungsverfahren längere Zeit in Anspruch nimmt und jährlich zunächst nur mit der Entsendung von 12 Kooperanten gerechnet werden kann.

Weitere Informationen sind vom Weltfriedensdienst e.V. Friedrichstr. 236, 1 000 Berlin 61, Telefon (030) 2510516 zu bekommen.

Zur Unterstützung des Fachkräfteentsendungsprogramms können auch Spenden an den Weltfriedensdienst, Konto 1600 194500, Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 100 101 11), sowie Postscheck: Berlin West 2718 18-106, Stichwort MOSAMBIK, geleitet werden.

Gespräch mit dem Planungsminister Marcelino dos Santos am 12.8.1977 über die Organisierung der Vermittlung von Fachkräften zwischen der BRD und der VR Mozambique

Das Gespräch führte G. Wellmer. Übersetzung v. Weltfriedensdienst.

GW; Es müssen in diesem Zusammenhang drei Hauptprobleme angesprochen werden:

1) Die Finanzierung des Programms. Es gibt verschiedene etablierte Fachkräfte-Entsendeorganisationen. Die durch diese Organisationen entsandten Entwicklungshelfer fallen unter das Entwicklungshelfergesetz. Der Schwerpunkt dieses Gesetzes liegt bei der sozialen Sicherung und Gesundheitsfürsorge für die Entwicklungshelfer. Eine Entsendung von Fachkräften nach dem EH-gesetz bedeutet jedoch, daß die Bundesregierung den Entsendeorganisationen finanzielle Unterstützung zur Deckung der Kosten für Sozial- und Krankenversicherung gewährt. Das führt uns zur ersten Frage: Ist die Volksrepublik Mocambique bereit, diese indirekte finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung an Mocambique zu akzeptieren?

Wir kennen die Geschichte der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten, daher war diese Frage unser erstes Problem. Die Entsendung von Fachkräften unter diesem Gesetz hat jedoch keine direkten politischen Implikationen. Es schließt jedoch ein, daß die Bundesregierung – unter bestimmten Bedingungen – ihre Zustimmung zur Entsendung der Fachkräfte in bestimmte Projekte geben muß.

Bis heute werden die uns bekannten Entsendeorganisationen politisch nicht strikt kontrolliert.

Ein weiterer Punkt ist, daß die Bundesregierung damit Möglichkeiten der allgemeinen Propaganda hat, indem sie z.B. sagt: mit unsere Hilfe konnten soundsoviele Fachkräfte in die VR Mocambique entsandt werden. Sie müssen entscheiden, ob Sie derartige Propaganda akzeptieren können.

Ein dritter Punkt ist, daß die zweijährige Verpflichtung, als Entwicklungshelfer zu arbeiten, alternativ zur Absolvierung der allgemeinen Wehrpflicht für die Personen gewählt werden kann, die den Dienst in der Armee ablehnen.

Dies sind die Hauptprobleme. Der Vorteil bei der Anwendung dieses Gesetzes liegt darin, daß fast die gesamte soziale Sicherung abgedeckt ist.

Die Solidaritätsgruppen, mit denen wir sprachen, sind auch bereit, die Entsendung von Fachkräften ohne Anwendung dieses Gesetzes vorzunehmen und die dann entsstehenden Kosten selbst zu tragen. Jede Person verursacht im Durchschnitt Sozialversicherungskostn in Höhe von DM 600,– /monatlich. Aus finanziellen Gründen läge dann die Anzahl der zu entsendenden Personen nicht über 6 pro Jahr / im ersten Jahr.

2) Wir benötigen von Ihrer Regierung fachliche und politische Kriterien für die Vorauswahl der Kandidaten.

3) Verfahren der Kommunikation.

MdS: Ja, zunächst möchten wir Ihnen und allen Ihren Freunden in der BRD danken und beglückwünschen für die Unterstützung, die Sie uns weiterhin geben. Die Bemühungen, die Sie auf sich genommen haben, werden natürlich von Mozambique begrüßt.

Die Mitarbeiter, die wir brauchen, müssen keine Revolutionäre sein, aber was wir von ihnen erwarten ist, daß sie der Revolution in Mozambique aufgeschlossen gegenüber stehen, Sie müssen verstehen, in welcher Situation sich ein Land befindet, das unter Kolonialherrschaft gestanden hat und un-

abhängig geworden ist; all die Probleme, mit denen wir jetzt konfrontiert sind. Die Kooperanten müssen darauf vorbereitet sein, mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert



Marcelino dos Santos

zu werden; Erstens werden die Leute nicht immer in Städten arbeiten, sie werden nicht immer in den Provinzhauptstädten arbeiten, sondern möglicherweise in kleinen Städten. Natürlich ist der Komfort in diesen Städten nicht groß, soziale Aktivitäten, Kinos, Restaurants, sind nicht vorhanden, oder wenigstens nicht so wie in den europäischen Städten. Deshalb müssen die Leute vorbereitet sein, unter diesen Bedingungen zu leben. Zweitens haben wir hier manchmal Schwierigkeiten, ähnlich wie am Anfang, mit der Nahrungs- und Warenversorgung; wir hatten manchmal Schwierigkeiten, Fleisch bzw. Brot zu besorgen.
Gut, wenn Revolutionäre hierher kommen, dann ist das in Ordnung, aber von allen verlangen wir, daß sie psychologisch auf Schwierigkeiten vorbereitet sind. Hier in Maputo zu leben, ist eine Sache, aber irgendwo in der Provinz zu leben, ist nicht genau das gleiche.
Auch benötigen wir Leute, die verstehen, daß jeder seine eigenen Erfahrungen hat. sei es in der BRD, in Indien oder in Algerien. Die Leute haben unter ganz bestimmten Umständen gearbeitet und gehandelt; wir hier in Mozambique haben unsere eigene Erfahrung, wir haben unsere eigenen Programme und unsere eigenen Arbeitsmethoden. Wenn jemand in Mozambique arbeitet, sind wir daran interessiert, von seinen früher gemachten Erfahrungen zu lernen. Aber die Entscheidungen über die Programme, die verwirklicht werden sollen, werden von uns getroffen.
Ich sage das, weil es manchmal Freunde gibt, die glauben, daß sie aufgrund ihrer Qualifikation unsere Orientierungslinie festlegen können. Wir haben dann gesagt: „Nein, das ist die Entscheidung der Regierung und der Frelimo, die Art zu bestimmen, in der Dinge geschehen sollen. Wir nehmen alle Beiträge von jedermann an, aber wenn es schließlich zur Entscheidung kommt, wird es die Entscheidung der Frelimo und der Regierung der VR Mozambique sein." Manchmal bringt das kleine Probleme, aber bis jetzt war das nie ein ernsthaftes Problem; es ist aber wichtig, daß dies den Leuten klar ist. Wenn unsere Freunde nach Mozambique kommen, müssen sie das lernen und die Situation akzeptieren. Das ist wichtig. Wir haben alle verschiedene Erfahrungen. Aber es ist klar, daß jemand, der in Mozambique ankommt, hier einen Monat oder sechs Monate lebt, unsere Realität nicht kennt. Und die Realität ist nicht nur die Realität der Stadt. Das heißt nicht, daß jemand, weil er nicht die Realität der Region kennt, sich nicht einmischen darf; aber vielleicht kennt er nicht die nationale Realität, weiß nicht die globalen Gründe für die Art und Weise, wie Veränderungen hier eingeführt werden.
Natürlich ist politische Wachsamkeit bei der Rekrutierung unserer Freunde immer notwendig. Sie wissen das sehr gut; das ist wichtig, um gute Beziehungen zu garantieren. Wie Sie wissen, gibt es feindliche Aktivitäten, Mozambique zu unterwandern und Unruhe hervorzurufen.
Bezüglich der Beteiligung der Bundesregierung an der Finanzierung der Rekrutierung ist zu sagen, daß wir schon diplomatische Beziehungen zur BRD aufgenommen haben. Auf der Grundlage welcher Prinzipien? Wir meinen, daß es nach der Unabhängigkeit wichtig ist, daß unsere Unabhängigkeit anerkannt wird und wir Beziehungen nach dem Gleichheitsprinzip zu anderen Ländern unterhalten.
Während des Kampfes hatten wir keine Beziehungen zur Regierung der BRD, weil die Regierung den protugiesischen Kolonialismus unterstützt hat. Aus diesem Grunde war auch die Regierung der BRD nicht zu der Unabhängigkeitsfeier eingeladen, sondern die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, die dann am 25. Juni 1975 hier waren. Das war die Feier zur Unabhängigkeit. Jetzt unterhalten wir diplomatische Beziehungen zur BRD, Frankreich und den USA. Wir haben auch Beziehungen zu Italien, die jetzt sehr wichtig sind. das heißt also, daß wir nichts dagegen haben, wenn die Regierung der BRD finanzielle Unterstützung für die Entsendung von Fachkräften, die in Mozambique arbeiten wollen, gewährt. So haben wir es mit anderen Regierungen gemacht, und es gibt keinen Grund, es nicht auch im Falle der BRD zu tun.
Aber der wichtige Punkt bleibt, daß die Menschen, die zu uns kommen, in der Lage sein müssen, sich solidarisch zu der VR Mozambique zu verhalten.
Ein Ausbeuter dürfte einige Schwierigkeiten haben, sich hier wohlzufühlen, aber ich denke, für die Arbeiter wird es da keine Probleme geben. Man darf jedoch nicht vergessen, daß gerade Arbeiter aus Westeuropa geprägt sind durch die Erziehung, Ideologie und Propaganda des Kapitalismus. Wir verstehen, daß einige von ihnen keine klaren Vorstellungen von der Revolution und besonders der Revolution in Afrika haben.

GW: Sie haben zwei Punkte angesprochen, auf die ich zurückkommen möchte, nachdem jetzt die finanziellen Fragen geklärt sind. Sie haben schon eine Reihe von Kriterien für die politische Vorauswahl von Bewerbern genannt. Ich möchte in diesem Zusammehang noch einige mögliche Probleme anschneiden. Die Solidaritätsbewegung in Westdeutschland ist jetzt in zwei Lager gespalten. Ich meine da besonders die Spaltung, die sich aufgrund des 2. Befreiungskampfes in Angola vollzogen hat. Ein Teil unserer Bewegung war bereit, ihre Unterstützung für die MPLA-Regierung fortzusetzen, während ein anderer Teil, mehr oder weniger der Außenpolitik der VR China folgend, eine nationale Einheit aus MPLA, FNLA und UNITA und eine vereinte Regierung befürwortete und nicht länger die MPLA-Regierung als sol-



che unterstützen wollte. Dies führte zur Spaltung der Solidaritätsbewegung und die Auseinandersetzungen beziehen sich hauptsächlich auf die Theorie des Sozialimperialismus. Sie kennen sie und ich brauche das nicht weiter zu erklären. Ich könnte mir vorstellen, daß die fortbestehenden Spannungen innerhalb der Solidaritätsbewegung in der BRD auch die anstehenden Arbeitsbeziehungen zwischen den Solidaritätsgruppen und der VR Mozambique gefährden könnten.
Stellen Sie sich den Fall vor, daß jemand, der die Theorie des Sozialimperialismus vertritt, nach Mozambique kommt. Er weiß ja, daß es einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Mozambique und der SU gibt. Er würde dann seine Arbeit hier mit einer sehr kritischen Haltung beginnen. Hier sehe ich Schwierigkeiten und es wäre hilfreich für das Vorauswahl-Komitee in der BRD, wenn wir zu diesen Punkten klare Richtlinien von Euch hätten.

MdS: Wir hören gelegentlich von diesen Fragen: der eine folgt einer prosowjetischen Linie, der andere einer pro-chinesischen. Wir hier in der Frelimo haben immer große Schwierigkeiten, das richtig zu verstehen. Warum folgen sie diese oder jener Linie, warum nicht der ihres eigenen Volkes? Das sagen wir dann immer, etwas scherzhaft. Aber natürlich ist das nicht nur ein Scherz. wir in Mozambique hatten immer ausgezeichnete Beziehungen zur SU und zu China. Und wir hatten immer eine sehr klare Position zu allen sozialistischen Ländern, zu den afrikanischen Ländern; auch gegenüber den kapitalistischen Ländern war unsere Haltung klar. Wir wollten mit den kapitalistischen Ländern nichts zu tun haben, weil sie es vorgezogen haben, sich mit unseren Feinden zu verbünden. Wir haben solche als Verbündete gewählt, die für das Volk sind. Unsere Wahl ist klar, wir wählen das Volk. Die nordischen Länder haben die Frelimo unterstützt. Während des Befreiungskampfes und auch jetzt hatten und haben wir sehr gute Beziehungen zur SU, zu China, zur DDR, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien etc.
Wenn unsere Freunde herkommen, müssen sie für Mozambique sein. Und das heißt, sie müssen begreifen, daß es hier in Mozambique eine einzige Führung gibt, das Zentralkomitee der Frelimo. Wir akzeptieren ausschließlich das Zentralkomitee der Frelimo. Das ist unser Standpunkt zu Ihrer Frage und deshalb ist es für uns ohne Bedeutung, ob jemand die eine oder die andere Linie vertritt. Es ist unsere feste Überzeugung, daß es die Mozambiquaner sind, die revolutionären Mozambiquaner, die entscheiden können, was gut und was schlecht für Mozambique ist. Wir sind immer bereit, aus den Erfahrungen anderer Völker zu lernen, aus den Erfahrungen des Kampfes, der Praxis der Revolution. Und wir sind bereit, die Beiträge aller Vertreter der Völker der verschiedenen Länder zu akzeptieren.

GW: Wir müssen jetzt noch über die beruflichen Kriterien sprechen. Welche Berufe und technischen Fähigkeiten werden benötigt?

MdS: Wir brauchen Mechanike, Elektriker, Schiffs- und Flugzeugpiloten, Ingenieure, Facharbeiter, Handwerker, Lehrer und Ausbilder für die verschiedensten Berufe in allen Bereichen. Ich habe die Liste derjenigen gesehen, die sich schon für eine Arbeit in Mozambique beworben haben. Genau diese Berufe und Qualifikationen brauchen wir hier. Wir brauchen auch Buchhalter. Für einige Arbeitsbereiche muß man gut Portugiesisch können.

GW: Gute Portugiesischkenntnisse sollten eine Voraussetzung sein.

MdS: Nicht unbedingt, aber für bestimmte Aufgaben. Z. B. müssen Buchhalter gut Portugiesisch können, und alle, die als Lehrer oder Ausbilder arbeiten, müssen die Sprache kennen.

GW: Zum Verfahren: wir schicken eine Liste der vorausgewählten Bewerber an Ihr Ministerium und an die verschiedenen Ministerien, für deren Arbeitsbereich die Bewerber in Frage kommen könnten.

MdS: Richtig.

GW: Wir müßten dann einen Standardvertrag für jeden Bewerber haben, ähnlich dem, den ihr für MAGIC (1) ausgearbeitet habt, einen Vertrag zwischen der VR Mozambique und den einzelnen Mitarbeitern.

GW: Ich glaube, wir haben jetzt die wesentlichsten Punkte geklärt. Meine letzte Bitte ist noch, daß alle an der Fachkräfterekrutierung beteiligten Solidaritätsgruppen regelmäßig und ausreichend Informationsmaterial von Euch erhalten, um eine wirkungsvolle Aufklärungsarbeit und Werbung machen zu können.

Anmerkung:
1) Organisation in England, die ähnlich dem KKM Arbeitskräfte nach Mozambique vermittelt.



CHILE – BRD

Interview mit CDU-MdB Horst Schröder

Übersetzung eines Interviews der chilenischen Wochenzeitung „Ercilla" mit Horst Schröder, CDU – MdB

Ercilla Nr. 2258 vom 14.11.1978, S. 24 und 25

Überschrift: **Modelle vergleichend: Sowohl Chile wie auch Deutschland haben am Nullpunkt angefangen**

Es hat noch Zeit, die Arbeitslosigkeit zu verringern

Text: Zuerst war er überrascht von der nationalen Realität – „ich war nicht frei von der marxistischen Propaganda gegen Chile" – und später ein Enthusiast, der entschied, die politischen Risiken eines zweiten Besuches zu wagen, Horst Schröder (40), Wirtschaftsfachmann und christdemokratischer Abgeordneter in der Bundesrepublik Deutschland. Er gestand, daß die Kritik ihn kalt lasse.

Mit ERCILLA redete er über alles: Seine politische Position und über ein Wirtschaftsmodell mit Ähnlichkeiten hier und dort. Schließlich sagte er, daß er glaube, daß die Dinge einen guten Weg gingen. So gut, daß er versprach, deutsche Investoren zu motivieren, Kapital in dieses Land zu „verschiffen", weil „die Realität nichts zu tun hat mit dem, was die Propaganda sagt."
Eingeladen von der Abteilung Studien der Handels- und Hypothekenbank und der Wirtschaftsschule von Valparaiso, hielt er in verschiedenen Orten des Landes Vorträge, und er hofft, im nächsten Jahr zurückzukehren.

Frage: Als deutscher christdemokratischer Abgeordneter – haben Sie irgendeine Beziehung zu dieser Partei in Chile?

Schröder: Wir haben keinen elementaren gemeinsamen Nenner, z. B. in der Wirtschaftspolitik. Bedauerlicherweise hat die Christdemokratische Partei Chiles planwirtschaftliche Modelle – wie es Ludwig Erhard bei seinem Besuch 1968 festgestellt hat – und diese haben viel Terrain in dieser Partei gewonnen.

Frage: Warum gibt man dieser Partei dann Unterstützung auf der Parteiebene?

Schröder: Weil sie zur Weltunion christdemokratischer Parteien gehört.

Frage: Gibt es eine Parallele in der Situation Chiles und Deutschlands, bevor die soziale Marktwirtschaft eingeführt wurde?

Schröder: Die Position des Ausgangs ist ähnlich, und beide Länder fingen am Nullpunkt an. Unsere Wirtschaft war 1945 zerstört, Ihre 1973.

Frage: Glauben Sie, daß man in Chile eine reine soziale Marktwirtschaft eingeführt hat?

Schröder: Eher eine Marktwirtschaft. Für die soziale Komponente muß man erst wirtschaftliche Erfolge abwarten. Zuerst muß man produzieren und gewinnen, um später zu verteilen. Auf jeden Fall hängt die soziale Komponente von den sozio-ökonomischen Bedingungen jedes Landes ab, und in Deutschland hatten wir das Glück, daß Arbeiter und Unternehmer an einem Strick gezogen haben.

Frage: Denken Sie, daß in Chile die Voraussetzungen gegeben sind, um den sozialen Faktor einzuführen?

Schröder: Ich denke, daß es sukzessive gehen muß. Die letzten Gewerkschaftswahlen waren der erste Schritt, die Arbeiter und Gewerkschaften in diesen Prozeß einzubinden, der nicht Caritas bedeutet, sondern mehr Chancengleichheit.

Frage: Welche Rolle schreiben Sie den Gewerkschaften in einer sozialen Marktwirtschaft zu?

Schröder: Sie sind ein bedeutendes Element in der kollektiven Verhandlung, und das ist ein fundamentales Prinzip in einer Wirtschaft dieses Typs.



Gewinntransfer

Frage: Wie es scheint, haben die Gewerkschaften in Deutschland mehr Macht als ihnen zusteht.

Schröder: Das ist so. Dies hat sich im Laufe der Jahre entwickelt, und dies ist ein großes Problem. Manchmal setzt einer eine Lavine in Gang und weiß nicht, wo sie zum Stehen kommt. Und der Gesetzgeber unterstützt dies.

Frage: Glauben Sie, daß die Entwicklung, die Chile bis jetzt gemacht hat, mit der in Deutschland in den ersten Jahren vergleichbar ist?

Schröder: In einigen Punkten. Sie haben die Inflation auf beachtenswerte Weise reduziert, obwohl sie noch hoch genug ist. Wir brauchten weniger Zeit, aber wir machten eine Währungsreform. Sie haben Ihre Exportkräfte intensiviert und zählen auf eine aktive Zahlungsbilanz, und

zwischendurch haben Sie Ihren nationalen Haushalt ausgeglichen. Für beide Dinge benötigten wir die gleiche Zeit. Der Unterschied ist in der Arbeitslosigkeit: Wir brauchten sieben Jahre, um sie auf 5 % zu drücken. Für Sie ist noch Zeit, dies sehr ernste Problem, das es in der Wirtschaft gibt, zu lösen.

Frage: Wie erklären Sie die hohe Arbeitslosigkeit, die es in Chile gibt?

Schröder: Sie ist das Ergebnis des Chaos, das 1970 begann. Man wollte sie durch künstliche Beschäftigung verstecken. Es ist klar, daß Subventionen immer zu Irrtümern in der Leitung der Produktion führen.

Frage: Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren?

Schröder: Die Inflation zu bekämpfen, denn die erste Voraussetzung, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sind Investitionen, und diese gibt es nur, wenn es einen stabilen Geldwert gibt, und dieses vor allem für ausländisches Kapital. Die Industrie zu diversifizieren, den äußeren Markt zu vergrößern, sind der einzige Weg, um die Ziffer der Arbeitslosigkeit zu senken.

Frage: Sie sprachen von ausländischem Kapital – welche Meinung haben die deutschen Unternehmer über Chile?

Schröder: Es sind sehr vernünftige und kühle Leute. Sie verfolgen mit Interesse den chilenischen Wirtschaftsprozeß und investieren. Und dies, obwohl sie nicht mit Absicherungen durch die Regierung rechnen können, wie dies bei anderen Ländern geschieht. Und sie müssen das Risiko allein tragen. Das ist ein evidenter Beweis für das Vertrauen, das die deutschen Unternehmer in die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land haben.

Frage: Welche Zukunft sehen Sie für Chile, wenn es den aktuellen Weg fortführt?

Schröder: Es kann eine nationale Wirtschaft haben, die über dem Durchschnitt der Welt liegt.

Erklärung: Die im Text erwähnten Gewerkschaftswahlen wurden von Pinochet befohlen, eine Woche nachdem zum ersten Mal sieben nationale Gewerkschaften aufgelöst und verboten wurden.

KOLUMBIEN
Das neue Sicherheitsgesetz

Am 6.9.1978 wurde dem kolumbianischen Volk per Radio und Fernsehen das neue Sicherheitsgesetz verkündet, dessen Aufgabe es sein soll, künftighin zum „Wohl und Schutze aller Bürger" wirksam zu werden.
Der liberale Präsident Turbay Ayala bezeichnete das neue Gesetz als eine wirksame Waffe, um die kolumbianische Demokratie zu bewahren.
Der bisher fast ununterbrochen herrschende Ausnahmezustand wird in Zukunft durch das neue Sicherheitsgesetz ersetzt, dessen Paragraphen und Artikel der Regierung bzw. dem Militär die absolute Herrschaft sichern.

Wie kam es zur Verabschiedung des „Sicherheitsgesetzes"?
Schon kurz nach seinem Wahlerfolg im Sommer dieses Jahres verkündete der neue Präsident Turbay A., daß die von ihm während des Wahlkampfes angekündigten Maßnahmen zur Sicherheit der Bevölkerung bald in Kraft treten würden. Turbay erhielt bei den Präsidentschaftswahlen 2,3 Mill. Stimmen. Von den insgesamt ca. 13 Mill. stimmberechtigten hatten knapp 5,2 Mill. gewählt.
Die Notwendigkeit eines neuen Machtmittels ist für die Regierung Turbay eine wesentliche Voraussetzung gewesen, um überhaupt regieren zu können.
Die Situation des Landes verschärfte sich in den letzten Jahren zusehends. Arbeiterstreiks, Paros Civicos (Zivile Streiks), die Kämpfe der Studenten, die über das gesamte Territorium verteilten Aktivitäten der Guerilla, die Verelendung der großen Masse der Bevölkerung etc. waren bereits äußerst schwierige Probleme des Turbays-Vorgängers, Lopez M. Ein Ausdruck dafür waren die wiederholten Drohungen seitens der Militärs, im Falle einer weiteren Zuspitzung der Situation einzugreifen, um die chaotischen Zustände (und damit eine der letzten repräsentativen Demokratien in Lateinamerika) radikal zu beseitigen.
Daß hiermit ausschließlich solche chaotischen Zustände gemeint waren, wie die oben angeführten Tatsachen, beweist das neue Sicherheitsgesetz. Das Gesetz selbst ist Ausdruck einer sozialwissenschaftlichen und kriminologischen Analyse aller vorhandenen Kampfformen und Mittel, die seitens der Bevölkerung eingesetzt werden, um die gestellten Forderungen durchzusetzen.

Das Problem des Drogenhandels, der Mafia, indes wird in dem Gesetz nicht erwähnt. Tatsache ist, daß ein Großteil des Militärs, der Administration, hohe Polizeioffiziere, sowie Regierungsangehörige in die Drogengeschäfte verwickelt sind.
Unter dem außenpolitischen Druck der USA sah sich Turbay Ayala jedoch gezwungen, gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Karibikküste zu großen Teilen zu militarisieren, um den Handel bzw. den Transport von Drogen (Cocain, Mariuahana) zu unterbinden.
Letztlich bleiben all diese Maßnahmen sinnlos, erfüllen jedoch außenpolitisch die Funktion, daß sich die Regierung Turbay angeblich gegen den Drogenhandel zur Wehr setzt. 1,6 Milliarden US $ waren die geschätzten Einnahmen im Jahre 1976 aus dem Drogenhandel. Dieses Geld wiederum gelangte vor allem an die Börsen der großen Städte Kolumbiens, deren Umsätze ungeheure Ausmaße angenommen haben und in das Immobiliengeschäft, was einen Bauboom riesigen Ausmaßes hervorrief.
D.h., der Teil der Bourgeoisie, der eng mit der Mafia liiert ist, bestimmt auf Grund des enormen Reichtums aus dem Drogenhandel einen Großteil der ökonomischen Entwicklung des Landes.
Zum anderen jedoch hat sich Turbay durch dieses neue Gesetz, welches ja zum Schutze der Demokratie ausgerufen wurde, an die „Menschenrechtspolitik" Carters angegliedert. Somit wendet sich dieses Gesetz auch ausschließlich gegen „antidemokratische" oder „antisoziale" (so die übliche Bezeichnung in der kolumbianischen Tagespresse) Personen oder Gruppen.
Die Lage der breiten Masse der Bevölkerung kennzeichnet sich durch ihre rapide Verschlechterung, die fortwährenden Erhöhungen der öffentlichen Dienstleistungen, die Inflation, das extrem niedrige Lohnniveau, die Lebensbedingungen des Großteils der Landbevölkerung, die sich in massiver Landflucht äußert.
Hierüber täuscht auch nicht die herangezüchtete, neu entstandene Mittelschicht hinweg, die ökonomisch einigermaßen gesichert ist. Das Unruhepotential in der Bevölkerung wächst auf Grund dieser Situation gerade in der letzten Zeit an. Im September 1977 kam es zu einem nationalen Gene-

ralstreik, der von den Gewerkschaften ausgerufen wurde. Paros Civicos lähmen des öfteren das öffentliche Leben in den großen Städten des Landes.
Ständige Fahrpreiserhöhungen, in diesem Jahr wurden die Fahrpreise für Busse in Bogota um 100 % erhöht, erlauben den Betroffenen als Gegenwehr letztlich nur noch die offene Auseinandersetzung.
Um sich dieser Situation gewachsen zu fühlen und um im Rahmen der internationalen Terrorismusbekämpfung einen Beitrag zu leisten, wurde das neue Sicherheitsgesetz verabschiedet.

Sicherheit für Leben und Ehre aller Bürger
So zumindest lautet der Anspruch des neuen Gesetzes. Die nachführend aufgeführten Auszüge verdeutlichen jedoch den wahren Charakter des Gesetzes.

Artikel 4:
„Personen, die in den Zentren oder anderen Gebieten der Städte an öffentlichen Unruhen teilnehmen oder sie hervorrufen und somit die Entwicklung der sozialen Aktivitäten stören oder Brandstiftungen provozieren und somit die Freiheit von Personen einschränken oder u.U. das Leben von Personen gefährden, werden zu 20 - 24 Jahren Haft verurteilt."
Beabsichtigt ist mit diesem Artikel jeglichen Protest seitens der Bevölkerung zu unterbinden. Fahrpreiserhöhungen führten jeweils in den betroffenen Städten zu Protestaktionen, wobei ein Kampfmittel die Brandstiftung leerer, geparkter Busse war. Hiermit wurde stets der totale Ausfall des Busverkehrs provoziert. Gleichzeitig traten die Busfahrer in Streiks, um höhere Löhne zu fordern.
Personen, die heute an solchen Protestaktionen teilnehmen, droht obiges Strafmaß.



Artikel 6:
Personen, die während Aufständen, Unruhen etc. für sich oder andere Geld oder Dokumente aufbewahren, versenden etc. ... um weitere Delikte zu planen, werden zu 4-10 Jahren Haft verurteilt.
Erläuterungen:
Dieser Artikel bezieht sich explizit auf den Status des „Sympathisanten, den es bisher in dieser Form im kolumbianischen Gesetz nie gegeben hat. Mit Artikel 6 wurde dieser Begriff und die daraus folgenden Konsequenzen in Kolumbien neu eingeführt.

Artikel 7:
„Arrest bis zu einem Jahr wird über Personen verhängt, die
a) öffentliche Einrichtungen besetzen ... mit dem Ziel von den legitimen Autoritäten eine Entscheidung zu erpressen ... und dabei subversives Propagandamaterial verteilen oder subversive oder beleidigende Schriftstücke oder Bildmaterial befestigen wollen ... mit dem Ziel der öffentlichen Rebellion."

Erläuterungen:
Bei den Paro Civicos, Streiks der Bevölkerung in den Städten, Dörfern und den Gemeinden, deren Hauptforderungen sich in der Mehrzahl gegen konkrete Mißstände, wie z.B. Trinkwasserversorgung, Nichtvorhandensein von Gesundheitszentren oder Krankenhäsuern, ungenügende bzw. nicht vorhandene Stromversorgung etc., richten, ist eines der wirksamsten Kampfmittel bisher die „Besetzung" öffentlicher Einrichtungen gewesen, d.h. der zuständigen Behörde, sowie die Denunzierung der Mißstände, Anprangerung von Korruption, Verteilung von Flugblättern.
Künftighin werden diese Kampfformen zu der oben genannten Strafe führen.
Die Definition „Besetzung" obliegt einzig und allein der Polizei und den Militärs.

e) gesetzeswidrigerweise Objekte befördern, die dazu dienen, sich eines strafbaren Vergehens schuldig zu machen ... Schußwaffen, Dolche, Macheten, Steine, Behältnisse (Flaschen etc.) mit Benzin ...

Erläuterungen:
Diese sogenannten Objekte sind zum Großteil Gebrauchsgegenstände, wie z.B. die Machete oder Benzinbehältnisse. Hierzu muß man wissen, daß in den großen Städten vorwiegend in den Elendsvierteln mit Benzin gekocht wird. In Bogota gibt es täglich an den Ausgabestellen des „Gasolina Azul" riesige Menschenschlangen.
Jeder, der die Ausgabestelle mit einem Benzinbehälter verläßt, ist also ein potentieller Verbrecher. Meistens handelt es sich um Frauen und Kinder. In Zukunft wird es für diese Menschen ein großes Wagnis sein, während eines Paros Civicos z.B. Benzin zum kochen zu kaufen.

f) subversive Propaganda drucken, aufbewahren, befördern, verteilen oder transportieren.

Erläuterungen:
Ohne Kommentar, es sei in diesem Zusammenhang auf den Paragraphen 88a verwiesen.

g) Geld oder Waren fordern, die illegalen Aktivitäten dienen ... um Personen, z.B. Reisen zu ermöglichen.

Erläuterung:
Jeder Streik, der in Kolumbien durchgeführt wird, verlangt seitens der Streikenden einen hohen Einsatz. Es gibt keine Lohnfortzahlung, die Familien müssen existieren, aber es ist kein Geld da, um die Ernährung zu gewährleisten.
Eines der wichtigsten Kampfmittel ist bei diesen Streiks im gesamten Land Unterstützungsaufrufe zu veröffentlichen, also Geld oder Lebensmittel zu sammeln. Auf Grund dieser Solidarität ist es den Streikenden möglich, monatelang die Arbeitsaufnahme zu verweigern.
Ist jedoch nach dem neuen Gesetz ein Streik als illegal erklärt, fällt also unter das Sicherheitsgesetz, machen sich alle Personen, die zur Unterstützung aufrufen, strafbar.

Artikel 8:
Während der Störung der öffentlichen Ordnung ist der Bürgermeister des Distrito Especial von Bogota, die Gouverneure, hohe Verwaltungsbeamte und Kommissare in den betreffenden Sektionen, sowie die Bürgermeister der Kreise ... dazu berechtigt, die Ausgangssperre zu verhängen.

Artikel 9:
Die Militärgerichte, mit den verbalen Kriegsgerichten, verhandeln folgende Artikel des Gesetzes, 1, 2, 3, 4, 5 und 6.

Artikel 11:
Strafen, die die Absätze a und b des Artikels 7, sowie den Art. 10 betreffen, werden seitens der Brigadekommandeure ... verhandelt.

Erläuterungen:
Artikel 8, 9 und 11 zeigen deutlich die Tendenz, mehr Flexibilität und Effektivität bei zu ergreifenden Maßnahmen gegen öffentliche Unruhe zu ergreifen. Die ist einmal als Versuch zu werten, im Notfall die Hierarchie und Bürokratie, sprich die kolumbianische Demokratie, zu umgehen; auf der anderen Seite wird den Militärs fast die ausschließliche Macht zugeteilt, gegen politische Delikte Kriegsgerichte abzuhalten. Der wesentliche Teil der Justiz unterliegt somit der militärischen Willkür.
Die Ausrufung der „Ausgangssperre" durch die erwähnten Persönlichkeiten erlaubt zudem, in bestimmten Gebieten, als auch im gesamten Land den Polizei- und/oder Militär-Terror zu genehmigen.
Alle bisher genannten Maßnahmen, zum Schutze und zum Wohle der Bürger Kolumbiens unterliegen zudem noch einer absoluten Zensur, die in Artikel 13 erläutert wird:

Artikel 13:
Während der Dauer der Störung der öffentlichen Ordnung ist es den Radio- sowie Fernsehanstalten verboten, Informationen, Deklarationen, Kommuniques oder Kommentare auszustrahlen, die im Zusammenhang mit der öffentlichen Ordnung stehen; hierzu gehören Streiks, illegale Streiks, usw. ... sowie Nachrichten zu senden, die die Unruhe fördern oder rechtfertigen.

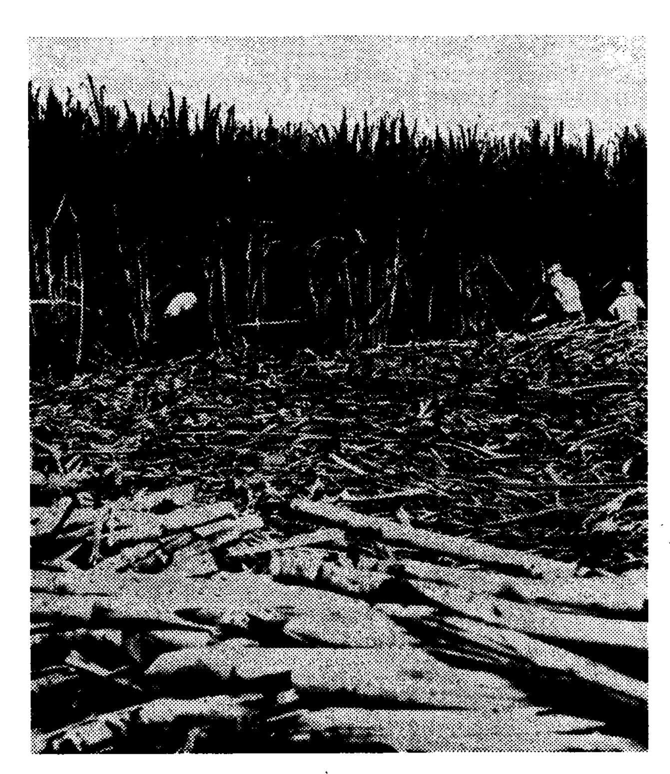
Erläuterungen:
Berichte über Willkürmaßnahmen seitens der Repressionsorgane unterliegen also der Zensur, des weiteren wird mit diesen Maßnahmen versucht, den Kommunikations- und Informationsfluß total zu unterbinden, es ergibt sich hier die Möglichkeit, Streiks, Paros Civicos usw. total zu isolieren und zu kriminalisieren.
Am Tag der Inkraftsetzung des Sicherheitsgesetzes kam es in Bogota zu schweren Unruhen. Die Guerilla-Organisation M 19 entführte einen LKW mit Lebensmitteln und stellte diesen streikenden Arbeitern der Croydon-Werke (größte Schuhfabrik) zur Verfügung.
Bombenanschläge in Banken öffentlichen Gebäuden und im Regierungspalast verschärften die Situation in diesen Tagen. Jose Cancino, Ex-Magistrat des Obersten Militärgerichtes von Bogota, verkündete in einem Interview, daß das Sicherheitsgesetz gegen die Menschenrechte gerichtet sei und daß er gegen dasselbe beim höchsten kolumbianischen Gericht vorgehen werde.
Aus den eigenen Reihen seiner Partei erhielt Turbay den Vorwurf, er würde in Kolumbien ein „Bordaberry-System" (Uruguay) einführen.

GOES – GSG9
Im August diesen Jahres veröffentlichte die größte Tageszeitung „El Tiempo" einen ausführlichen Artikel über die GOES, die neue Spezialeinheit gegen Entführungen und Terrorismus.
Der Artikel beginnt damit, daß im „Oktober 1977, einige Tage nach Mogadischu, auf dem internationalen Flughafen von Bogota ein großer blonder Mann ankam, der maßgeblich an der Mogadischu-Aktion beteiligt war." Dieser Mann „aus dem europäischen Raum hielt sich während seines Aufenthaltes vorwiegend in Militär- und Polizeischulen auf, um über die neuesten Erkenntnisse und Erfahrungen der Terrorbekämpfung zu berichten."
Dieser Mann suchte unter bestimmten Kriterien junge Soldaten und Polizisten aus, die er unterrichtete. Einen Teil nahm er zur weiteren Ausbildung mit nach Europa.
Nach Mogadischu berichtete die kolumbianische Tagespresse davon, daß sich deutsche Terroristen in Kolumbien aufhielten, deswegen werde der kolumbianische Staat personell, finanziell und ausbildungsmäßig durch deutsche Stellen unterstützt. Ein weiterer Hinweis auf „Ausbildungsbeihilfe" verdeutlicht die Aussage des Präsidenten während eines Interviews, „daß in Erwägung gezogen werden solle, die Daten über kriminelle Vergehen zentral zu speichern." Auf der Industriemesse im Sommer dieses Jahres wurde ein entsprechendes Gerät im deutschen Pavillon vorgeführt.
Des weiteren weisen einige Artikel des neuen Gesetzes offensichtlich auf deutsche Hilfe hin.

Der ELN (Ejercito de Liberacion – Volksbefreiungsarmee-) Prozeß

In Bogota fand ein Prozeß gegen 12 angebliche Mitglieder obiger Guerilla-Organisation statt.
Die Angeklagten wurden schwer mißhandelt und gefoltert. Bei der Gefangenen Helena Suarez wurde medikamentös eine Fehlgeburt eingeleitet.
Das wesentliche dieses Prozesses lag darin, daß die Anklage „Asociacion para Delinquir" (Kriminelle Vereinigung) lautete. Bisher wurde den Gefangenen auf Grund des Titels 2 des Artikels 139 des Strafgesetzes der Status des politischen Gefangenen eingeräumt.
Die Angeklagten kämpften während des Prozesses um die Anerkennung dieses Status.
Die Anwälte legten ihre Mandate nieder, protestierten gegen die Anklageschrift, sowie gegen die Behandlung beim Betreten des Gerichtsgebäudes. Zuschauer wurden auf Grund der intensiven Überprüfung und unter Androhung von Konsequenzen für sie selbst und ihre Familien daran gehindert, den Gerichtssaal zu betreten.
Der Prozeß fand vor einem Militärgericht statt und die Angeklagten sind wegen Zugehörigkeit einer kriminellen Vereinigung rechtskräftig verurteilt worden.
Wie aus der Pressemitteilung des Comite de Solidaridad con Los Presos Politicos hervorgeht, befinden sich Julia Helena Suarez und Maria Tila de Trujillo in schlechtem gesundheitlichen Zustand.
Bereits im Oktober vergangenen Jahres wurde Carlos Ninos Reyes zusammen mit Omaira Montaya in Barranquilla verhaftet. Von Omaira Montoya fehlt bis heute jede Spur, es ist anzunehmen, daß sie die schweren Mißhandlungen und Folterungen nicht überlebt hat.
Dem Gefangenen Carlo Ninos Reyes wurden während der Folgerungen die Hände und Füße angebrannt. Er bedarf dringend der medizinischen Versorgung, die man ihm bisher verweigerte. Auf Grund einer Intervention von Amnesty International überführte man den Gefangenen für einen Tag in ein normales Krankenhaus. Er wurde jedoch am selben Tag wieder in das Gefängnis zurückgebracht, da er „ein zu hohes Sicherheitsrisiko" für das Krankenhaus bedeutete. Zudem wurde er nicht ärztlich behandelt.

Das Comite de Solidaridad con los Presos Politicos unterstützt alle politischen Gefangenen ohne Rücksicht auf Partei- bzw. Gruppenzugehörigkeit. Die Definition



Landarbeiter bei der Zuckerrohrernte

„politischer Gefangener" wird seitens des Komitees folgendermaßen erläutert.
„Politische Gefangene sind alle Personen, die sich gegen dieses System aktiv zur Wehr setzen, um für das kolumbianische Volk gerechte und soziale Verhältnisse zu erkämpfen."

Es geht im Moment vor allem darum, dieses neue Gesetz und die Situation, der die politischen Gefangenen ausgesetzt sind, vor der Weltöffentlichkeit anzuprangern.
Das Komitee ist dringend auf unsere Solidarität angewiesen.
Adresse:

C S P P, Car. 7 a No. 20 - 15 piso 7,
Bogota, D. E. Colombia

Kontaktadresse in der BRD: Schreibt bitte an die Redaktion, von dort wird die Post weitergeleitet. Kennwort CSPP.

BMZ-ANZEIGEN
„Und wir sind auch noch so dumm, und zahlen ihnen Entwicklungshilfe..."

Zur zweiten Anzeigenserie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ).

Vom 25. September bis zum 26. Oktober 1978 setzte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die „Kampagne zum Abbau der Vorurteile der Deutschen gegen die Entwicklungshilfe" (1) fort. Veröffentlicht wurden jeweils fünf Anzeigen (siehe Abbildung) in den Zeitschriften STERN, BUNTE und SPIEGEL. Die zweite Anzeigenkampagne wurde wiederum von der Düsseldorfer Werbeagentur GGK nach demselben ‚Muster' konzipiert: Über einem 2-seitigen Schwarz-weiß-Foto wird eine provozierende Frage („Wie sollen die es je zu was bringen, wenn sie den ganzen Tag rumsitzen?" – Anzeige 4) plaziert, unter den Fotos versucht ein (kleingesetzter) Text die durch Überschrift und durch das fotographische Material hervorbeschworenen Vorurteile gegenüber der Dritten Welt wieder ‚aufzufangen' (Eine ausführliche Analyse der ersten Anzeigenreihe, welche vor ca. einem Jahr durchgeführt wurde, findet sich in den ‚blättern ...' Nr. 67, Seite 55 ff.).

Das *Übergewicht* der frech-demagogischen Fragen (bzw. Äußerungen) und der dazugefügten Fotos kann nur *verstärkende* Funktion haben; die Anzeigen *bestätigen* letztlich die Lügen und Vorurteile, indem sie diese mit geschickt ausgewähltem Fotomaterial verbildlichen und damit „Wahrheit" schenken.
Nicht nur diese perfide Art, mit der (z. T. tatsächlich vorhandene) Vorurteile in Public-Relations-Manier zur ‚Aufklärungsarbeit' umgemünzt werden, bleibt nach wie vor verurteilenswert, sondern auch die ‚argumentative Strategie' des kleingesetzten Textes selbst wirft ein bezeichnendes Licht auf die Entwicklungspolitik der Bundesregierung:

- In Anzeige 4 wird dem Leser erneut das altbewährte ‚Erklärungsmodell' für die Ursachen der Unterentwicklung geliefert – *der Teufelskreis der Armut.*
  Dieser *Teufelskreis*, in der Anzeige als ‚wissenschaftlich' herausgestellt, reiht recht abstrakte Begriffe aneinander (niedriges Investitionskapital, wenig Produktionsstätten, wenig Arbeitsplätze, leere Staatskassen ...), Faktoren, die sich ‚irgendwie' gegenseitig bedingen. Dieser ‚circulus vitiosus' zeichnet ein *fatales Bild von der Dritten Welt:* Es gibt in diesem Modell keine Möglichkeit der Befreiung (allenfalls die ‚Entwicklungshilfe' der BRD bietet Auswege ...).
  Da Verweise auf die historischen Ursachen fehlen, muß dem Anzeigenbetrachter wohl nur die alte ‚Selbstverschuldungsthese' als mögliche Erklärungsweise einfallen:

  das Elend der Dritten Welt ist nach dieser kultur-imperialistischen Ideologie keineswegs Folge der jahrhundertelangen Ausbeutung, sondern eben *selbst verursacht* (Anzeigentext 4: ‚Wie sollen die es je zu was bringen, wenn sie den ganzen Tag rumsitzen?').
  Der Teufelskreis der Armut
  – argumentiert gänzlich unhistorisch,
  – ist außerstande zu erklären, wie es zu einem bestimmten Zustand gekommen ist; er läßt die Kolonialzeit außer acht und zeigt nur heutige Symptome der Unterentwicklung auf,
  – er liefert keinerlei Ansätze zu einer Wende zum Besseren, da er eben nicht die maßgeblichen Ursachen kennt, also auch keine Wege der Befreiung vorschlagen kann (2).
- Das Argument des „Eigennutzes" der Entwicklungshilfe wird in den Anzeigen unverhohlen herausgestellt: „Es liegt ... in unserem eigenen Interesse, der Wirtschaft der Dritten Welt zu helfen" (Anzeige 3), denn „je besser es diesen Ländern geht, um so mehr Waren können sie bei uns kaufen".
  Das streng-kapitalistische Vergabekalkül wird also – wie

Die auf dem 2. Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen in Nürnberg versammelten Gruppen verurteilen aufs schärfste die neue Anzeigenserie des BMZ in einigen Illustrierten und Magazinen. Durch sie wird versucht, der Entwicklungspolitik der Bundesregierung ablehnend gegenüberstehende Teile der Bevölkerung durch eine angebliche Beseitigung, tatsächlich aber durch eine Bekräftigung von Vorurteilen für diese Politik einzunehmen.
Die Menschen in der Dritten Welt werden
– als Faulpelze am Flipperautomaten, die nur dank deutscher Kontrolle das Entwicklungshilfegeld für etwas Vernünftiges ausgeben,
– als hilflose Menschen, denen nur dank deutscher Hilfe ein Ausbildungs- und Arbeitsplatz winkt,
– als nützliche Abnehmer deutscher Waren,
– als potentielle Bedrohung der Industrieländer, die nur durch deutsche Entwicklungshilfe zu vernünftiger Entwicklung gebracht werden können und
– als gefährliche Kommunisten, die durch die deutsche Entwicklungshilfe natürlich von ihrem Irrweg bewahrt werden können,
dargestellt.
Im Begleittext der Anzeigen werden falsche Darstellungen der Ursachen der Unterentwicklung und der Ziele der Entwicklungshilfe gegeben.
Daß damit chauvinistische Haltungen in der Bevölkerung hervorgerufen und bekräftigt, Einmischungen in die Angelegenheiten und Bevormundungen der Dritte-Welt-Länder gerechtfertigt werden, ist wohl kein Zufall, sondern beabsichtigtes Ergebnis dieser Anzeigenserie.
Schließlich braucht die Bundesregierung für ihre Unterdrückungspolitik gegenüber der Dritten Welt (z. B. durch Unterstützung der Interessen bundesdeutscher Firmen, Erpressung und Ausplünderung der Dritte-Welt-Länder durch den IWF) eine gewisse „Unterstützung" in der Bevölkerung.
Wir fordern das BMZ auf, diese Anzeigenserie sofort einzustellen!

Eingebracht durch:

iz3w Freiburg (B.J. Merk)
Postfach 5328
7800 Freiburg

WIE SOLLEN DIE ES JE ZU WAS BRINGEN, WENN SIE DEN GANZEN TAG RUMSITZEN?



Wissenschaftler haben den Teufelskreis, in dem viele Entwicklungsländer stehen, so beschrieben:

Weil ein Volk arm ist, kann niemand sparen. Dadurch ist kein Kapital vorhanden, mit dem Investitionen vorgenommen werden können. Die Folge sind zuwenig Produktionsstätten und eine zu niedrige Produktivität.

Das hat zuwenig Arbeitsplätze und zuwenig Verdienstmöglichkeiten zur Folge. Wo aber nichts verdient wird, kann der Staat keine Steuern erheben. Leere Staatskassen wiederum bedeuten mangelhafte Gesundheitsfürsorge, keine Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, keinen staatlichen Wohnungsbau. Und wer nicht über eine gewisse Bildung und Ausbildung verfügt, bekommt keine Arbeit.

Die Schlußfolgerung: wer arm ist und keine Arbeit hat, kann nicht mehr tun als reden und palavern. Aus diesem Teufelskreis gibt es zwei Auswege.

Erstens den der Gewalt: die Armen holen sich von den Reichen, was sie brauchen. (Die Reichen sind wir.) Der zweite Ausweg ist der, daß sich die Entwicklungsländer entwickeln. Und das ist der Sinn der deutschen Entwicklungshilfe: die Bevölkerung soll besser ausgebildet werden; viele neue Arbeitsplätze sollen entstehen, Landwirtschaft und Industrie müssen auf- oder ausgebaut werden.

Wenn Sie mehr über die Entwicklungsländer und unsere Entwicklungshilfe wissen wollen, dann schreiben Sie uns: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Postfach 121212, 5300 Bonn.

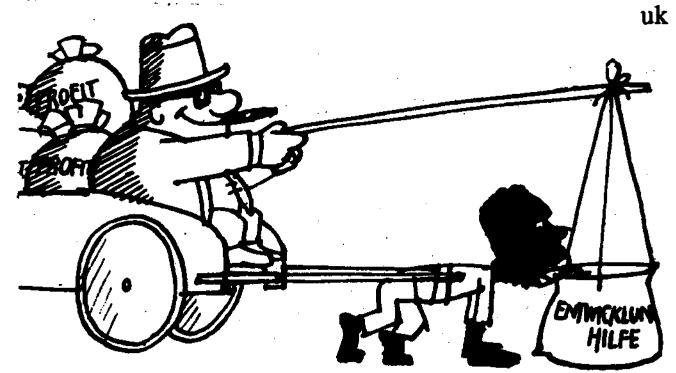
in der ersten Anzeigenserie des BMZ – stark betont: „Jede deutsche Mark, welche als Entwicklungshilfe gegeben wird, bringt 75 Pfennig als Aufträge an uns zurück" (3).

- Dem Anzeigenbetrachter wird der Eindruck suggeriert, nur die BRD-„Entwicklungs-"Hilfe könne den ‚unbedarften' Menschen in der Dritten Welt helfen – Wege der Selbsthilfe bleiben ausgespart. Die ‚Heilsbringerideologie' wird erneut aufgegriffen: „Damit sich das (gemeint ist der niedrige Bildungsstand der Dritten Welt) ändert, gibt es die deutsche Entwicklungshilfe" (Anzeige 2).

Über die Anzeigenserie des vergangenen Jahres hat das BMZ inzwischen eine ‚Wirkungskontrolluntersuchung' durchführen lassen. Von den 1614 befragten Personen haben – so die Infrateststudie – 78 % die Anzeigenkampagne ‚positiv' beurteilt. „22 Prozent gefielen sie (die Anzeigen) nicht. In der Produktwerbung ist man schon zufrieden mit einem Verhältnis von 60 zu 40" (Originalzitat aus der Broschüre – Anmerkung 4).

Während diese Studie die „Qualität" (?) der Anzeigen hervorhebt, läßt sich in einem Schreiben, das jedem Interessenten vom Leiter des BMZ-Öffentlichkeitsreferats (R. Schröder) zugeschickt wurde, zumindest ‚zwischen den Zeilen' ein Eingeständnis ‚formaler Schwächen' (5) der Anzeigen herauslesen: „Wir haben . . . auf allzu beängstigende, zu schockierende Fotos (in der zweiten Anzeigenserie) verzichtet. Und wir haben die Texte argumentativer gemacht", heißt es in diesem Begleitbrief. Wenn auch dieser *‚formale Rahmen'* tatsächlich etwas ‚positiver' ausgefallen sein mag, die Kritik an den *Inhalten* der ‚Werbetexte' (s.o.) muß aufrecht erhalten werden.

uk



Anmerkungen:

1) So lautet der Untertitel einer Broschüre, die das BMZ zur 2. Anzeigenserie herausgegeben hat.
2) Während eine weitere Broschüre des BMZ (Begleitheft für Lehrer zu dem Heft ‚Durch Partnerschaft Probleme lösen', Bonn 1977) die Theorie des Teufelskreises zumindest leicht in Frage stellt, preist die Anzeige 4 diesen ‚Teufelskreis' als von Wissenschaftlern entwickelt an.
3) So der Text einer Anzeige aus der ersten Serie – Anzeige 4.
4) Diese Broschüre (‚Einstellung der Deutschen zur Entwicklungshilfe' – zu beziehen bei: BMZ, 5300 Bonn, Karl-Marx-Str. 4) geht u. a. auch auf die Wirkung der Anzeigenkampagne des Jahres 1977 ein.
5) Eben diese ‚formalen' Schwächen wurden in dem Artikel, welcher in den ‚blättern . . .' Nr. 67 erschien, ausführlich kritisiert.

DGB

Solidarität mit streikenden Lehrern in Peru

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Frankfurt hat auf der Kreisdelegiertenversammlung am 23.9.1978 zum Streik der peruanischen Lehrer nachfolgende Resolution beschlossen. Weitere Hintergrundinformationen zum Lehrerstreik sind in den blättern des iz3w, Nr. 72, S. 12, weitere Nachrichten und Kurzberichte zu Peru in den blättern Nr. 73, S. 10, Nr. 70, S. 13 und Nr. 68, S. 4. Red.

Wir begrüßen den Kollegen Rolando Brena, Mitglied des Nationalen Politischen Rates der SUTEP (Einheitsgewerkschaft der Beschäftigten im Erziehungswesen) in Frankfurt. Wir nehmen die Gelegenheit war, unsere Anerkennung und unsere Freude über den Erfolg bei dem diesjährigen 81tägigen Streik der Lehrer-Kollegen in Peru zu bekunden, in dem folgende Forderungen durchgesetzt wurden:

- Erhöhung der um 60 % unter dem regierungsamtlich festgesetzten Existenzminimum liegenden Löhne
- Anerkennung der SUTEP als Gewerkschaft und Verhandlungspartner des Erziehungsministeriums
- Anerkennung des Streiks
- Wiedereinstellung der wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten entlassenen und verhafteten Kollegen.

Diese Forderungen konnten nur durch Unterstützung der Mehrheit der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften und die internationale Solidarität aus vielen Ländern durchgesetzt werden.
Nur eine ähnliche Solidarität kann die gegenwärtig in Peru stattfindenden gewerkschaftlichen Kämpfe verschiedener Gewerkschaften erfolgreich beenden.

DGB und GEW Frankfurt



Überblick über die Lage der peruanischen Lehrer und ihren gewerkschaftlichen Kampf

Ein Bericht des Kollegen Rolando Brena, Repräsentant der SUTEP (Sindicato Unico de Trabajadores de la Educacion Peruana – Einheitsgewerkschaft der Lehrer und Erzieher Perus)

– *Zahlen und Stichworte zur Allgemeinpolitisch-Ökonomischen Situation:*

Nach 10 Jahren Militärdiktatur, die sich demokratisch, nationalistisch und revolutionär bezeichnete und damit die Weltöffentlichkeit beeinflußte, hat diese Regierung heute in aller Klarheit bewiesen, daß sie nicht die Interessen des peruanischen Volkes vertritt. Während ihrer Regierungszeit stieg das Elend der Bevölkerung und das Ausmaß ihrer Unterdrückung – vor allem von Gewerkschaftern – unerträglich an.
Hier kurz einige offizielle Zahlen dazu:

1968 – – 737 Millionen Dollar Staatsschulden an das Ausland
1978 – – 8273 Millionen Dollar Staatsschulden an das Ausland (bis Mai)

In der Folge arbeitet das peruanische Volk für die Tilgung seiner Schulden, die sich für 1979 auf 1500 Millionen belaufen werden; das sind 67 % des gesamten Exports!
Wechselkursentwicklung: 1969 1 Dollar = 43,36 Soles
1978 1 Dollar = 170,00 Soles
Investitionen der USA in Peru:
1968 = 749 Mill./ 1976 = 1367 Mill. Dollar

	1975	1976	1977	Januar-Mai 1978
Preissteigerung	24,0%	44,7%	32,4%	41,0%
Lohnsteigerung	16,7%	36,3%	29,7%	13,0%
Gewinnsteigerung	43,5%	45,4%	50,0%	

Dazu kommen noch:
- über 10 % Kindersterblichkeit
- ungenügende medizinische Versorgung (auf einen Arzt kommen 10.000 Landbewohner)
- Ernährung im Durchschnitt weiter unter dem Ernährungsminimum mit fallender Tendenz!

Die Situation der Lehrer in Peru:

Es gibt keine sozialen Unterschiede zum Volk, da auch sie politisch, ökonomisch und gewerkschaftlich unterdrückt werden. Von 16 Millionen Einwohnern sind 140.000 Lehrer, also 3 % der Beschäftigten. 81.000 verdienen monatlich ein Grundgehalt von 10.000 Soles (120,–DM), aber das offizielle Einkommensminimum für eine Familie liegt in Lima bereits bei 27.000,– Soles. Vergleicht man den Staatshaushalt der Streitkräfte mit dem des Erziehungswesens, so liegt bei den Ausgaben für die Streitkräfte eine steigende, dagegen beim Erziehungswesen eine fallende Tendenz vor:

1968	28 % d. Staatshaushaltes für die Streitkräfte	31,9 % des Staatshaushaltes für das Erziehungswesen
1978	35 % d. Staatshaushaltes für die Streitkräfte	14,0 % d. Staatshaushaltes für das Erziehungswesen

Folgende statistische Daten zeigen auf, daß die soziale Zusammensetzung der Lehrer in etwa der der peruanischen Bevölkerung entspricht:

8 % der Lehrer sind Kinder von Landarbeitern
16 % der Lehrer sind Kinder von Arbeitern
20 % der Lehrer sind Kinder von Angestellten ohne Ausbildung
19 % der Lehrer sind Kinder von Kleinhändlern
9 % der Lehrer sind Kinder von Angestellten mit Ausbildung
7 % der Lehrer sind Kinder von Akademikern
10 % der Lehrer sind Kinder von Bauern und Landbesitzern
57 % der Lehrer sind Frauen
40 % der Lehrer sind zwischen 25 und 34 Jahre alt.

Zwischen der Lage des Lehrers und der Lage des Volkes bestehen kaum Unterschiede: beide sind unterdrückt und unterbezahlt. Die peruanische Krise trifft die Lehrer ebenso hart wie die anderen Teile des Volkes. So konnte sich der Lehrer aus der Ideologie der Herrschenden lösen:
- er lernte, daß er nicht die Funktion eines Apostels hatte, sondern Lohnempfänger war,
- er lernte, daß er nicht ein angepaßtes Vorbild sein mußte, sondern vorbildlich gewerkschaftlich kämpfen mußte,
- er lernte, daß er nicht sozial absteigt, wenn er wie ein Arbeiter um seinen Lohn kämpft, sondern wie er ausgebeutet und verfolgt wird.

Fazit: Notwendigkeit des Aufbaus einer gewerkschaftlichen Organisation nach dem Vorbild der Arbeiter! Die Lehrer haben Angst vor gewerkschaftlichem und politischem Kampf verloren und nehmen am Kampf der gesamten Arbeiterklasse teil.
Zur Durchsetzung ihrer Interessen wird 1971 die SUTEP gegründet. In diesem Jahr kommt es bereits zu einem 15-tägigen Streik, der von der Regierung mit Gewalt blutig niedergeschlagen wird. Durch das Erlernen neuer gewerkschaftlicher Kampfformen trägt die Lehrergewerkschaft trotzdem einen politischen Sieg davon. Als neue Konzeption wollen sie nicht mehr nur um Lohnerhöhungen kämpfen, sondern eine Verbindung mit dem politischen Kampf des Volkes erreichen. 1972 sind bereits 90 % der Lehrerschaft gewerkschaftlich organisiert. Von 1972 bis 1978 gibt es viele Kämpfe, die eine Stärkung der Gewerkschaften bewirken – die politische Bildung reift.
Auf dem 2. Nationalkongreß der SUTEP, der im Januar 1978 stattfand, wurde unter anderem die Durchführung eines unbefristeten Streiks der Lehrerschaft auf nationaler Ebene beschlossen, der das Ziel hatte, eine Reihe von Forderungen erfüllt zu bekommen, die die Regierung über viele Jahre hinweg abgelehnt hatte.

Der unbefristete Streik
Nachdem es die Regierung über längere Zeit hinweg abgelehnt hatte, mit der SUTEP in Verhandlungen zu treten, ruft die Gewerkschaft zum unbefristeten nationalen Streik zum 8.5. 1978 auf.
Der Streik dauert 81 Tage – er ist der längste, gewaltsamste und härteste, aber auch der siegreichste Streik innerhalb der Gewerkschaftsbewegung der Lehrer gewesen. Der Widerstand der Lehrer gegen alle Maßnahmen der Regierung, den Streik niederzuschlagen, hatte Erfolg.
Er war populär und bekam die Unterstützung der Gesamtheit der Bevölkerung sowie die Solidarität anderer Gewerkschaften.

Maßnahmen der Militärregierung gegen den Streik:
Mit allen Mitteln bekämpfte die Militärregierung den Streik.
- Alle Schulen wurden geschlossen.
- Durch ein Dekret wurden die Grundrechte aufgehoben, sowie eine Ausgangssperre verhängt.
- Die Büros der SUTEP wurden von der Polizei besetzt.
- Hunderte von Lehrern wurden verhaftet.
- Es gab Tote und Verletzte.
- Die Gehälter der Lehrer wurden einbehalten.
- Streikbrechern wurde eine Lohnerhöhung versprochen.
- Über Fernsehen, Funk und Zeitungen wurde eine Verteufelungskampagne verbreitet.

Trotz allem ist es der Militärregierung nicht gelungen, den Streik zu brechen!
Die Lehrer antworteten ihrerseits mit einer Reihe von Maßnahmen:
- Tägliche Demonstrationen im ganzen Land.
- Es gab Schul- und Kirchenbesetzungen.
- Hungerstreiks fanden in verschiedenen Städten des Landes statt.
- Fußmärsche nach Lima wurden organisiert.
- Es kam zu Arbeitsniederlegungen und Streiks anderer Gewerkschaften in Koordination mit der SUTEP.
- Massenmobilisierungen der Eltern-, Schüler- und Studentenverbände wurden organisiert.

Der Eröffnungstag der Verfassungsgebenden Versammlung (die Militärdiktatur hatte zur Verfassungsgebenden Versammlung aufgerufen – sie sollte eine neue Verfassung formulieren, auf deren Grundlage die Präsidentschaftswahlen von 1980 stattfinden sollen) wurde zu einem Tag der Schlacht: als ein von der SUTEP organisierter Demonstrationszug von ca. 30.000 Menschen am Parlamentsgebäude ankam und die Parole „Das Volk will Brot und keine Verfassungsgebende Versammlung!" rief, griff die Polizei ein, um die Demonstranten mit Waffengewalt und Tränengas auseinanderzutreiben. Die Eröffnungsfeier mußte wegen des bis in die Säle des Parlamentsgebäudes eingedrungenen Tränengases vorzeitig beendet werden. Unter dem Druck der Massenmobilisierung trat die Militärjunta in Verhandlungen mit der SUTEP.
Am 27.7.1978 erreichte die SUTEP die Anerkennung ihrer wichtigsten Forderungen (siehe Resolution der Kreisdelegiertenversammlung). Der Erfolg des Streiks ist auf die richtige gewerkschaftliche Führung zurückzuführen, sowie auf den Kampfgeist der Basis, auf die gerechten Forderungen wie auch auf die Solidarität, die der Streik von der Gesamtheit der Bevölkerung erhalten hatte. Die internationale Solidarität der Lehrer aus Frankfurt, Spanien, Bolivien, Ekuador, Mexiko, Venezuela, Kolumbien etc. hat die SUTEP in ihrem Kampf ermutigt – sie ist jetzt um so notwendiger. Die erkämpften Rechte müssen in Erfüllung gehen, d.h. die Regierung muß die ihr abgetrotzten Kompromisse in einer Zeit voller Spannungen und Konflikte einhalten.
Die SUTEP muß die von der Polizeigewalt zerstörte und beschlagnahmte materielle Infrastruktur (Druckmaschinen, Schreibmaschinen, Mobiliar etc.) neu aufbauen.
Hierbei ist die Unterstützung durch die internationale Solidarität wichtig.

Solidaritätsspenden für die SUTEP: DGB Bezirksverband Frankfurt, Kontonummer 1600 803 100, BfG Frankfurt, Kennwort: „Peru".

REPRESSION IN DER BRD

Abschiebung koreanischer Krankenschwestern

Menschenhandel heute: Die Abschiebung der koreanischen Krankenschwestern

Ehemals als „sanfte Engel", als immer lächelnde, hilfsbereite, selbstlose Lückenbüßerinnen in unseren katastrophal unterbesetzten Krankenhäusern sehr geschätzt, und nun geschaßt: Den 16.500 asiatischen (darunter 8.500 koreanischen, 5.500 philippinischen und 2.500 indischen) Krankenschwestern und Krankenpflegehilferinnen (1), die z. Zt. in der BRD arbeiten, steht die Abschiebung in ihre Heimatländer bevor. Ein „Gastarbeiterproblem" am Krankenhaus? Sicherlich; und – wie einige Einzelheiten zeigen – ein Paradebeispiel herrschender Doppelmoral.

Retterinnen in der Not

Noch 1972 wurde der Fehlbestand an Krankenpflegekräften in der BRD auf 30 - 40.000 geschätzt (2). Sowohl durch die Zunahme der Krankenhausbetten um 17 % zwischen 1960 und 1970 (3) bzw. die verstärkte Inanspruchnahme des Krankenhauses (z. B. durch den Wegfall der Familienpflege) als auch durch den medizinisch-technischen Fortschritt, der auf manchen Gebieten einen vermehrten Einsatz von Pflegepersonal mit sich brachte (z. B. Ausbau der Intensivstationen), war der Bedarf an Pflegepersonal so gewachsen, daß er durch den zahlenmäßigen Anstieg (in gleichem Zeitraum um 40 § (3)) bei weitem nicht wett gemacht werden konnte. Zudem war die Krankenpflege zu dieser Zeit (als mancherorts eine Nachtwache mit DM 25,; bezahlt wurde) noch sehr stark von karikativen Zügen geprägt; die oft miserablen Arbeitsbedingungen und die vor allem in den kirchlichen und privaten Häusern fehlende Mitbestimmung taten ihr übriges. Gerade diese Häuser waren es, die durch Maßnahmen zur Aufpolierung des Images der Krankenpflege, z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit, die Einführung des Schichtdienstes in drei Schichten anstatt des geteilten Dienstes in zwei Schichten, die bessere Bezahlung der Nachtschichten und Überstunden und die generelle Krise der karitativen Ideologie (die sich z. B. in der Schließung von Diakonissinnen-Schulen manifestierte) zustäzlich in Bedrängnis gerieten.
Hier bot sich der „Import" ausgebildeter Krankenschwestern und Krankenpflegehelferinnen aus Asien an. Auf der einen Seite war so eine rasche Abhilfe in der Personalsituation erreicht. Andererseits versprachen die asiatischen Schwestern, aufgewachsen in einer patriarchalisch strukturierten Gesellschaft, erzogen in völliger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Abhängigkeit zu unbedingter Unterordnung und Gehorsam, genau den Schwestern-Typ abzugeben, der so dringend gebraucht wurde: diszipliniert, fügsam und genügsam.
Sie wurden oft als „rettende Engel" bezeichnet; Dank für die Rettung des bundesdeutschen Krankenhauswesens war ihnen gewiß . . . Man war sich hierzulande natürlich nicht zu schade, dabei auch auf den Preis zu sehen. Man konnte so immerhin die Kosten für die Ausbildung der Krankenschwestern sparen, ja selbst die Schulausbildung, um ganz zu schweigen von Renten und Kindergeld – denn es wurden ledige und kinderlose Aisatinnen bevorzugt. Und es bot sich durch den Import der „Engel" eine günstige Gelegenheit, hierzulande den Belegschaften und Gewerkschaften bei Forderungen und Änderungen im Krankenhauswesen den Wind aus den Segeln zu nehmen, denn es gab ja anscheinend genügend Menschen, die bereit waren, unter den bestehenden Bedingungen im bundesrepublikanischen Krankenhaus ihren Dienst am Kranken zu tun.

Hintergründe: Süd-Korea, Land unter westlichem Einfluß

Seit Jahren gilt Süd-Korea als „Wirtschaftswunderland" unter den Entwicklungsländern. Das jährliche Wachstum des Bruttosozialprodukts (der Wirtschaftsleistung des Landes) betrug 1973 16,5 %, im Krisenjahr 1974 2 %, 1976 wieder 15,5 % (s. Kasten Basisdaten). Diese Wachstumsraten der südkoreanischen Wirtschaft sind auch dann erstaunlich, wenn man die ungeheure Inflation berücksichtigt, die für das letzte Jahr auf über 20 % geschätzt wird (5). Die Lebenswirklichkeit im Lande steht dazu in krassem Gegensatz. 87 % der Arbeiter verdienen weniger als das Existenzminimum, es gibt ca. 3 Mio. Unter- und Gelegenheitsbeschäftigte und schätzungsweise 1 Mio. Arbeitslose (ca. 10 % der erwerbstätigen Bevölkerung) (6). 68 % der Bauern besitzen zu wenig Land, um sich und ihre Familien davon ernähren zu können (7). Fragt sich, wohin der Wohlstand fließt.

Korea besitzt kaum eigene Rohstoffe, die Landwirtschaft wurde nach 1945 stark vernachlässigt (30 % des Getreidebedarfs wird aus den USA und Japan importiert. Das entsprach 1975 8 % des Gesamtimports des Jahres). Statt dessen wurden nach dem 2. Weltkrieg eine Halb- und Fertigwarenproduzierende Industrie aufgebaut. Neuerdings wird auch in Schiffbau-, Zement- und Kunstdüngerbetriebe investiert. Die benötigten Rohstoffe und vorgefertigten Teile (z. B. für die Elektronikindustrie) werden von Japan, den USA und anderen westlichen Ländern oder rohstoffträchtigen Entwicklungsländern eingeführt und die Endprodukte wieder vorwiegend in Industrieländer exportiert.

Korea ist jedoch dermaßen abhängig von den Importen, daß es trotz eines Exportanteils am Bruttosozialprodukt von 67 % 1974 und 1975 ein Handelsdefizit von über 2 Mrd. US-Dollar und 1976 – trotz drastischer Importbeschränkungen – noch von 700 Mio. US-Dollar hinnehmen mußte (6). Die Schuldenlast belief sich Mitte 1976 auf 12 Mrd. US-Dollar. Zusätzlich mußten 500 Mio. US-Dollar Zinsen und Zurückzahlungen geleistet werden (6).
Die Defizite können nur dadurch getilgt werden, daß riesige Mengen ausländischen Kapitals ins Land geholt werden. Das bedeutet Beteiligung ausländischer Unternehmen an einheimischer-Industrie, Aufbau von ausländischen Betrieben auf koreanischem Boden, aber auch der unmittelbare Tausch koreanischer Arbeitskräfte gegen harte Devisen.
Am deutlichsten zeigt sich dies in der Förderung des Tourismus (Prostitution) und dem Export von Fachkräften wie Krankenschwestern und Ärzten in die USA und die BRD, von Bergleuten und Bauarbeitern nach Asien und in den Nahen Osten, die einen großen Teil ihrer Gehälter nach Korea zurücküberweisen. Außerdem findet im Wettlauf um die Gunst ausländischer Unternehmen ein Ausverkauf der wirt-

schaftlichen und staatlichen Unabhängigkeit und der demokratischen Rechte des größten Teils der arbeitenden Bevölkerung statt.
Ursprünglich – aus politischem Interesse – von den USA als „Bollwerk gegen den Kommunismus" nach dem 2. Weltkrieg wirtschaftlich an den Westen gebunden, buhlt Süd-Korea jetzt – nach einem gewissen Rückgang seiner politischen Bedeutung – mit einem „günstigen Investitionsklima" um seine Stellung auf dem Weltmarkt zu halten:

- freie Gewinnübertragung ins Heimatland der Anleger
- Steuerbefreiung bzw. Steuerermäßigung mindestens für die ersten fünf Jahre
- verbilligte Energie und sonstige Betriebskosten
- keinerlei Umweltauflagen
- extrem niedrige Lohnkosten
- staatliche, vom Geheimdienst kontrollierte Gewerkschaft
- Verbot der gewerkschaftlichen Organisation in allen Betrieben des ausländischen Kapitals.

Charakteristischerweise ist Süd-Korea weitaus abhängiger vom Import aus und Export nach den Industrieländern als letztere umgekehrt. Japan ist z. B. zu 40 % am Im- und Exportgeschäft Koreas beteiligt, führt selbst aber nur 3 % seines Gesamtexports nach Korea aus, für die USA liegt dieser Anteil unter 1 %. Die BRD nimmt 12 % der Ausfuhren auf (vor allem Textilien). liefert selbst aber sehr viel weniger nach Korea (6).
Süd-Korea besitzt eher für einzelne Konzerne, die dort sehr viel investiert haben, wie z. B. Gulf Oil oder General Motors, eine große Bedeutung. Ebenso bietet es günstige Ausweichmöglichkeiten für in kritischen Situationen befindliche Volkswirtschaften. Japans Klein- und Mittelunternehmer, die in Japan selbst von den großen Konzernen bedroht sind, wichen nach Süd-Korea aus.

Die BRD bezog von hier eine billige Reservearmee von Krankenschwestern, als die katastrophalen Verhältnisse in den bundesdeutschen Krankenhäusern nicht mehr tragbar waren.

Tab.: „Export" von koreanischen Krankenschwestern und Krankenpflegehelferinnen aus Südkorea in die BRD (1)

	Krankenschw.		Krankenpflhelf.	
Vor 1971	2304		1402	
	Zahl	Plan	Zahl	Plan
1971	461	400	893	800
1972	669	500	866	2500
1973	763	600	419	3000
1974	954	700	252	3500
Gesamt im Planungszeitraum	2847	2200	2430	9800
1975 + 1976	460		65	
Total	5611		3897	

Für die koreanische Bevölkerung bedeutet dies jedoch eine massive Ausbeutung und Unterdrückung. Das Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie beträgt z. Zt. monatlich 160 230 Won (ca. DM 763,–, 1977), 80 % der Arbeiter verdienen jedoch nicht mehr als 30 000 Won (ca. DM 142,–) (8). Mädchen, Frauen, auch schwangere Frauen, müssen in der Regel zum Familienbudget beitragen. 35 % der Gesamtbeschäftigten sind Frauen (8). Die Probleme verschärfen sich noch durch die in die Städte abwandernden Bauern. Jegliche politische Opposition ist verboten und wird als „Kommunismus" verfolgt. Am 10. 3. 77 veröffentlichten 1 500 Arbeiter im Schutz der Kirche eine „Erklärung für die Menschenrechte der Arbeiter" (9).
Für das Gesundheitswesen werden vom Staat ganze 1,5 % des Haushalts aufgebracht (13). Entsprechend sieht der Zustand des koreanischen Gesundheitswesens und der Gesundheitszustand der koreanischen Bevölkerung aus: Nach einem Bericht des koreanischen Gesundheitsministeriums von 1973 sind 90 % aller Koreaner von Parasiten befallen, 80 % leiden an Wurmbefall, 22 Mio. (60 %) sind TBC-infiziert, 1,2 Mio. (3 %) geschlechtskrank, über 100 000 leiden an Krebs (7). Doch die finanzielle Misere ist nicht das ausschlaggebende Moment für die schlechte Gesundheitsversorgung, grundlegend ist das unzureichend ausgebaute und inadäquat strukturierte koreanische Gesundheitswesen.

Die Mehrzahl der vorhandenen Institutionen ist auf die Städte konzentriert. Hier gibt es die größten Krankenhäuser (neun der zwölf Krankenhäuser Süd-Koreas liegen in den beiden Städten Seoul und Pusan (7)), die als Unikliniken oder Provinzkrankenhäuser vom Staat getragen werden, die – hoch die westliche Medizin – nach „amerikanischem Standard" arbeiten und in bezug auf ihre Ausstattung direkt an der (seichten) Quelle sitzen (5). Dazu kommen in den Städten noch private und kirchliche Kliniken, in denen allerdings hinsichtlich Ausstattung und Arbeitssituation weit schlechtere Verhältnisse herrschen. 81 % der frei praktizierenden Ärzte (1 Arzt auf 3 000 Einwohner) und 89 % der Hebammen (7) arbeiten in den Städten, auf dem Land liegt die Arztdichte bei 1 : 14 000 (7).

Auf dem Land wird versucht, durch sog. Public Health Center, in denen Ärzte zwei Pflichtjahre absolvieren müssen (die allerdings meist Urlaubscharakter haben (5)), die medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten. Diese Health Center sind allerdings nicht als funktionierende dezentrale Institutionen der Gesundheitsversorgung anzusehen. Sie sind in bezug auf Instrumente und Medikamente organisatorisch von den Provinzkrankenhäusern abhängig, von denen sie versorgt werden – und als letztes Glied der Kette nur noch wenig abbekommen.
In 50 % der Landkreise gibt es keinen Arzt (7), 46 % der Health Center arbeiten ohne Ärzte (13). Hier liegt das eigentliche Aufgabengebiet der Krankenschwestern im koreanischen Gesundheitswesen: Sie halten noch eine minimale Gesundheitsversorgung aufrecht. Dadurch, daß sie z. T. ohne Arzt ganze Landstriche versorgen müssen, ist ihre Existenz in Süd-Korea unersetzlich, wenn sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung nicht noch weiter verschlechtern soll.
Ein Regime bzw. ein System, das eine solche Politik der Unterordnung unter ausländische Interessen bei gleichzeitiger Mißachtung der elementarsten Bedürfnisse und Rrechte des „eigenen" Volkes betreibt, kann sich nur mit massivem innenpolitischem Druck an der Macht halten. Seit Jahren wird der Ausnahmezustand aufrechterhalten, der Geheimdienst KCIA ist allgegenwärtig, freie gewerkschaftliche Betätigung ist verboten, Hinrichtungen und hohe Gefängnisstrafen wegen „Spionage für den kommunistischen Norden" sind an der Tagesordnung. Z. B. ist der Park-Gegner Kim Dezun, der 1972 bei den Präsidentschaftswahlen (trotz großzügiger Wahlmanipulationen) 48 % der Stimmen bekam, seitdem in Haft.
Weitere Konflikte, die nur mittels Repression unter Kontrolle gehalten werden können, sind in der Konfrontation von den im Zuge der Industrialisierung „importierten" westlichen Wertvorstellungen und der westlichen Kultur

mit der einheimischen Kultur und Gesellschaft zu suchen. Dies wird besonders deutlich am Beispiel der Frauen in Süd-Korea.
Schon unter der japanischen Besatzung wurden in der Textilindustrie nur Frauen eingestellt, und noch heute werden sie als Billigst-Arbeitskräfte hoch geschätzt. Eine exemplarische Schilderung deren Arbeitssituation: Arbeitszeit täglich 12 Stunden, Sonntag 18 Stunden, Pause täglich 30 Minuten, Wohnheim (14) (bei einem Verdienst von 30 000 Won (15)). Andererseits bleiben sie fest in die patriarchalischen Strukturen der koreanischen Gesellschaft verstrickt. Allerdings gehen an manchen Orten gerade von den Arbeiterinnen Streiks und Widerstandsbewegungen aus (15).
Eine Krankenschwester hat in Süd-Korea ein relativ hohes Prestige und wird auch besser bezahlt als eine Arbeiterin (70-80 000 Won (15)). Allerdings sind auch hier die Arbeitsbedingungen, vor allem in den privaten und kirchlichen Krankenhäusern und in den Privatpraxen, sehr schlecht (z. B. keine Überstunden- und Nachtzuschläge). Die Bezahlung ist gemessen an den Lebenshaltungskosten immer noch sehr gering. Auch hier fanden in der letzten Zeit vermehrt Streiks statt, z. B. in zwei größeren Krankenhäusern in Seoul.
Auf diesem Hintergrund hat die Emigration koreanischer Frauen in die BRD am Ende der 60er Jahre ganz handfeste Gründe: Die Aussicht auf einen gesicherten Arbeitsplatz, auf Altersversorgung, auf Weiterbildung und auf gute Bezahlung mit der Möglichkeit, ihre Familien finanziell zu unterstützen. In einer Befragung, die kürzlich bei koreanischen Krankenschwestern und Krankenpflegehelferinnen, die hier arbeiten, durchgeführt wurde (1), wurden außerdem noch Gründe wie „Abenteuerlust" angegeben. Man könnte allerdings dahinter auch die Gelegenheit vermuten, dem Widerspruch zwischen „Teilhabe" am industriellen Aufbau und der Bindung an althergebrachte Häuslichkeit und Unterordnung unter Mann und Familie zu entkommen
in Korea „gibt es wenig berufliche Möglichkeiten für eine Frau. Schon während der Berufsausbildung müssen viele zurückstehen, wenn das Geld nicht für die Ausbildung aller Kinder reicht. Dann verzichtet man oft auf ein Studium oder eine andere Ausbildung, weil die Ausbildung der Brüder vorgeht. Als Frau übt man seinen Beruf sowieso nur bis zur Heirat aus. In den wenigen Frauenberufen gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit, besonders bei den Krankenhausschwestern. .... Für viele von uns war diese Perspektive – kaum Möglichkeiten zur beruflichen Qualifizierung, drohende Arbeitslosigkeit – der Grund dafür, daß wir in der Möglichkeit, im Ausland zu leben und zu arbeiten, eine Chance sahen. Denn viele von uns waren gezwungen, durch ihre Arbeit in Deutschland ihre Familien finanziell zu unterstützen, um z. B. die Ausbildung anderer Geschwister zu sichern. Unsere eigene Ausbildung hat unsere Familien viel Geld gekostet – die Ausbildungsgebühren für ein Jahr kosten den Durchschnittsverdienst eines halben Jahres. Angesichts der bestehenden Arbeitslosigkeit bei Krankenschwestern in Korea haben die meisten die Ausbildung nur gemacht, weil sie die Möglichkeit sahen, im Ausland Geld zu verdienen." (15)

Das Geschäft mit den Krankenschwestern

Bereits seit 1959 wurden asiatische, vor allem koreanische Krankenschwestern in die BRD vermittelt, vorerst durch private Agenturen und Ordensgemeinschaften, doch war diese Vermittlung zahlenmäßig recht unbedeutend (s. Tab.). Als Ende der 60er Jahre die Nachfrage hierzulande größer wurde, übernahm die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) unter Leitung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung diese Vermittlung, und zwar wurde im Juni 1970 mit Süd-Korea (vertreten durch die Korea Overseas Development Cooperation, KODCO) ein belateraler Vertrag, das sog. „Korea-Programm", abgeschlossen. Der Vertrag sah die Ausbildung der Krankenschwestern und Krankenpflegehelferinnen in Korea auf deren eigene Kosten vor, für die Zahl der in die BRD zu „exportierenden" Krankenpflegekräfte wurden Planungswerte vereinbart (s. Tab.).

Die Ausbildung in Süd-Korea wurde größtenteils in Kurzform durchgeführt (daher auch der hohe Anteil der ausgebildeten Krankenpflegehelferinnen) und ist nur in Deutschland anerkannt: 1974 wurde der Import offiziell von seiten der BRD gestoppt.
Insgesamt sind bis zum April 1976 rund 10 000 koreanische Krankenschwestern und Krankenpflegehelferinnen in die BRD gekommen (1, 11), von denen jetzt noch zwischen 8 500 (1) und 6 000 (16) in der BRD arbeiten. Die koreanischen Schwestern stellen also ungefähr 5 % aller Krankenpflegekräfte, die bei uns beschäftigt sind.
Bezeichnend ist die Tatsache, daß im Vertragszeitraum die Planungswerte für die Krankenschwestern deutlich überschritten wurden (s. Tab.). Bei den weniger qualifizierten Krankenpflegehelferinnen wurden sie bei weitem nicht erreicht – man hält sich bei uns eben an Qualität, vor allem auf Kosten anderer. Auch bei der Auswahl der Krankenschwestern wurden hohe Maßstäbe angelegt, es wurden Untersuchungen über den körperlichen und seelischen Zustand durchgeführt, und die Krankenschwestern mußten sich Schwangerschaftstests und Wurmkuren unterziehen (15). ★

Jetzt Dankestelegramm des Schah von Persien an die Freiburger Polizei?

samstag, 25.11., am Tag der „blutigsten Demonstration seit Jahren" gegen das Schah-Regime in Frankfurt.
Tatort: Zwischen Freiburg und Emmendingen
Tatzeit: Kurz nach 21 h Täter: Die Freiburger Polizei.
Unser Bus hat nur noch wenige Kilometer der Strecke Frankfurt – Freiburg zurückzulegen. Plötzlich Straßensperre, Blaulicht, alles voll mit Grünen: Ein Mannschaftswagen ein Wagen mit Riesenscheinwerfer, ein VW-Bus, Ein Polizei-Mercedes, ein Zivilfahrzeug der Polizei. Ein Dutzend behelmte Grünen stürzt in den Bus, jeweils ein „Freund und Helfer" setzt sich neben uns.
Der Einsatzleiter erklärt uns für vorläufig festgenommen: dringender Tatverdacht, im Rahmen der Frankfurter Demonstration strafbare Handlungen begangen zu haben. Der Bus wird mit Polizeieskorte nach Freiburg gebracht: erkennungsdienstliche Behandlung, sprich Fotos für's Verbrecheralbum. Dr. Heine von der politischen Polizei verweigert die telefonische Benachrichtigung eines Anwalts.
Wir protestieren aufs schärfste gegen das Vorgehen der Polizei. Irgendwelche abstrusen Verdachtsmomente werden zusammengebastelt, um in einer Nacht- und Nebelaktion einen ganzen Bus zu kriminalisieren und einzuschüchtern, dessen einzige „Schuld" darin besteht, nach Frankfurt gefahren zu sein. Denn nicht einmal für die tatsächliche Teilnahme an der Demonstration gibt es einen stichhaltigen Beweis. Was dahintersteckt ist klar: All denen, die noch den Mut haben, trotz Berufsverboten, Verfassungsschutz und Gesinnungsschnüffelei für ihre politischen Überzeugungen einzutreten, soll das Maul gestopft werden.

aus: Stadtzeitung für Freiburg, Dez. 1978

Russell-Tribunal

Zweite Sitzungsperiode vom 3. - 9. Januar in Köln

Daß Menschenrechte in der Bundesrepublik verletzt werden, hat das Russell-Tribunal bereits im Frühjahr festgestellt. Damals waren die Berufsverbote eine Woche lang das Thema öffentlicher Hearings. Doch leider werden die Freiheitsrechte bei uns nicht allein nur durch diese Praxis gefährdet: Lauschangriffe und Abhöraffairen, Beschlagnahmungen von linken Büchern und Zeitschriften, die Anwendung der Paragraphen 88a und 130 StGB gegen Buchhändler und Drucker, Ehrengerichtsverfahren gegen linke Anwälte, das Kontaktsperregesetz, schwarze Listen beim BGS, Schnüffelaktionen des Verfassungsschutzes an den Schulen, die Absetzung mißliebiger Sendungen in den Rundfunkanstalten lassen berechtigte Zweifel aufkommen, ob sich die „wehrhaften Demokraten" und „Verteidiger der fdGO" bei ihrem Tun und Treiben noch auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen.
Die Mitglieder des Russell-Tribunals teilen diese Zweifel. Wenn gegenwärtig, auch als Ergebnis der ersten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals, das Thema der Berufsverbote wieder stärker diskutiert wird, so darf doch nicht übersehen werden, daß diese Diskussionen, wie auch kritische Äußerungen bekannter Politiker, noch nicht ohne weiteres Konsequenzen enthalten und den Radikalenerlaß mit all seinen Begleitpraktiken wieder verschwinden lassen. Eher scheint es gegenwärtig so, als solle die Diskussion symbolisch Liberalität demonstrieren, als würde die Überprüfungs- und Verbotspraxis höchstens ein wenig eingeschränkt oder allenfalls verschoben, um die Kritik einzuschlägern. Auch wäre es verhängnisvoll, die Aufmerksamkeit würde sich allein auf das Berufsverbot konzentrieren und Gefahren, die den Menschenrechten von anderer Seite her drohen, gerieten darüber aus dem Blick.
Aus diesem Grunde hat die internationale Jury des Russell-Tribunals entschieden, auf der zweiten Sitzungsperiode, der letzten des Tribunals, drei zusätzliche Fragen zu behandeln:

- Zensur in der Bundesrepublik Deutschland
- Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes,
- Mutmaßliche Verletzung der Menschenrechte von Personen, die in ein Strafverfahren involviert sind.

Kontakt und weitere Informationen gibts beim Sekretariat des Russell Tribunals, Ahornstraße 5, 1000 Berlin 30, Telefon: 030/211 91 38.

Materialien zum Russell-Tribunal

Ein Film über das Russell-Tribunal, seine Entstehung und seine Inhalte sowie über die öffentliche Kampagne gegen das Tribunal kann bestellt werden bei: Basis-Film-Verleih, Finckensteinallee 32, 1000 Berlin 45 (Tel. 030/833 80 81). (16 mm. Lichtton, schwarz/weiß, 15 Min.).
Die Materialien, Protokolle und Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode des 3. Russell-Tribunals enthält die offizielle Publikation über die Verhandlungen der Jury: „3. Internationales Russell-Tribunal: Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland, Band 1", Rotbuch Verlag Berlin, 8,–.
Das Sekretariat des Russell-Tribunals hat die Presse-Berichterstattung zur 1. Sitzungsperiode in einer umfangreichen Dokumentation zusammengestellt.
100 Seiten, DIN A 4, DM 4,–.

Mit der Diffamierungskampagne gegen das Tribunal setzt sich ein vom Deutschen Beirat des Tribunals herausgegebenes Buch auseinander; Berichte 2; Internationales Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD.
120 Seiten, 6,– DM.
Die Publikationen sind zu bestellen bei: Kirschkern Buchversand, Schlüterstraße 28, 1000 Berlin 12.

Spendenkonten:
Bank: 0254585300
Thomas Dieckmann
Sonderkonto: Russell-Tribunal
Berliner Bank BLZ 100 200 00
Postscheck: 415909-100
Thomas Dieckmann, Sonderkonto Russell-Tribunal
PschA Berlin-West, BLZ 100 100 10

DRITTE WELT IM UNTERRICHT

DRITTE WELT IM UNTERRICHT

Ideen und Anregungen, die in der Unterrichtspraxis bzw. der direkten Vermittlungsarbeit zum Thema Dritte Welt entstanden sind, oder dort konkret umsetzbar sind, sollen Gegenstand der ab dieser Nummer eingeführten regelmäßigen Rubrik „Dritte Welt im Unterricht" sein. Dabei kommt es uns darauf an, Vorschläge und Ideen aufzunehmen, die direkt umsetzbar sind, oder auch vorhandenes Unterrichtsmaterial auf seine Brauchbarkeit hin zu überprüfen und falls nötig Alternativvorschläge zur Verwendung des Materials zu entwickeln. Wir sind auf die Mithilfe unserer Leser angewiesen und bitten insbesondere diejenigen unserer Leser, die in direkter Vermittlungsarbeit stehen (Lehrer, Tagungsleiter), Materialien, Ideen und Vorschläge an uns zu schicken. Dabei ist es nicht erforderlich, daß diese Vorschläge und Materialien völlig durchgeplant und durchstrukturiert sind und einen bestimmten Bereich vollständig erfassen, vielmehr sollten möglichst verschiedenartige und in der Praxis erprobte Anregungen gegeben werden. Die Reihe beginnen wir mit einem kurzen Hinweis auf die Verwendbarkeit von Collagen im Dritte-Welt-Unterricht, aber auch auf Tagungen und Seminaren.

Red.

Collagen

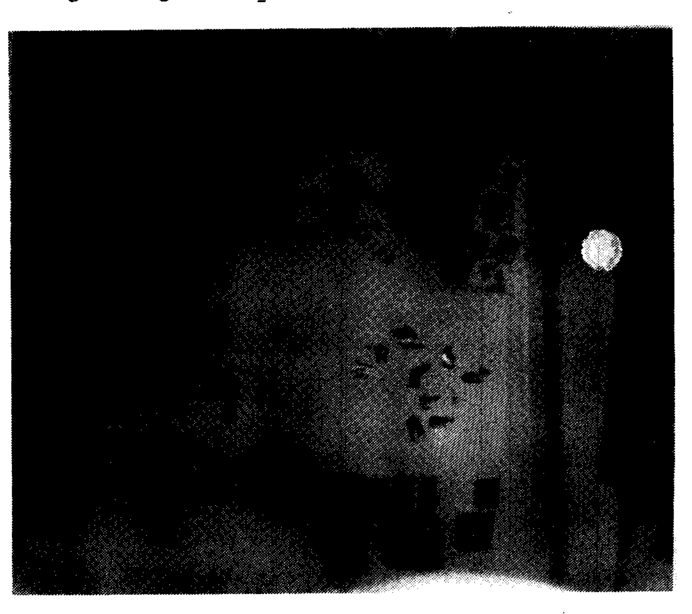
Didaktische Anregung: Erstellung von Collagen

Die Klasse 8c der Gesamtschule Reichelsheim, die uns um Material zum Thema Dritte Welt gebeten hatte, schrieb einer Mitarbeiterin des iz3w folgenden Brief: „Wir möchten uns für das Material, das Du uns geschickt hast, bedanken. Das Ergebnis schicken wir Dir heute. Unser Projekt ist reibungslos verlaufen, und es hat uns sehr viel Spaß gemacht. ... Wir haben uns in Gruppen aufgeteilt und jeder seine eigene Collage erstellt. Die Themen der einzelnen Gruppen: 1. Weiße und Schwarze verstehen sich gut 2. Entwicklungshilfe? 3. Afrika und seine Entwicklung 4. Südafrika (Klima, Bodenschätze, landwirtschaftliche Produkte, Hunger, Rassenprobleme) ...."

Daß Collagen nicht immer Ergebnis des Kunstunterrichts sein müssen, sondern auch im Deutsch-, Geschichts-, Geographie- oder Religionsunterricht ein geeignetes Mittel sein können, um Informationen anschaulich zu machen und zu verarbeiten, ist vielen Lehrern bekannt. Aber auch Jugendgruppen, Gruppen bei Fortbildungstagungen etc. können auf diese Weise die theoretische Ebene der Wissensvermittlung verlassen und alle Gruppenmitglieder aktiv beteiligen.

Vorteile, die die Erstellung einer Collage bietet:

- sehr viele verschiedene Aspekte eines Themas können gleichzeitig betrachtet werden. Der Lerngegenstand muß nicht so stark in Einzelelemente, in wirtschaftliche, politische, historische Gesichtspunkte zergliedert werden.
- die Schüler beschaffen sich das Material selbst, indem sie an verschiedene Organisationen schreiben, Zeitungen und Illustrierte auf dieses Thema hin durchschauen. So konsumieren sie nicht nur das, was der Lehrer ihnen vorsetzt, sondern sind schon an der Materialbeschaffung aktiv beteiligt.
- die sich widersprechenden Bilder, Texte etc. regen zum Fragen und zum eigenen Denken an.
- die Schüler arbeiten aktiv mit den Informationen. Sie kleben auf, zeichnen, schreiben Texte etc..
- die neuen Informationen werden anschaulich und gegenwärtig an der Wand des Klassenzimmers.



Auch bei uns können Schüler kostenlos oder zu geringen Preisen Informationsmaterialien bekommen. Sinnvoll wäre es, wenn ihr euer Projekt kurz beschreibt, damit wir die richtigen Materialien auswählen können.

hiwe

AKTIONSGRUPPEN

Zur Auflösung der „Aktion Dritte Welt Handel"

Wir veröffentlichen in den „blättern" Nr. 69 (Mai 1978) die Erklärung der Regionalsprecher der Dritte Welt-Handels-Gruppen zur Auflösung der „Aktion Dritte Welt-Handel (A3WH) e. V." Vor einiger Zeit wurden wir nun vom letzten Vorsitzenden des Vereins, Tilman Schmieder, zum Abdruck der folgenden Erklärung der Vertreter der konfessionellen Jugendverbände aufgefordert. Wir tun dies unter Hinzufügung einiger anmerkungen.

Red.

Erklärung der Vertreter von AEJ und BDKJ aus dem Entwicklungspolitischen Arbeitskreis in der Mitgliederversammlung der Aktion Dritte Welt Handel e.V.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des e.V. Aktion Dritte Welt Handel hat am 29.4.1978 bei ihrer Zusammenkunft im Burckhardthaus Gelnhausen die Auflösung des e.V. beschlossen.

Dieser Schritt war zu unserem großen Bedauern unumgänglich geworden, nachdem alle Versuche, den Verein zu konsolidieren, gescheitert sind:

- Die Vertreter der Regionalkonferenzen zeigten sich in der letzten Zeit nicht bereit, AEj und BDKJ in der Satzung eine paritätische Vertretung gegenüber den Aktionsgruppen in der Mitgliederversammlung einzuräumen;
- mit der Begründung, der Vorsitzende des e.V., Pfarrer Tilman Schmieder, habe nicht ihr Vertrauen und sei zu eng an die kirchliche Jugendarbeit gebunden, lehnten sie eine weitere Zusammenarbeit unter seinem Vorsitz ab; andererseits sahen wir als Vertreter von AEJ und BDKJ keinen Anlaß, die Nominierung Tilman Schmieders für das Amt des Vorsitzenden zurückzuziehen. Durch diese Haltung der beiden Seiten waren die notwendigen Vorstandswahlen blockiert.

wir stellen dazu fest;

- Eine satzungsmäßige Parität der Vertreter von AEJ und BDKJ gegenüber den Vertretern der Regionalkonferenz ist eine Minimalvoraussetzung für eine kontinuierliche und qualifizierte Weiterarbeit des Vereins, sowohl im pädagogischen Bereich wie im administrativen und finanziellen Bereich;
- der letzte Vorstandsbericht und die Aussprache dazu haben deutlich gemacht, daß in den vergangenen beiden Jahren, gerade durch das Engagement der beiden Vorsitzenden, Tilman Schmieder und George Arickal, etliche positive Entwicklungen in dem e.V. eingeleitet worden sind;
- ein Konflikt, aus dem die Vertreter der Regionalkonferenzen ihre Ablehnung von Tilman Schmieder begründen, ist die Kündigung der hauptamtlichen Mitarbeiter des e.V. im August letzten Jahres. Diese Kündigung die aufgrund der Zuspitzung der finanziellen Krise notwendig war, ist von T. Schmieder in Absprache mit G. Arickal als stellvertretendem Vorsitzenden ausgesprochen und danach von einer Mehrheit des Vorstandes bestätigt worden. Auch die daraufhin einberufene Mitgliederversammlung konnte dazu keine Alternative aufzeigen. Es hat sich vielmehr bestätigt, daß die damalige Entscheidung die leider einzig mögliche verantwortliche Entscheidung war.

Gegenüber den vielen Gruppen, die mit der Aktion Dritte Welt Handel arbeiten, erklären wir:

1) AEJ und BDKJ wissen sich nach der Auflösung des e.V. verstärkt dafür verantwortlich, daß die pädagogisch-entwicklungspolitische Arbeit im Rahmen des Modells „Aktion Dritte Welt Handel!" in qualifizierter Form weitergeführt wird.
2) Von der Auflösung des e.V. ist die Arbeit der Gruppen zunächst nicht direkt betroffen. Nach wie vor stehen in den Regionallagern der GEPA weiter alle Waren und Informationsmaterial zur Verfügung. AEJ und BDKJ sind bereit, mit den anderen Trägern der Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (GEPA mbH), die die Waren importiert und vertreibt, die Verantwortung für diesen Bereich weiter zu tragen.
3) AEJ und BDKJ betrachten das Modell Aktion Dritte Welt Handel nach wie vor als einen wichtigen Bereich ihrer entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und sind bereit, nach neuen Formen für die Zusammenarbeit mit Vertretern von Gruppen, die mit dem Modell Aktion Dritte Welt Handel arbeiten wollen, zu suchen.

Gelnhausen, 29. April 1978

gez. Wolfgang Doll
gez. Tilman Schmieder
gez. Uli Obermeyer
gez. Gerge Arickal
gez. Harry Neyer
gez. Klaus Prömpers
gez. Michael Vesper
gez. Hermann-Josef Wirtz

Anmerkungen:

- *Zur Frage der satzungsmäßigen Verankerung einer paritätischen Besetzung (AEJ/BDKJ) gegenüber den Aktionsgruppenvertretern) in der Mitgliederversammlung der A3WH e. V.: Nach unseren Informationen hat es eine faktische Parität seit Gründung der A3WH e. V. gegeben. (8 Aktionsgruppenvertreter und 8 Vertreter der Jugendverbände). Seit Herbst 77 hatten die Jugendverbände durch ein zugewähltes Vorstandsmitglied eine Majorität erhalten. Diese Majorität sollte durch die satzungsmäßige Parität in der Mitgliederversammlung, aber mit der Möglichkeit, ein weiteres Vorstandsmitglied von außerhalb zuzuwählen, abgesichert werden. Die Jugendverbände hatten Angst, daß die Aktionsgruppen von der satzungsmäßigen Möglichkeit Gebrauch machen könnten, eine 5. Region zu eröffnen (bisher 4 Regionen = 8 Vertreter), und so eine Mehrheit in der Mitgliederversammlung erhalten könnten. Zu einer Behandlung dieser Frage ist es nie in einer MV gekommen.*
- *Die Kündigung der hauptamtlicken Mitarbeiterin der A3WH im August letzten Jahres erfolgte m.E. nur vordergründig aus finanziellen Gründen. Im Hintergrund standen politische Differenzen.*
- *wie AEJ und BDKJ ihre Verantwortung für die pädagogisch-entwicklungspolitische Arbeit der Dritte Welt-Handels-Gruppen wahrnehmen wollen, wird sich zeigen. Sicherlich wird dies ohne eine verantwortliche Mitsprache der Gruppen geschehen.*

bm

Selbstdarstellung der Tageszeitungs-Initiative



In der drückenden Atmosphäre des letzten Herbstes, dem „deutschen Herbst" mit der Schleyer-Entführung und den Stammheimer Toten war es zu ersten Gesprächen über das Projekt einer *linken Tageszeitung* gekommen. Heute, ein Jahr später, liegen unter dem schlichten Titel „die Tageszeitung" eine *erste Nullnummer* und *ein Magazin* zur Frankfurter Buchmesse vor. In 21 Städten arbeiten Initiativen dafür, daß die Tageszeitung im Frühjahr nächsten Jahres 6 mal in der Woche erscheinen kann. Ob das Ziel erreicht wird, ist noch offen und hängt nicht zuletzt auch von den zukünftigen Lesern ab. Wenn es erreicht wird, ist mit einer spannenden, vielseitigen Zeitung zu rechnen, denn die Arbeitsweise und Struktur der Tageszeitung ist ein „Novum", etwas noch nicht dagewesenes, in der deutschen Pressegeschichte.

Vom 10. bis 12. November fand ein Treffen aller Tageszeitungs-Initiativen statt, auf dem die Struktur der „TAZ" zur Diskussion stand.

Folgendes Modell zeichnet sich ab: Rund 50 bis 60 Leute, zur einen Hälfte Redakteure/innen zur anderen technische Mitarbeiter/innen, arbeiten hauptberuflich, das bedeutet in der Praxis sicher mehr als 40 Stunden in der Woche für maximal 1300 DM im Monat in der zentralen Redaktion. Sie wird aus vertriebstechnischen und personellen Gründen in Frankfurt sein. Der Satz und die Mettage (das Herstellen von Druckvorlagen) werden von der Tageszeitung gemacht, gedruckt wird im Lohndruck bei einer fremden Druckerei. Eine eigene Druckerei wäre natürlich besser, aber eine Rollen- bzw. Rotations-Offset-Maschine ist zumindest am Anfang finanziell nicht drin.

Die Redaktion ist über Fernschreiber an mindestens zwei Presseagenturen angeschlossen. Da aber vor allem die deutschen Agenturen gelinde gesagt eine Katastrophe sind, hat der mit „Lotta Continua" in Rom und „Liberation" in Paris geplante Medienverbund (gegenseitige pauschale Abdruckrechte, gemeinsame Korrespondenten) für die internale Berichterstattung große Bedeutung.

Was die Tageszeitung aber in der Arbeitsweise, die sich Tag für Tag im Inhalt des Blattes niederschlägt, von etablierten Tageszeitungen unterscheidet, sind zwei weitere Gruppen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die die Arbeit leisten, die sonst von Korrespondenten und freien Mitarbeitern für Zeilenhonorar gemacht wird. Das sind einmal die lokalen TAZ-Initiativen, die im Augenblick das Projekt

aufbauen. Sie haben nicht ausgedient, wenn das Blatt täglich erscheint, sondern kümmern sich um die Berichterstattung vor Ort und beteiligen sich an „überregionalen Arbeitsgruppen" auch Ressortgruppen genannt, die zu bestimmten Themen arbeiten.
Diese Arbeitsgruppen, Ökologie und Umweltschutz, Betrieb und Gewerkschaft, Internationales, Frauen, Justiz und einige mehr, werden von Leuten getragen, die sich in dem jeweiligen Bereich auskennen und vielleicht in ihm arbeiten.
Im Augenblick sind sie von Bereich zu Bereich noch unterschiedlich stark. Es werden Leute gesucht, die beispielsweise beim Aufbau eines Archivs oder der Herstellung von Kontakten mithelfen. Die stärksten Initiativen mit bis zu 50 „Tazlern" sitzen in den „linken Metropolen" Frankfurt und Berlin. Aber auch in der Provinz tut sich eine Menge.

Nichts Neues bei der „Neuen".
Schon im Frühjahr erreichte die „TAZ" das Gerücht, daß der „Berliner Extradienst" klammheimlich *ebenfalls* eine Tageszeitung („Die Neue") plane. Verwunderung zunächst über diese abgekapselte Planung, die ganz im Gegensatz zum *offenen Vorgehen* der Tageszeitungsinitiativen stand, Bestürzung und Anzeichen von Resignation, als das Gerücht zur bitteren Wahrheit wurde. Das hielt glücklicherweise nicht lange vor, denn mit der September-Nullnummer der „Neuen" wurde klar, daß die „Neue" die „TAZ" nicht überflüssig macht.
Wer den „Extradienst" seit Jahren kennt findet eigentlich nichts Neues bei der „Neuen". Eine ihren Professionalismus ständig stolz vor sich hertragende Redaktion macht mit einer traditionellen Arbeitsstruktur – im Gegensatz zur Arbeitsweise der „TAZ" – eine Zeitung für einen Teil der Linken. Und zwar für den Teil der Linken, den sie für gesellschaftlich relevant hält: Jusos, DKP und Gewerkschaften. Wenn man gesellschaftliche Relevanz nur quantitativ bestimmen würde, mit Mitgliederzahlen etwa, könnte man sich für diese Einschätzungen erwärmen, aber es stellt sich doch die Frage, was denn die DKP beispielsweise zu den wichtigen Diskussionen und Auseinandersetzungen, die in den letzten Jahren in diesem Lande gelaufen sind, beigetragen hat. Die Frauenbewegung oder die zahllosen Bürgerinitiativen, haben sich vorläufig autonom zusammengefunden und organisiert. In die bürokratisch-schwerfälligen Partei- und Gewerkschaftsapparate, dringen ihre Ideen – wenn überhaupt – erst langsam ein.

Die Tageszeitung mißt diesen Aktivitäten außerhalb der traditionellen Institutionen, auch dem was an „Alternativen Lebensformen" aus allen Ecken sprießt, große Bedeutung zu. In der „Neuen" ist zu befürchten, daß sie wie bisher im „Extradienst" weitgehend als gesellschaftlich nicht relevant unter den Tisch fallen. Aber auch die „TAZ" will nicht auf die „institutionelle Politik" verzichten, auf die gewohnte Bonner Hofberichterstattung inklusive des Speiseplans des Bundespräsidenten wird der Leser freilich vergeblich warten. Sie wird sich nicht aus falscher Solidarität mit der Gewerkschaftsführung – wie es die „Neue" tut – die Kritik an Gewerkschaftsausschlüssen verkneifen und wird über das Berufsverbot für einen „Chaoten" genauso wie über das eines „braven" DKP-Mitgliedes berichten.
Der schlimmste Vorwurf wurde der Neuen jüngst von Mitgliedern der „Gesellschaft für bedrohte Völker" gemacht. In einem wie die „Neue" aufgemachten Faltblatt zur Frankfurter Buchmesse versuchten sie nachzuweisen, daß sich nach dem Besuch der Extradienst-Mannschaft im Irak, der – so das Faltblatt – die „Neue" angeblich finanziell unterstützt, die Berichterstattung über die von der Ausrottung bedrohte kurdische Minderheit, völlig umgedreht hat.
Das hieße Korruption. Ein schlimmer Vorwurf besonders für eine linke Tageszeitung, die sich als Gegenspieler der „gekauften" etablierten Medien darstellt.
In der „TAZ" hat sich mittlerweile die Meinung durchgesetzt, daß die unterschiedlichen politischen Vorstellungen und Konzeptionen der beiden Projekte ein Zusammengehen unmöglich machen. Auch wenn die Arroganz der „Neue"-Mannschaft manchmal weh tut, und viele „Tazler" schon sauer auf die „Neue" waren, will die Tageszeitung keine Konkurrenz bis auf's Messer, sondern ein möglichst kollegiales Verhältnis zur „Neuen". Es ist gar nicht so unwahrscheinlich, daß beide Zeitungen eine Existenzmöglichkeit haben.

Ohne „Vorausabos" keine TAZ
Die Vorausabonnements kommen zwar seit der ersten Nullnummer langsam, aber noch zu langsam. Viele der zukünftigen Leser legen eben eine Konsumentenhaltung an den Tag, die nicht zur Idee der Tageszeitung paßt. Auf der einen Seite die höchsten Erwartungen: Jeder will genau das lesen, was ihn speziell interessiert und nichts anderes. Der eigene Einsatz hält sich dagegen sehr in Grenzen. Kommt man auf ein Vorausabo zu sprechen, hört man oft: Das ist mir zu teuer, ich warte erstmal ab!"
Relativ teuer ist das Abo; aber nicht ohne Grund. Die TAZ hat keine großen Financiers im Hintergrund und will sich nicht durch die Abhängigkeit von Werbung den gleichen Knebel wie die etablierten Zeitungen anlegen lassen. Sobald die finanzielle Situation es erlaubt, werden selbstverständlich verbilligte Abos für Schüler, Arbeitslose und Rentner ausgegeben.
Es muß klar und deutlich gesagt werden: Wenn in den nächsten drei Monaten nicht 20.000 Vorausabos hereinkommen, wird die „TAZ" nie auf dem Frühstückstisch liegen. Dann wäre eine Zeitung wie die „TAZ" für die nächsten Jahre gestorben und wir müßten weiterhin die „Frankfurter Rundschau" oder das gewohnte Lokalblatt lesen.
Für uns wäre das Scheitern des Projekts an diesem Punkt, durch die mangelnde Unterstützung unserer zukünftigen Leser, einfach ein Hammer.

Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
Suarezstraße 41, 1000 Berlin 19
Telefon: 030 / 21 21 37

Herrn
Christoph Moroder

7809 Denzlingen
Emmendingerstr. 16

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg